Einzelverkaufspreis : 1,50 mark incl. 5,5 % mwst

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 104 6.12.1975

D 22354 C

INLAND

AUSLAND

ERKLÄRUNGEN

DOKUMENTE

herausgeber :
frankfurter informations-dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

postscheckkonto :
frankfurter informations-dienst e. v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602

redaktionsschluß :
donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur : f. kern

kontaktzentren :

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz : eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 / 39 12 67

monatsabo : 6 DM
gegen vorkasse

druck : eigendruck

ICH HATTE KEINE ANDERE MÖGLICHKEIT ...
DIE KRIMINALISIERUNG VON FRAUEN, DIE ABTREIBEN – EIN KONJUNKTURPROGRAMM ?

FREIBURG (ID) 4. Dezember

Wia aus der „Badischen Zeitung" vom 2.12. 1975 zu erfahren war, wurde eine 35jährige Frau,geschieden, Mutter von drei Kindern, in der Zweiten Instanz vor dem Landgericht Freiburg zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Ihr Delikt? Als ihre Ehe in die Brüche ging, und sie sich mit einem anderen Mann befreundete , von dem sie schwanger wurde, bekam sie von ihrem Arzt die Adresse einer holländischen Abtreibungsklinik. Ich hatte keine andere Möglichkeit. Hätte ich das Kind zur Welt gebracht, hätte ich nicht mehr arbeiten können. Und von den 600 Mark Unterhalt und dem bißchen Sozialfürsorge können wir zu viert ja kaum existieren." Ihr Freund ist für zwei Jahre im Gefängnis, es gibt keine Angehörigen in Freiburg, die sie unterstützen könnten.

Dem Staatsanwalt ist die in erster Instanz verhängte Strafe von 800 Mark „viel zu milde", er möchte den „generalpräventiven Aspekt betont wissen" und vertraut auf die abschreckende Wirkung.

Nicht mal der Richter konnte sich dem Staatsanwalt anschliessen, er übernahm an einigen Stellen die Argumentation der Verteidigung: die Frau befand sich in einer Notlage, es besteht im Moment eine massive „Rechtsunsicherheit", es mangelt der Frau an „Schuldbewußtsein", der Laie habe in der Zeit (Anfang Januar 75) durch die Bekenntnisse Prominenter in einer großen deutschen Illustrierten (Ich habe abgetrieben!) leicht zu der Meinung gelangen können, daß Abtreibung nicht mehr strafbar sei oder zumindest nicht weiter verfolgt werde.

Niemand sagte der Frau, daß sie sich strafbar macht, indem sie nach Holland fährt, niemand sagte ihr auch, daß sie damals mit Sicherheit in Freiburg einen legalen Schwangerschaftsabbruch bekommen hätte.

Erst Augsburg (dort wurde eine Mitarbeiterin der Pro-Familia-Beratungsstelle, ein junges Mädchen, ihr Freund und ein weiterer Mitarbeiter zu mehreren tausend Mark Geldstrafe verurteilt) – jetzt Freiburg. Erst Bayern, dann Baden-Württemberg – jedesmal konnten die Richter Willkürurteile fällen, ohne daß die Sympathie und Unterstützung der tausenden von Frauen, die seit Jahren gegen den Paragraphen 218 kämpfen, sichtbar wurden. In Baden-Württemberg und Bayern glauben die Richter, daß sie es sich leisten können, mit ihrem Prinzip: „eine für alle" Frauen zu kriminalisieren, die keinen Kontakt zur Frauenbewegung haben.

Wie drehen wir den Spieß um, damit die Richter entscheiden müssen: alle oder keine!

FRAUEN GEGEN DIE „GESCHICHTE DER O"

BERLIN (ID) 4. Dezember

Am 28. November 1975 zeigten Frauen in Berlin, daß ihnen der Film „Geschichte der O" stinkt: Farbeier flogen auf die Leinwand, in den zwei Kinos mußten gleichzeitig die ersten Vorstellungen abgebrochen werden, weil die Sitze nach Stinkbomben, Urin und Buttersäure stanken.

Mit ihrer Aktion wandten sich die Frauen gegen diesen Film als einen Angriff auf ihre Menschenwürde, der zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen gegen Frauen auffordert. Die „Geschichte der O" ist eine Aneinanderreihung von Verbrechen gegen Frauen wie Freiheitsberaubung, Nötigung, schwere und gefährliche Körperverletzung, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung und sexueller Mißbrauch Widerstandsunfähiger. Frauen werden wie Sklavinnen in einem Zustand ständiger Bereitschaft für die Männer gehalten, die sich

Der Hohn der Geschichte liegt darin, daß Frauen unterstellt wird, quasi „von Natur aus" Gewalttaten freiwillig zu erdulden und angeblich dabei noch Lust zu empfinden.

Warum produziert die Männergesellschaft heute vermehrt solche Filme, die den Eindruck erwecken, jede Frau habe nur ein Ziel: Eigentum eines Mannes zu sein? Warum werden solche Filme von Illustrierten wie „Stern" und „Spiegel" so groß herausgebracht? Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem immer mehr Frauen selbstbewußter werden und unter anderem auch ihre eigene, nicht unbedingt auf einen Mann bezogene Sexualität entdecken? Solche Filme schlagen allen Bemühungen um bessere Liebesbeziehungen zwischen Menschen ins Gesicht.

Das Geschäft mit dem „ältesten Gewerbe der Welt" – wie die Prostitution zum Verewigen der Herabwürdigung der Frau als Ware genannt wird – bringt riesige Gewinne und dazu kostenlos die Verfestigung von Vorurteilen und Verhaltensweisen, die die doppelte Ausbeutung der Frau und die kapitalistische Männerherrschaft stützt.

Sexuelle Hörigkeit und Lust am Leiden als Wesen der Frau, grausame Folter als Psychobedürfnis des Mannes: so soll der alltägliche Faschismus und die materielle und emotionale Ausbeutung der Frau auf patriarchalisch-kapitalistische Weise gerechtfertigt werden. Den Zutritt zu prunkvollen Räumen, Samt und Seide, braunen Körpern, Lustschreien, Busen, Peitschen, Unterleibern, der sonst nur Reichen und Superreichen in Bordellen und Villen gestattet ist, kann sich hier JederMann als Zuschauer für eine Kinokarte kaufen. Und vielleicht hat JederMann auch noch eine Frau in greifbarer Nähe, die er nicht nur unterdrücken, sondern auch nach „Herzenslust" mißhandeln kann.

Daß männliche Zuschauer auch so reagieren, zeigt die Zunahme von Vergewaltigungen in Paris, nachdem die „Geschichte der O" dort angelaufen war.

Seit den Protesten gegen den Film in Berlin, die unter anderem Schlagzeilen in der Berliner Springer-Presse machten („Porno! Wütende Frauen stürmten Kudamm-Kinos!":Bildtitel vom 29.11.75) finden die Vorstellungen unter Polizeischutz statt.

Um zu erreichen, daß der Film abgesetzt wird, planen Berliner Frauen eine großangelegte Anzeigenaktion gegen Produzenten, Importeur, Verleiher der „Geschichte der O", sowie Kinoinhaber und Geschäftsführer. (§§ 130, 131, 184 Abs. 3 StGB) Die Berliner Frauen wenden sich mit der Aufforderung zur Unterstützung dieser Aktion an alle bundesdeutschen Frauen, Frauenzentren und Frauenverbände. In einer Pressekonferenz werden Frauen noch einmal auf den gesellschaftlichen Stellenwert der Pornografie, die zahllosen Mißhandlungen, Demütigungen und Vergewaltigungen an Frauen, und die daraus auch resultierende Notwendigkeit von Frauenhäusern als einen ersten Zufluchtsort hinweisen.

ZUM UNFALL IM KERNKRAFTWERK : VIELE FRAGEN UND KEINE ANTWORT

GÜNZBURG (ID) 3. Dezember

Die Volkshochschule Günzburg hat am 25. November einen Infromationsabend über Kernkraftwerke veranstaltet, zu der etwa 300 Besucher kamen. Das Hauptreferat des Abends hielt Direktor Dr. August Weckesser vom nahegelegenen Kernkraftwerk Gundremmingen, in dem am 19. November bei einem schweren Unfall zwei Arbeiter ums Leben gekommen waren (siehe ID 102).

Nach wie vor bemüht sich die Werksleitung, den Unfall als „Betriebsunfall, der so auch überall hätte passieren können" herunterzuspielen und die Propaganda des Bayernwerkes des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes scheint wirksam zu sein. Zwar hatte das Wickert-Institut bei einer Umfrage herausgefunden, daß 20 Prozent der Bewohner von Grundremmingen und Umgebung wegziehen würden, wenn sie könnten, und über 50 Prozent gegen den Erweiterungsbau des Kraftwerkes sind, doch diese Umfrageergebnis steht bislang im Widerspruch zum konkreten Verhalten der Anwohner. Zwar sitzt ihnen der Schreck noch immer in den Gliedern, aber ein Auflehnen (wie auch immer) ge-

Es gibt weiterhin eine Reihe offener Fragen, zu denen die Werksleitung schweigt mit dem Verweis, die Staatsanwaltschaft in Memmingen untersuche bezüglich des Hergangs und man wolle in das schwebende Verfahren nicht eingreifen.

Erst auf Druck von außen wurde bestätigt, daß auch der Ingenieur, der den auf der Stelle getöteten Arbeiter aus dem Kühlpumpenraum schleifte, Verletzungen an den Händen erlitten hat. Die Polizei erfuhr von dem Unfall erst über Umwege, als sie über die bevorstehende Landung des Hubschraubers, der den Schwerverletzten in die Spezialklinik nach Ludwigsburg bringen sollte, informiert wurde. Auf die Frage des Polizeibeamten, ob denn etwas passiert sei, wurde gesagt, es habe einen kleinen Unfall gegeben.

Entgegen den ersten Vermutungen scheint es jetzt gesichert, daß der Reaktor abgeschaltet war. Doch war versäumt worden, die Rohrleitungen druckfrei zu machen. Von den Strahlenmessungen, die von Wissenschaftlern der Universitäten Bremen und Heidelberg in Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz (München) und der Bürgerinitiative gegen den Erweiterungsbau vorgenommen worden sind, sind „keine spektakulären Zahlen" (Professor Bleck, Bremen) zu erwarten.

Auf der Veranstaltung der Volkshochschule hat die Bürgerinitiative, der etwa 20 meist jüngere Leute angehören, eine Reihe Fragen gestellt. Der Sprecher wurde vom Diskussionsleiter (pro Kernkraftwerk) wegen der Fülle der Fragen gerügt.

Die Fragen der Bürgerinitiative an Direktor Weckesser:

1. Der Sofort-Tote verstarb laut Leichenschauschein an Verbrennungen und Hitzeeinwirkung. Ein 260 Grad heißer Dampfstrahl mit 60 Atü auf einen Menschen abgegeben, wirkt wie ein Geschoß. Demnach wäre die Todesursache schwere innere Verletzungen. Wer hat die Leichenschau gehalten? Die Zeitung schrieb, ein strahlenkundiger Arzt. Wo hat er die Ausbildung erhalten?

Antwort: Ein gewisser Dr. Vogt aus der näheren Umgebung, der als Strahlenschutzrat bezeichnet wurde. Recherchen der Bürgerinitiative haben ergeben, daß dieser Arzt nur einen gewöhnlichen Strahlenschutzkurs im Rahmen der allgemeinen Ausbildung gemacht hat.

2. Liegt ein Plan vor, welche Ärzte im Notfall zu benachrichtigen sind? Wurde in diesem Plan die Behinderung durch die Eisenbahnschranke Offingen einkalkuliert (Hauptsstrecke München-Stuttgart, die größeren Städte liegen jenseits der Eisenbahnlinie, die Schranken sind häufig geschlossen)?

Keine Antwort.

3. Warum wurde der schnell erreichbare Arzt in Eislingen nicht benachrichtigt?

Antwort: Dr. Vogt war schneller da.

4. Wieviel Telefonanschlüsse stehen Ihnen im Ernstfall zur Verfügung?

Keine Antwort.

5. Des weiteren beunruhigt uns, daß in Ihrer Werkskantine kein Alkoholverbot besteht. Der Unfall ereignete sich kurz nach der Brotzeit. Wurde den Verletzten eine Blutprobe entnommen?

Keine Antwort.

6. Bei dem Unfall gab es einen dritten Verletzten. Es handelt sich anscheinend um leichtere Verletzungen an den Händen. Warum wird der Öffentlichkeit diese Tatsache verschwiegen?

Keine Antwort.

7. Ein Schwerverletzter wurde in das Kreiskrankenhaus Lauingen transportiert. Wurde das Krankenhaus vor der Einlieferung des Patienten unterrichtet, daß es sich um einen Strahlenunfall handelt?

Keine Antwort.

8. Haben Sie sich vor dem Unfall überhaupt einmal informiert, ob es in einem der umliegenden Krankenhäuser überhaupt technisch möglich ist, Erste Hilfe bei Strahlenverletzungen zu leisten?

Keine Antwort.

(Die Bürgerinitiative hat sich informiert. Es ist nicht möglich. Im weiter entfernten Ulm gibt es zwar eine radiologische Abteilung, die Strahlenverletzungen aber nicht behandeln kann.)

9. Herr Dr. Weckesser: Wenn Sie Klage führen, daß das Werk nicht über die geeigneten Reparaturwerkzeuge verfügt (Geldmangel, Abendzeitung vom 22.11.75), warum hat der Konzern Gelder für Schweinshaxenfahrten mit Kreisräten und Bürgermeistern nach Köln — anstatt dringend notwendige Werkzeuge zu kaufen?

Keine Antwort.

10. Warum werden im Kernkraftwerk Gundremmingen bei Reparaturarbeiten keine Checklisten geführt?

Antwort: Checklisten, ha, ha, ha! — Weiter nichts.

11. Sie behaupten, der Unfall basierte auf menschlichem Versagen. Sie belasten die zwei Toten. Wir sind der Meinung, ähnlich wie Herr Minister Matthöfer, daß hier die technische Leitung versagt hat. Bei jedem tödlichen Unfall muß sofort die Polizei verständigt werden. Warum ist das nicht geschehen? Mußten hier Spuren beseitigt werden? Warum wurde der Landrat erst so spät verständigt?

Antwort: Ein Zeitplan der Maßnahmen der Werksleitung: 1. Arzt verständigt, 2. Dr. Hertlein vom Umweltministerium benachrichtigt (11.05 Uhr), 3. Abtransport des Schwerverletzten (11.55), 4. leitende Angestellte besuchen die Angehörigen des Toten (12.00 Uhr) 5. dpa verständigt (15.00 Uhr). Zuvor wurde die Günzburger Zeitung/Augsburger Allgemeine verständigt. (Zwischen Werk und den Zeitungen besteht eine Absprache, daß sie vorrangig informiert werden und die Informationen dann weitergeben.)

12. Wurde der dritte Verletzte von der Polizei vernommen?

Keine Antwort.

13. Besteht Redeverbot für die Beschäftigten?

Keine Antwort.

Es besteht in der Tat Redeverbot. Keiner der Beschäftigten durfte etwas sagen, oder hat etwas gesagt.

Diesen Fragekatalog und noch weitere Fragen hat die Bürgerinitiative unter anderem an die ermittelnde Staatsanwaltschaft Memmingen und die Bundesregierung geschickt.

ARBEITSKÄMPFE

Spedition Schenker & Co. — Hamburg

Das Arbeitsgericht Hamburg hat die Position der zwei Betriebsräte gestärkt und den Ausschlußantrag gegen sie — gestellt von der DAG-Betriebsratsmehrheit — zurückgewiesen. Ihnen war „Störung des Betriebsfriedens" und „Bruch der Schweigepflicht" die nach der Geschäftsordnung besteht, vorgeworfen worden. Das Gericht war der Meinung, daß die Geschäftsordnung geltendes Recht einschränkt und deshalb nicht zulässig ist. Eine daraufhin von der Firmenleitung ausgesprochene Kündigung — von der Betriebsratsmehrheit ebenfalls gebilligt — wurde ebenfalls zurückgewiesen.

Durch die Ankündigung der Firmenleitung, 30 % des im vorigen Jahr gezahlten Weihnachtsgeldes jetzt nicht mehr zu bezahlen, drei von acht fertig Ausgebildeten nicht zu übernehmen und Anfang des Jahres den Exportverkehr auf EDV umzustellen — was für viele in diesem Sektor Beschäftigte die Entlassung bedeutet — wurde nach dem Verlauf der letzten Betriebsversammlung die Forderung nach Neuwahl des Betriebsrates laut. Der Betriebsratsvorsitzende Albers kündigte auch gleich an, daß er sich dem Willen der Kollegen nicht beugen werde, er sei halt für drei Jahre gewählt.

(aus: Arbeiterkampf 70/75)

Broschek Hamburg

Zwei Betriebsratsmitglieder der fortschrittlichen „Argumente-Liste" gewannen ihre Klage gegen die Geschäftsleitung, die den einen Kollegen gekündigt hatte, den anderen aus dem Betriebsrat entfernen wollte. Dabei ist die Besonderheit, daß hier offen auf der Grundlage des Gesinnungsstrafrechts gegen die Kollegen vorgegangen werden sollte (kommunistische Betätigung und Gesinnung). Das Gericht schloß sich der Meinung der verteidigenden Anwälte an, daß diesen Versuchen – Entlassungen aus Gesinnungsgründen – nicht scharf genug entgegengetreten werden kann.

Südrad Ebersbach/Göppingen

Seit 1972 haben die Kolleginnen und Kollegen, die für Südrad arbeiten, in ununterbrochener Folge jedes Jahr um ihr Weihnachtsgeld kämpfen müssen. 1972 um überhaupt was zu kriegen, 1973 um eine Erhöhung auf 55 % des Durchschnittlohns, 1974 mußte dieser Satz verteidigt werden. In diesem Jahr war die Geschäftsleitung nicht bereit, mehr als 40 % des Durchschnittslohns als Weihnachtsgeld zu zahlen. Offensichtlich von den Erfolgen der letzten Jahre ausgehend, erwarteten alle einen relativ raschen Erfolg des Streiks. Die IG Metall war an keinem Punkt bereit, den Streik zu unterstützen, die Türken wurden in bekannter Weise über das Konsulat unter Druck gesetzt. Dazu kam, daß mit den zur gleichen Zeit streikenden Kolleginnen und Kollegen der Firma Zinser im gleichen Ort keine praktische Verbindung aufgenommen wurde. Unter diesen Bedingungen mußte der Streik nach wenigen Tagen abgebrochen werden.

Eles Bleidenstadt

Bis zum Redaktionsschluß wurden keine neuen Ergebnisse bekannt. Am Samstag, dem 29.11., wurde die Verhandlung zwischen der Gewerkschaft und dem Kapitalisten Szor nach einiger Anschreierei abgebrochen und am Donnerstag, dem 4.12. weitergeführt.

Der am 20.11. bei einer Polizeiaktion vor dem Werkstor verhaftete Lothar B. ist am 28.11. aus dem Gefängnis in Darmstadt entlassen worden.

GEWERKSCHAFTER BEI OPEL BOCHUM INFORMIEREN ÜBER GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSSVERFAHREN UND RUFEN ZUR GEWERKSCHAFTLICHEN SOLIDARITÄT AUF!

BOCHUM (ID) 4.Dezember „Am 11.6.75 erhielten 11 Kollegen der ‚Liste für die Belegschaftsforderungen' (Liste 2) von der Ortsverwaltung der IG Metall in Bochum folgenden Brief:

Lieber Kollege...!

Mit Schreiben vom 30.Mai 1975 haben 90 Mitglieder und Funktionäre unserer Organisation, die in der Adam Opel AG beschäftigt sind, der „Ortsverwaltung" einen Antrag zugeleitet mit dem Begehren, das im Betreff aufgeführte Verfahren gegen Dich einzuleiten. Als Begründung wurde im wesentlichen Deine Verhaltensweise bei der Betriebsratswahl 1975 angeführt.

Du hast Dich nach Auffassung dieser Antragsteller organisationsschädigend verhalten, da Du auf einer anderen Liste als die der IG-Metall kandidiert hast. (...)

Dir war darüber hinaus bekannt, daß der Listenführer und weitere der Liste 2 auf Lebzeiten wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten ausgeschlossen wurden und auch jetzt noch die Gewerkschaft offen bekämpfen. Die gleichen sind in der Vergangenheit als „RGO-Mitglieder" aufgetreten und haben die Politik der KPD/ML in der Öffentlichkeit und im Betrieb unterstützt. (...)

Die Ortsverwaltung hat sich in ihrer Sitzung am 5.6.75 mit dem Antrag der 90 Funktionäre und Mitglieder beschäftigt und beschlossen:

1. ein Verfahren nach § 11 der Satzung einzuleiten,
2. daß für die Zeit des Verfahrens alle Rechte und Pflichten wegen der schwerwiegenden Anschuldigungen ruhen. (...)

Die 11 Kollegen der Liste für die Belegschaftsforderungen haben an die Ortsverwaltungen der IGM in Bochum gemeinsam folgendes Antwortschreiben geschickt:

„Abdul H.Kheder, Klaus Gulcz, Werner Schemel, Rainer Jansen, Leo Zwierschowski, Victor Alvarez-Varela, Manuel Romero-Perez, Karl Warda, Uwe Lübke, Werner Gellhaus, Helmut Vierhaus – Bochum, den 29.6.1975

Kollege Wirtz!

90 namenlose Antragsteller behaupten, wir hätten uns bei der Betriebsratswahl 1975 bei der Adam Opel AG „gewerkschaftsschädigend verhalten. Rund 14.000 organisierte Metaller haben in unserem Betrieb genau verfolgt, wie bei der diesjährigen BR-Wahl eine bestimmte Gruppe von IGM-Funktionären die von der ganzen Belegschaft geforderte demokratische Persönlichkeitswahl zunichte gemacht hat. Wie groß die Enttäuschung über dieses Vorgehen war, wurde auf der letzten Belegschaftsversammlung vor der Wahl deutlich. Ein Vertrauensleute-Sprecher erklärte zum Beispiel unter dem Beifall der versammelten Kollegen: „Mit der Einreichung der IGM-Absicherungsliste habt ihr 700 Vertrauensleute in den Hintern getreten."

Wir gehören zu denjenigen Kollegen, die ihre Kandidatur für eine Belegschaftsliste frühzeitig offiziell bekanntgegeben haben. Wir haben bis zuletzt gewartet erwartet, daß die Bekenntnisse der verantwortlichen IGM-Funktionäre für eine Persönlichkeitswahl in die Tat umgesetzt würde. Erst als die IGM-Absicherungsliste als erste eingereicht wurde, ohne Berücksichtigung aller Kollegen, die kandidieren wollten, haben wir die „Liste für die Belegschaftsforderungen" eingereicht.

Wir finden die Anschuldigung gegen uns auch aus einem anderen Grund sehr fadenscheinig. Bei der A.Opel AG. in Rüsselsheim wie auch in anderen Betrieben wurden mit Billigung des Vorstandes der IG-Metall mehrere Listen der IG-Metall aufgestellt. Das heißt doch nichts anderes, als daß der IG-Metall-Vorstand selbst spalterisch vorgeht. Gegen wen gibt es dort ein Gewerkschaftsverfahren?

Wir betrachten uns weiterhin als aktive Gewerkschafter und erklären ausdrücklich, daß wir die kämpferische Einheitsgewerkschaft grundsätzlich für notwendig halten, um die Interessen der gesamten Arbeiterklasse gegen das Kapital durchzusetzen. Auch das Programm der „Liste für die Belegschaftsforderungen" ist ein gewerkschaftliches Kampfprogramm. Der Einsatz für die Forderungen dieses Programms hat nichts mit „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" zu tun, im Gegenteil. 4601 Kollegen, die uns bei der Wahl ihr Vertrauen gegeben haben, zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Insofern weisen wir die böswillige Behauptung scharf zurück, daß einzelne Kollegen der „Liste für die Belegschaftsforderungen" die Gewerkschaft offen bekämpfen würden. Erst recht ist die politische Parteizugehörigkeit bei der Betriebsratswahl für uns kein Kriterium. Deshalb halten wir Deinen Hinweis auf die KPD/ML für völlig fehl am Platz.

Hiermit fordern wir Dich, Kollege Wirtz, auf, das Verfahren gegen uns einzustellen. Weiterhin fordern wir Dich und die Antragsteller auf: Begründet auf der nächsten Belegschaftsversammlung am 8./9.Juli bei Opel eure Anschuldigungen gegen uns. Dort vor den versammelten Kollegen wird es sich zeigen, wer bei der BR-Wahl eigentlich „gewerkschaftsschädigend" gehandelt hat. Mit kollegialem Gruß"

Obwohl wir die IG-Metall darum gebeten haben, unsere Verfahren in einem gemeinsamen Termin durchzuführen, sind wir einzeln zur Untersuchungskommission geladen worden in der Woche vom 1.12.75 – 5.12.75.

Wenn Ihr Solidaritatsschreiben an die IGM Bochum – Ortsverwaltung – schickt, schickt bitte einen Durchschlag an unsere Adresse."

Kontaktadresse Abdul Hamid May Kheder
4630 Bochum, Schmechtingstr 40

„WANN HEISST ES : DER HOCHSCHULBETRIEB STÖRT DIE STUDENTEN ? "

MARBURG (ID) 1 Dezember

Seit Samstag, den 29 November, ist der Marburger AStA wieder im Amt. Am Mittwoch morgen vorletzter Woche stand der größte Teil der Marburger Studenten vor verschlossener Türe. Unipräsedent Zingel ließ – in konsequenter Durchsetzung des Dienstag zuvor begonnenen Streiks für das Politische Mandat und die Wiedereinsetzung des AStAs – Teile der Uni bis einschließlich Samstag schließen.

Die Schlösser wurden auch ausgetauscht, so daß die Universitätsangestellten und Professoren ebenfalls nicht rein konnten. Zingel reagierte damit auf die erstmals wirkliche Durchsetzung des aktiven Streiks, der in den Jahren vorher immer nur hohle Phrase war (denn wer studieren wollte, konnte das damals auch immer). Diesmal aber wurde bei den Juristen, Historikern, Volkswirtschaftlern, Medizinern etc. Streikposten aufgestellt, Seminare gesprengt. Zingel formulierte das in seiner Verfügung folgendermaßen: „Der für den 25. und 26.11.75 angekündigte Vorlesungsstreik ist bereits am ersten Tage in erheblichem Ausmaße von Übergriffen begleitet gewesen, wie sie bisher, auch wenn der „aktive" Streik propagiert wurde, nicht oder nur in ganz vereinzelten Ausnahmefällen aufgetreten sind. Die Zugänge zu einer großen Zahl von Vorlesungsräumen sind in einer Weise gesperrt worden, daß von der vorher erklärten Absicht, mit hörwilligen Studenten diskutieren zu wollen ohne sie zu behindern, keine Rede mehr sein konnte. Eine nicht geringe Zahl von Lehrveranstaltungen ist durch teilweise offenbar nach Plan eingesetzte Störtrupps überfallartig gesprengt worden. Unter solchen Umständen können Dozenten wie Studenten nicht wissenschaftlich arbeiten, auch wenn ihre Lehrveranstaltungen zufällig nicht behindert werden. Es kann auch nicht hingenommen werden, daß Störtrupps darüber entscheiden, welche Lehrveranstaltungen stattfinden und welche nicht."

Der MSHB war also richtig radikal, hatte er doch noch die vom Aktionsbündnis versuchte Besetzung des Verwaltungsgebäudes am 6.11. als aktionistische, von fremden Handlungsreisenden gesteuerte Sache denunziert (siehe ID 100). Eine Woche später war er jedoch schon bereit, das Raumverbot praktisch zu durchbrechen, indem er zusammen mit dem Aktionsbündnis das Audi-Max besetzte und so die Durchführung eines Teach-Ins zum politischen Mandat durchsetzte.

Wie reagierten die Studenten auf die Aussperrung? Wir sind an die noch offenen Fachbereiche gegangen, haben dort informiert (bei den Medizinern wurden darauf hin noch einige Kurse für die laufende Woche abgesetzt). Einige Genossen des Aktionbündnisses fuhren zu den Naturwissenschaftlern auf die Lahnberge – Wir wollten dort versuchen, unseren Begriff vom Wissenschaftlich/politischen Mandat in die Diskussion zu bringen. Teilweise ging es auch ganz gut. Eben weil wir nicht im herkömmlichen (schlechten) Sinn Objekte agitierten mit Worthülsen vom Monopolkapital, Hauptstoßrichtung, gegen, vorwärts, mit ..., sondern eigentlich mehr versuchten, von denen was zu verfahren, und das erfuhren wir dann auch: zum Beispiel, daß die Lahn mehr mit Schwermetallen verseucht ist als der Rhein, weil die Universitäten in Marburg und Gießen keine Kläranlagen haben und ihr Quecksilber und alle möglichen sonstigen Abfallprodukte ihrer Versuche einfach in den Ausguß schütten. An diesen Fakten, die die Leute da erfahren und rausbekommen haben, versuchten wir die Möglichkeiten eines AStAs mit politischem Mandat zu erklären. Nämlich solche Sachen, zu verbreiten, Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Außerdem gab es in Marburg eine spontane, ziemlich große, aber auch recht lahme Demonstration. Auf dem abschließenden Teach-In kam dann die neue Perspektive des MSHB-AStA heraus. Für das Recht des Studiums. Der Kampf ums Politische Mandat wird also eine Nebensache. Der ASTA redet nur noch davon, daß wir studieren wollen und gegen die Verfassungswidrige Aussperrung kämpfen. Folgerichtig die Politik des AStA heute: die Seminare werden in die Mensa verlegt, die, die nicht in die Mensa reinpassen, in die Kneipen. Die Studierwilligkeit der Studenten soll gezeigt werden. Und das Aktionsbündnis, die Basisbewegung? Wir stecken zur Zeit in ziemlichen Schwierigkeiten, weil die Basisgruppen noch immer in ihrer Konstituierung stecken, häufig ein unheimliches Bedürfnis besteht, erst mal sich gemeinsame Inhalte zu erarbeiten. Andererseits wir aber permanent im Reaktionszwang stecken und eigentlich ja auch Aktionen machen wollen. Das hat sich im Basisgruppenplenum in ziemlich beschissenen Diskussionen niedergeschlagen, in denen einerseits konkrete Vorbereitung von Aktionen unmöglich wurde, andereseits aber das Verlangennach inhaltlicher Arbeit als Rückzug ins stille Kämmerlein bezeichnet wurde.

Folge dieses Zustandes war, daß wir zum Streik nichts besonderes gemacht haben, sondern die ganze Zeit zur Konsolidierung der Basisgruppen benutzten.

Die hessenzentrale Demonstration mit dem anschließenden Fest am Freitag den 28.11. war genau das, was wir gerade brauchen: nämlich die Erfahrung von Solidarität, die uns wieder Mut macht und das Gefühl von Schwäche und nur Reagieren-Können etwas ankratzt. Widerstand ist möglich.

Auf der Konventssitzung am Freitagnachmittag (28.11.) wurde dann offiziell bekannt, daß der AStA wieder im Amt ist. Grund für diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Kassel war der formale Fehler des Unipräsedenten Zingel, in schwebende Verfahren einzugreifen, weil gegen diesen AStA, der erst seit 1. Oktober im Amt ist, noch keine rechtskräftigen Urteile ergangen sind. In Reaktion darauf ließ Zingel dann am Samstag auch wieder die Uni öffnen.

Kein Grund zum Jubeln. Die Angriffe aufs Politische Mandat werden – vielleicht taktisch geschickter z.B. durch ein Urteilüber die Verfassungsmäßigkeit der verfaßten Sutdentenschaft – weiter gehen. Der Unibetriebläuft genauso unterdrückend und entfremdet weiter. Wir werden uns weiter dagegen wehren. Den Konvent konnten wir beispielsweise so richtig schön ärgern, daß im selben Stockwerk in voller Lautstärke unser Fest lief, während die sich ganz ernsthaft mit ihrer Tagesordnung befaßten. In solchen Formen werden wir weiterhin Stichelpolitik machen – und uns die Termine nicht setzen lassen. Auf einer Vollversammlung am Montag, dem 1.12., wo wieder nur vorgefertigte Erklärungen vom Auditorium nur noch beklatscht und abgestimmt werden konnten, Diskussion aber nicht möglich war, flogen diesmal nur aus Resolutionen gebastelte Flieger. Auch auf Vollversammlungen ist der „utopische" Satz praktisch anzuwenden: „Noch heißt es, die Studenten stören den Hochschulbetrieb, wann heißt es, der Hochschulbetrieb stört die Studenten?"

Baissgruppenbewegung Marburg, zu erreichen über:
Roter Buchladen, Marburg, Am Grün 28, Tel.: 06421/24787.

POLITISCHE DISZIPLINIERUNG IN ZAHLEN

BERLIN (ID) 1. Dezember

Nach einem Bericht des Bundesinnenministers (veröffentlicht z.B. im Tagesspiegel vom 31.10.75) sollen vom 1.1.1973 bis zum 30.6.75 im ganzen Bundesgebiet und Westberlin insgesamt 422.300 Überprüfungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst vorgenommen worden sein. Bei 5.133 der Überprüften hätten „Erkenntnisse" vorgelegen, die in 321 Fällen zu politisch begründeten Ablehnungen, also zu Berufsverboten, geführt hätten. Nach einzelnen Bundesländern aufgegliedert (ergänzt):

	Überprüfungen	„Erkenntnisse"	Berufsverbote
Baden-Württemberg	69.550	487	50
Bayern	55.000	342	23
Berlin	24.000	1.800	94
Bremen	20.000	421	15
Hamburg	40.000	103	29
Hessen	50.000	970	26
Niedersachsen	28.078	249	16
Nordrhein-Westfalen	84.308	523	30
Rheinland-Pfalz	24.770	131	22
Saarland	6.195	34	0
Schleswig-Holstein	20.399	173	16

Während die Anzahl der „Überprüfungen" mit ca. 422.000 nicht unglaubwürdig ist – diese Anzahl stimmt auch mit der Anzahl der in diesem Zeitraum vorgenommenen Einstellungen, Versetzungen etc., anläßlich derer gemäß den Hamburger Beschlüssen überprüft werden soll, in etwa überein – sind bei den anderen Zahlen Zweifel angebracht. Denn nach anderen offiziellen Auskünften sollen gegen jeden zehnten Bewerber „Erkenntnisse" vorliegen und jeder hundertste Bewerber nicht eingestellt werden. Ähnliche Angaben wurden auch während der Diskussion im Ring der politischen Jugend gemacht. D.h. in ca. 40.000 Fällen hätte der Staat „Erkenntnisse" gesammelt und ca. 4.000 Personen wären aus politischen Gründen nicht eingestellt worden. Die Zweifel an den Angaben des Bundesministers gründen sich auf die abweichenden Auskünfte der Länderminister. So sind dem Hamburger Senator Eckström allein 220 Beamte bekannt, die Mitglieder in einer „extremistischen Partei oder Organisation" sein sollen, d.h. Beamte, über die „Erkenntnisse" vorliegen.

(aus: Info 6, Aktionkomitee gegen Berufsverbote, West-Berlin, Ihnestr. 21)

AK GEGEN BERUFSVERBOTE: NEUE DOKUMENTATION

BERLIN (ID) 2. Dezember

Neben dem regelmäßig erscheinenden Info gibt es jetzt vom W.Berliner Aktionskomitee gegen die Berufsverbote eine zweite Dokumentation, die u.a. an Hand von einzelnen Fällen wie Disziplinierung wegen Parteimitgliedschaft bzw. unterstützung, sozialer Kontakte, sexuellem Verhalten usw. Möglichkeiten zur Solidarität und Reaktion aufzeigen wollen (s. ID 87).

Zitat: „Die Aktionskomitees haben sich zur Aufgabe gesetzt, eine Alternative zur Märtyrerhaltung Einzelner oder politischer Gruppen einerseits und zum individuellen „die Haut retten" andererseits zu entwickeln. Wir fordern die Leser auf, sich am Kampf gegen die Berufsverbote zu beteiligen. Wir bitten alle Betroffenen, sich in unseren Sekretariaten zu melden.

Kontaktadresse: Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der FU Berlin
1 Berlin 33, Ihnestraße 21

Spendenkonto: Bank für Handel und Industrie BHI
Kto.Nr. 5229418-01
Hilfskonto „Berufsverbote" PschKto der Bank Berlin (W), Nr. 40 000-100



NACH ACHT MONATEN ISOLATION FREIGELASSEN

BOCHUM (ID) 25. November

Hannes Weinrich, seit dem 23.3.75 in Isolationshaft in Karlsruhe, wurde aufgrund seiner schweren Erkrankung am Abend des 18.11.75 aus dem Gefängnis entlassen (siehe auch hierzu ID 74,75,90,101)

Hannes und sein Vertrauensarzt hatten den Antrag an Richter Kuhn gestellt, daß er zur Diagnose und Behandlung seiner Krankheit aus der JVA Kralsruhe in das Dialyseinstitut des Dr. Opitz nach Villingen-Schwenningen im Schwarzwald verlegt wird. Kuhn hat diesen Antrag abgelehnt und Hannes in das Haftkrankenhaus der JVA Bochum verlegen lassen. Die Verlegung von Karlsruhe nach Bochum wurde am Freitag dem 14. November per BGS-Hubschrauber durchgeführt. Den Transport besorgte die Abteilung „T" des BKA unter der Regie von Klein, der in der Hauptsache die Ermittlungen gegen Hannes geführt hat. Der dreistündige Hubschrauberflug hat Hannes' Gesundheitszustand nur weiter verschlechtert. Nur mit Hilfe von starken Schmerzmitteln konnte er die ständige Vibration und Zugluft ertragen, die durch den Hubschrauber verursacht wurde. Als der Hubschrauber um 14.15 Uhr an der Bochumer Polizeikaserne landete (liegt gleich neben dem Gefängnis), gabs den bei „T" üblichen Empfang: ca. 30 Polizisten mit Maschinenpistolen, teilweise echte Milchgesichter so um die 17, samt Panzerwagen, sämtliche Zufahrtsstraßen waren vorübergehend gesperrt – ein schlechter Witz, wenn man bedenkt, daß Hannes kaum laufen konnte und der Transport streng geheim gehalten worden war.

Im Bochumer Gefängnis wurde sein in Karlsruhe erkämpfter Haftstatus auf Null runtergeschraubt. Ihm wurden sämtliche privaten Sachen entzogen, einschließlich der eigenen Kleider. Die Telefonate zu seinem Arzt und seinen Anwälten wurden ihm verweigert, der Hofgang gestrichen. Selbst der letzte Genuß, das Rauchen, wurde aus Gründen der Anstaltsordnung versagt. Seine Bücher und Zeitschriften wurden bis auf eine geringe Auswahl einbehalten. Das von Dr. Opitz verschriebene Schmerzmittel Valoron wurde ihm nicht ausgehändigt. Lediglich bei einem Anwaltsbesuch am Samstag und bei einem privaten Besuch am Montag durfte er rauchen, besonders dieser Zigarettenentzug hat ihm zu schaffen gemacht. Erst am Montagmittag wurde Hannes die für den Haftprüfungstermin am Dienstag dringend benötigte Schreibmaschine und das Radio ausgehändigt.

Hannes hat die Behandlung im Bochumer Gefängniskrankenhaus durch die dortigen Ärzte Witteler und Hofmann abgelehnt, weil er zu ihnen kein Vertrauen haben kann. Witteler und Hofmann haben sich das schriftlich geben lassen und dann ihrerseits jede Behandlung abgelehnt, da sie keine Zwangsbehandlung durchführen würden. Vor dem Haftprüfungstermin wurde Hannes dann noch einmal kräftig durch die Mangel gedreht. Seine Forderung, in einen Krankentrakt verlegt zu werden, in dem man rauchen kann, wurde zum Vorwand genommen, ihn kreuzund quer durch das Gefängnis zu jagen. Nach Verlassen eines jeden Traktes wurde er gezwungen, die Anstaltskleidung zu wechseln, mit der Begründung, daß jede Abteilung ihre eigenen Kleider verwaltet und daß es nicht angehe, daß er die Kleidung einer Abteilung in die andre mitnähme. Den ganzen Terror haben sie drei mal veranstaltet. Hannes kam dann in ein Loch, das nur durch ein durchlaufendes Heizungsrohr geheizt wurde. Nebenan wurden Arbeiten mit einem Preßlufthammer verrichtet – das alles knapp drei Stunden vor dem Haftprüfungstermin.

Um 13.30 Uhr fand dann eine kleine halbstündige Demonstration von 100 Bochumer Genossen vor dem Gefängnis statt, in Sprechchören und auf einem Transparent forderten sie die sofortige Haftentlassung Hannes Weinrichs.

Nach siebenstündigem Haftprüfungstermin wurde Hannes am gleichen Abend gegen eine Kaution in Höhe von 30.000 Mark – nach achtmonatiger Isolationshaft – aus dem Bochumer Knast entlassen. Hannes befindet sich heute im Dialyseinstitut Villingen–Schwenningen zur Diagnose und Behandlung. Inzwischen wird er ambulant behandelt. Diese Behandlung kostet eine Menge Geld, das einfach nicht da ist, deshalb fordert die Politische Buchhandlung Bochum die Genossen auf, für Hannes zu spenden. Dies ist möglich bei der Politischen Buchhandlung, 463 Bochum, Im Westenfeld 22, Postfach 1942, und auf das Sonderkonto Ute Weinrich, Städtische Sparkasse Bochum, Kontonr. 133 050 328, Bankleitzahl 430 500 01.

AKTION GEGEN ZENSUR IM KNAST

HAMBURG (ID) 4. Dezember

Am 27.11. sind wir, 30 Leute aus dem Kommunikationszentrum für Strafentlassene, in eine Sitzung der Hamburger Bürgerschaft mar-

schiert Wir haben von den Logen nachstehendes Flugblatt zu den Volksvertretern und der Presse hinuntergeworfen, Transparente aufgehängt und unsere Forderungen durchs Megaphon gerufen

„An die Hamburger Bürgerschaft, ins besondere Justizsenator Klug und Bürgermeister Klose

Zu Mitteln wie Hungerstreik und öffentlichen Aktionen müssen Gefangene und deren Helfer greifen, um sich gegen die Einschränkung der freien Information und des unzensierten Kontaktes mit der Außenwelt zu wehren Wir haben hierüber bei zwei Gelegenheiten eine offentliche Diskussion mit Senator Klug geführt In beiden Fallen folgte im Anschluß daran keine Erleichterung der Zensur, sondern das Gegenteil Besucher bekamen weiterhin mit fadenscheinigen Begründungen Hausverbot für Hamburger Anstalten! Die Zeitung „Informationsdienst", eine Zeitung, die schon seit zwei Jahren im Handel wöchentlich erhältlich ist, wurde zunächst grundsätzlich, dann völlig willkürlich zensiert, dassselbe gilt für das Organ des Frankfurter Gefangenenrates, den „Nachrichtendienst" Gefangene, die sich im Knast dagegen wehren, werden mit unverantwortlichen Hausstrafen belegt Als Betroffener hat Hans Georg Kothen aus eigener Initiative eine aktive Konsequenz gezogen er ist am 20.11 in den Hungerstreik getreten wir sind heute hier, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, und wir sind hier nicht bereit, über den „Humanen Strafvollzug" usw usw zu diskutieren Wir schließen uns uneingeschrankt der Erklärung von H.G [illegible]en an und fordern wie dieser 1 sofortige Aufhebung der Isolationshaft von H.G Kothen, 2 Aufhebung des Hausverbotes für H. Froling, 3 Aushandigung samtlicher Exemplare des „Informationsdienstes" und des „Nachrichtendienstes" an alle Hamburger Gefangenen

Wir haben es satt, aufgrund von Unzuständigkeitserklärungen von einer Institution zur anderen geschickt zu werden Deshalb wenden wir uns hiermit an die gesamte Hamburger Bürgerschaft Wir werden den Saal nicht eher verlassen, bevor nicht allen drei Forderungen schriftlich stattgegeben worden ist

Kommunikationszentrum für Strafentlassene, 2, Hamburg 50, Carsten-Rehder-Str. 45."

Es gelang uns leider nicht, die Prügelgeilen Volksvertreter aus den Logen rauszuhalten, und da wir uns aus wohlverständlichen Gründen aus einer Schlägerei raushalten wollten, dauerte das Ganze kaum länger als zehn Minuten Bezeichnend ist das ungeheur brutale Vorgehen der Abgeordneten und nachher auch der Polizei In dieselbe Kerbe schlägt die Reaktion der Presse, die uns zu kriminalisieren versucht einhellig behaupten alle Zeitungen, wir — zumindest einer von uns — hätten uns mit Messern bewaffnet Die Aktion ist insofern gescheitert, als wir die bewußt niedrig geschraubten Forderungen nicht durchsetzen konnten — sie ist jedoch ein Teil einer Strategie, die wir nach wie vor für richtig halten was wir brauchen, werden wir uns nehmen

BERICHT ÜBER BERLINER GEFÄNGNISSE

BERLIN (ID) 4. Dezember

Hier ein Basisbericht über das, was in der letzten Zeit in Berlins Gefängnissen los war Zuerst einige Worte zur Situation in den Berliner Knästen:

Lehrter Straße (Frauenknast) — die Lehrter Straße ist zur Zeit so voll, daß es eine Art „Aufnahmestop" gibt, das heißt, daß Frauen mit kürzeren Strafen nicht mehr „aufgenommen" werden. In der Anstalt selbst gibt es als einzigen Gemeinschaftsraum einen Nähraum. Da man in einem so überfüllten Gefägnis Einzelne kaum isolieren kann, sollen jetzt Ingrid Schubert und Brigitte Mohnhaupt nach Frankfurt/Preungesheim deportiert werden, da sie sich in der Lehrter Straße offenbar zu gut eingelebt haben.

Moabit (Untersuchungshaft) — ist ebenfalls überbelegt, so daß Einzelzellen doppelt belegt werden sollen. Die dafür nötige Unterschrift haben allerdings nur wenige Gefangene gegeben. So soll jetzt ein Trakt ohne fließendes Wasser (Kübelsystem) im Schnellverfahren wieder eröffnet werden, obwohl er von der Baupolizei wegen unzumutbarer Bedingungen geschlossen worden war. Die Situation wird dadurch verschärft, daß in Moabit dreihundert bereits verurteilte Gefangene sitzen, die nicht mehr nach Tegel verlegt werden können, da dort kein Platz ist.

Tegel (Strafanstalt) — ist ebenfalls „ausgebucht" So sollten bereits der Turnhallengang, der Heizungskeller sowie verschiedene Freizeitraume (Tischtennis, Fernsehen) belegt werden, was aber rückgangig gemacht wurde, als es an die Öffentlichkeit kam Der Grund für die Überbelegung ist ein neues Gesetz, nach dem die Gnadengesuche und Gesuche auf Strafaussetzung nach zwei Dritteln der Haft von einem besonderen Gericht verhandelt werden Dieses Gericht genehmigt nur noch zehn Prozent statt vorher sechzig Prozent, außerdem wurden zur Weihnachtsamnestie nur 150 statt der in der Presse angekündigten 350 Gefangenen entlassen

Wegen dieser Überbelegung kam es zu erheblicher Unruhe unter den Gefangenen Darauf reagierte die Justizverwaltung mit einer Reihe von Verschärfungen des Vollzugs, die vor allem die Kommunikation unter den Gefangenen unterbinden sollten So wurden die Gefangenen zum Essen und Kaffee nicht mehr zusammengeschlossen, es gab nur noch eine statt zwei Freistunden und die auch nur flügelweise, nicht mehr das ganze Haus gemeinsam

Dagegen sind am Montag, dem 17 November etwa 80 Gefangene in den Hungerstreik getreten, der von ihnen als dreitägiger Warnstreik gedacht war Montagmittag sind dann aber Flugblätter im Knast aufgetaucht, die aus dem dreitägigen einen unbefristeten Hungerstreik gemacht haben Daraufhin brach ein Teil der Gefangenen, besonders die vielen Ausländer, den Hungerstreik ab, da sie sich übergangen und ausgenutzt fühlten Am Dienstag hungerten noch 50, am Mittwoch noch 25 Gefangene Über den dreitägigen Hungerstreik hinaus setzten nur acht Gefangene diese Aktion fort, allerdings hörten auch die bis zum Freitag alle auf Von den Forderungen

- Weg mit der Vernichtungshaft
- Weg mit Haus- und Anstaltsleiter
- Weg mit Justizsenator Oxfort
- Zurücknahme der Verfügungen

wurde nur erreicht, daß die Beschränkung der Freistunde zurückgenommen wurde Allerdings wurde ein Gefangener, den die Schließer wohl für einen „Rädelsführer" halten, nach Moabit verlegt Er ist dort am 1 Dezember in einen Hungerstreik für seine Rückverlegung getreten Allgemein ist die Situation in Tegel jetzt sehr undurchsichtig und wirr, und es ist schwer zu sagen, wie es jetzt weitergehen soll Draußen ging die Unterstützung auch fehl oder kam gar nicht

Der erste Fehler war, daß am Samstag bereits ein Flugblatt erschien, obwohl der Hungerstreik erst am Montag beginnen sollte. Dadurch war die Anstaltsleitung natürlich vorgewarnt Was schlimmer war und die Streikfront letztlich zerbröckeln ließ, war, daß in dem Flugblatt von einem unbefristeten Streik die Rede war, obwohl die Gefangenen ausdrücklich nur drei Tage ausgemacht hatten. Es handelte sich dabei um einen Alleingang eines oder mehrerer Gefangener, die von den Genossen draußen als repräsentativ für alle angesehen wurden. Andere, genauere Informationen, die andere Genossen erhalten hatten, drangen wegen einer starken Fraktionierung der Berliner Knastgruppe nicht rechtzeitig zu den Flugblattverteilern durch.

Eine erste Kundgebung am 17 November vor dem Knast wurde wegen zu geringer Beteiligung (etwa 20 Leute) abgesagt Dafür fand später eine spontane Kundgebeung statt, die die Polizei so überraschte, daß die ersten Einsatzwagen erst eintrafen, als die Kundgebung schon beendet war Am Freitag sollte dann eine Kundgebung stattfinden, aber da keiner der Veranstalter da war, (die bereiteten eine Solidaritätsfete vor) fiel auch die ins Wasser.

Als Folge dieses Reinfalls haben sich jetzt die Knastgruppen mit anderen Gruppen zusammengesetzt, um zu überlegen, wie das gekommen ist und wie man das in Zukunft vermeiden kann.

Eine kurze Nachricht noch Sendungen aus den Berliner Buchläden werden seit neuestem immer öfter beschlagnahmt Es sollen nur noch verlagsverpackte Bücher in den Knast gelassen werden, was natürlich kaum möglich ist und wohl die meisten lesenswerten Bücher zurückhalten soll (Basisbericht). (Siehe auch die Mitteilung der Ärztegruppe unter ERKLÄRUNGEN)

AKTION GEGEN SPANISCHE REISEBÜROS

BERLIN (ID) 25. November „Heute nachmittag um 17.00 besetzten zwei Aktionsgruppen des Komitees Freiheit für Spanien vorübergehend zwei Reisebüros mit spanischer Werbung. Die Wände und Schaufenster wurden mit Sprüchen wie „Spanien = KZ" und „Tourismus hilft Faschismus" verziert. Dafür mußten leider einige Spanien-Plakate dran glauben. Außerdem wurden Spanienprospekte eingesammelt und auf dem Bürgersteig zerissen bzw. verbrannt. In der Zwischenzeit paßten einige Teilnehmer auf Kunden und Personal auf, die aber alle nichts gegen die Aktion hatten. Nur eine Verkäuferin mußte getröstet werden, da sie aus Angst um ihren Job zu weinen anfing. Eine andere bekam als Gastgeschenk ein Osterei, das Verschwinden nach der Aktion klappte bei allen reibungslos.

Wir haben die Aktion gemacht, damit nach Francos Tod nicht so getan wird, als wäre in Spanien alles bestens, sondern damit solange kein Urlaub in Spanien gemacht wird, bis der Faschismus beseitigt ist.
Reisende aller Länder, meidet Spanien!"

BAUERN HELFEN SICH SELBST – EINE KISTE ÄPFEL FÜR ZEHN MARK

STUTTGART (ID) 4. Dezember Auch in diesem Jahr bleiben die Landwirte auf einem riesigen Äpfelberg sitzen, damit die Großeinkäufer die hohen Preise halten können. Dem soll aber erst einmal – zumindest im Raum Stuttgart – abgeholfen werden. Der Arbeitskreis junger Landwirte hat in Zusammenarbeit mit dem Stuttgarter Sozialistischen Zentrum eine große „Äpfelaktion" angeleiert, anstelle des Ladenpreises von etwa 22 Mark kostet eine Kiste Äpfel nur zehn Mark.

Der Äpfelverkauf ist gut angelaufen. Die Bauern kommen mit Traktoren in die Stadt und verkaufen vor Fabriken und in großen Wohnvierteln. Der Handel hat sich geweigert, einen Teil der Äpfel aufzukaufen, die Preise sollen vor Weihnachten nicht fallen.

(aus: s'Blättle, Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung, Nr. 2)

VERSUCH EINER ALTERNATIVEN PRESSE

UELZEN (ID) 1. Dezember Seit fünf Jahren erscheint in Uelzen eine Jugendzeitung, die sich die alternative Berichterstattung von Jugendlichen für Jugendliche zur Aufgabe gemacht hat. Das Blatt, genannt „Der gute Uelzer" sollte eine Möglichkeit sein, die Mängel der Lokalpresse – Berichterstattung im Sinne der Anzeigengeber – etwas auszugleichen. Seit drei Jahren ist „der gute Uelzer" dazu Forum der Initiative Unabhängiges Jugendzentrum, in der die Fortschritte im Kampf um ein Jugendzentrum im Uelzen, Darstellungen anderer Jungendzentren in der Umgebung etc. aufgezeigt wurden.

„Der gute Uelzer" erschien bis jetzt 14 mal, also etwa drei bis vier Mal pro Jahr, mit einer Auflage von durchschnittlich 1200 bis 1500 Exemplaren. Reaktionen waren im kommunalen Leben der Kleinstadt Uelzen (38 000 Einw.) durchaus zu spüren. Aber dem Redaktionsteam wurde immer klarer, daß diese Art des Zeitungsmachens uneffektiv ist, weil zwischen Artikelschreiben, bestimmten Ereignissen und dem Erscheinen der Zeitung eine zu große Zeitspanne lag. Man hat sich nun entschlossen den „guten Uelzer" drei Wochen vor Weihnachten lang probeweise wöchentlich erscheinen zu lassen. Die Redaktion, vornehmlich Schüler, einige Studenten und Lehrlinge, will damit eine aktuellere Berichterstattung ermöglichen, wenngleich das auch einen wesentlich erhöhten Arbeitsaufwand bedeutet. So wird die Zeitung nach einem bestimmten Schema aufgebaut: Allgemeine Politik/Jugendzentrumsdokumentation der Provinz Lüneburger Heide/ kommunale Meldungen und Richtigstellungen/allgemeine Meldungen, Veranstaltungen etc.

Das Redaktionsteam kommt aus der Initiative unabhängiges Jugendzentrum, einer undogmatischen, politisch (kommunalpolitisch) aber sehr aktiven Gruppe. Das Durchschnittsalter liegt bei etwa 18 Jahren. Wer also Interesse an dieser Arbeit hat, kann sich an die IUJZ Uelzen wenden. Adresse: Provisorisches Jugendzentrum Uelzen 3110 Uelzen 1, Bohldamm-Baracke 14b.

SCHWUCHTEL, EINE ZEITUNG DER SCHWULENBEWEGUNG

BERLIN (ID) 28. November Vier Schwule aus Emanzipationsgruppen in Berlin und Heidelberg haben im Herbst 1975 ein Redaktionskollektiv gegründet und die SCHWUCHTEL aus der Taufe gehoben. Mit dieser Zeitung (die im Dezember zum ersten Mal erscheint) soll das Informationsdefizit der Emanzipationsgruppen untereinander behoben werden. Nachrichten über Aktionen, Erfahrungsberichte der Gruppen sollen aber nicht nur die Organisierten, sondern jeden – ob schwul oder nicht – erreichen.

Eine Zeitung von Schwulen gemacht für alle, die die Emanzipationsdebatte verfolgt haben, sie vermissen. Für alle, die sich gegen die Reglementierung unseres Körpers wehren.

Zielrichtung der SCHWUCHTEL ist, unsere verschüttete Geschichte wieder aufzuspüren. Die vergessenen Gedichte, Romane und wissenschaftlichen Publikationen unserer schwulen „Väter" wieder zu entdecken.

Die Diskussion des § 175 soll klären, warum Schwule unterdrückt werden. Die Diskussion um Sexualität, Normalität, Sittengesetz soll beantworten, warum die Reform des § 175 nicht verändert hat.

Die SCHWUCHTEL soll die Suche nach der schwulen Identität erleichtern. Das geht los mit schwulen Alltagsschwierigkeiten im Beruf, zu Hause, in der Familie, auf der Klappe. Setzt sich fort mit Problemen wie Männlichkeit, Weiblichkeit.

Interviews, Berichte, Prosa und Lyrik, Fotografien und Zeichnungen sollen zeigen, wie Erfahrungen und Schwierigkeiten individuell oder kollektiv verarbeitet wurden. Die Zeitung wird in Schwerpunktnummern geplant.

SCHWUCHTEL-Themen sind: Schwule Identität, Tunten, Sado-Masochismus, Päderastie, Transvestitismus, Leder, Männerrolle, Feminismus, Linke und Emanzipation, § 175: Sexualität in der BRD, Film, Theater, Poesie, Schwulenbewegung ...

Die Erscheinungsweise der SCHWUCHTEL ist zwei- bis viermonatlich. Der Preis beträgt 2,- Mark (Abo: 5 Ausgaben 10 Mark) gegen Vorauszahlung. Anschrift: Redaktionskollektiv, 1 Berlin 62, Postfach 373.

Redaktionskollektiv im November 1975

ÜBERREGIONALE TERMINE

FRANKFURT (ID) 1. Dezember Leute, die sich, sei es in Wohngemeinschaften, sei es in irgendwelchen Arbeits- oder Erfahrungsgruppen zusammengetan hatten, waren bisher dazu verdammt, in ihrer kleinen Zelle, isoliert von anderen gleichgesinnten Leuten in Deutschland so schlecht und recht dahinzuwursteln. Nun, inzwischen sind vielerorts Initiativen entstanden, überregionale Treffs zu veranstalten. Hier drei davon:

Am 12.12. bis 14.12. (bei Interesse länger oder vorher) findet bei Treek-Work in Oberolm bei Mainz ein Treffen der Gruppen statt, die sich für eine Zusammenarbeit im Elektrobereich interessieren. Es geht um die gemeinsame Organisation: Zusammenarbeit im Produktionsbereich, gemeinsamer Ein- und Verkauf, Behördenprobleme, Geschäftsformen, Austausch von Personen, Erfahrungen und Produkten, Entwicklung neuer Produktionsinhalte und -methoden, politische Relevanz und Anwendungsmöglichkeiten.
Adresse: Freakwork, 6501 Ober-Olm bei Mainz, Obergasse 30
Te.: 06136/3056

Schwarzmarkt Hamburg plant für den 16.1. bis 18.1.1976 ein Treffen zum Thema Ökologie in Hamburg. In Hamburg ist die größte Konzentration von Atomkraftwerken geplant. Das nehmen sie zum Anlaß, dort über folgende Themen zu reden: 1. Darstellung der offiziellen Energiepolitik, 2. Reaktion und Widerstand in der Bevölkerung, 3. Alternative Energieformen, 4. praktische Entwicklung und Anwendung für unseren Lebensbereich. Berichterstattung über eigene und internationale Forschungen, 5. Weitere Ökologische Probleme: Anbau, Transport, Müll ... Schickt bitte Themenvorschläge und Diskussionsbeiträge zur Verbreitung an Schwarzmarkt Hamburg 13, Bundestr. 9, elb, 040/410 4228

Die Regionalgruppe Zürich der Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft (GKEW) veranstaltet in der Stiftung Salecina in Maloja (bei St. Moritz) vom 25. bis 31. Januar 1976 einen Wochenkurs über Kulturrevolution. Problemkreise: Kultur als Luxus, Volkskultur, Arbeiterkultur (gibt es eine?), bürgerliche Unterhaltungskultur, Kultur und Eros. „Diese Probleme wollen wir am Wochenkurs in Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen behandeln und dabei die Erfahrungen aller Teilnehmer auswerten. Salecina liegt in einem schönen Skigebiet (Skilift, Langlauf). Gemeinsames Kochen, Skifahren und Spazierengehen fördert die Kultur der Gemeinschaft unter uns." Anmeldung bis 15. Dezember an: Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft (GKEW) Regionalgruppe Zürich, Kurswesen: Maja Naarden, Spitalgasse 14, 8001 Zürich, Tel. 00411/34 05 92.

AUSLAND

DIE ILLUSION VON DER UNAUFHALTSAMEN REVOLUTION

LISSABON/FRANKFURT(PN/ID) 1. Dezember Der neusten Ausgabe der Portugal-Nachrichten (PN) entnehmen wir Informationen zur Aktion der Fallschirmjäger, die die Niederlage des 25. November ausgelöst hat. Das ist jedoch nur ein Teil des Erklärungszusammenhangs: der militärisch-politische Aspekt. Der zweite Aspekt: die Rolle der politischen Parteien und Organisationen, vor allem die Funktion der PCP in diesem Machtkampf.

„Seit dem 25. April und besonders seit dem Ende des Jahres 1974 hat die Bewegung der portugiesischen Massen einen praktisch ununterbrochenen Aufschwung erfahren. Nichts und niemand schien den Mobilisierungen der Arbeiter- und Volksmassen Widerstand entgegensetzen zu können: am 28. September und am 11. März wurde die Bourgeoisie besiegt, bevor sie auch nur den Kampf begonnen hatte. Auch die VI. provisorische Regierung war nicht in der Lage, die Krise der Bourgeoisie zu lösen, und alle Versuche, die Errungenschaften der Arbeiter wieder rückgängig zu machen und die Disziplin der Armee wiederherzustellen, scheiterten kläglich, ja begünstigten und beschleunigten den Radikalisierungs- und Politisierungsprozeß bei Arbeitern und Soldaten.

Die Armee scheint mehrheitlich auf die Seite des Volkes und der Arbeiterklasse übergegangen zu sein: die Autorität der Unternehmer, der Offiziere und des Staates wird massiv in Frage gestellt. In den Avantgardesektoren der Arbeiterklasse entsteht die Illusion, daß die halb-spontane Massenbewegung, ohne Führung und ohne genaue politische Orientierung, alle Hindernisse aus dem Weg räumen könnte.

Das „Volk" ist für die Revolution und die Soldaten sind „immer, immer an der Seite des Volkes". Die zerbrechliche Staatsmacht ist durch die Protestbewegung unter den Arbeitern und unter den Soldaten gelähmt. Da kann ja die Machtergreifung nicht allzu schwierig sein!

Die Illusion, daß ein Sieg leicht errungen werden kann, findet auch unter den „linkenMilitärs" rasch Anhänger (Genossen von verschiedenen Organisationen der extremen Linken und die radikalisiertesten Offiziere der MFA) ...

DIE AKTION DER FALLSCHIRMJÄGER VON TANCOS

Die Fallschirmjäger von Tancos lieferten mit ihrem Kampf ein gutes Beispiel für diese widersprüchliche Situation.

Am 11. März wurden sie noch gegen die RAL 1 (später RALIS) eingesetzt, ohne daß dies tiefere Spuren bei ihnen hinterlassen hätte. Die Sabotageaktion gegen Radio Renascença dagegen weckte unter den Soldaten und Unteroffizieren ein wahres Trauma: sie wurden sich plötzlich bewußt, daß sie das Opfer der Manipulationen ihrer Offiziere geworden waren, sie wurden sich dessen bewußt, daß sich ihre Aktion gegen die Interessen der Arbeiter und des Volkes richteten. Innerhalb von weniger als zwei Wochen wurde der Stützpunkt der Fallschirmjägervon Tancos von einem der politisch rückständigsten Regimenter des Landes zu Speerspitze der Protestbewegung gegen den Generalstab der Luftwaffe, mit der Explosion von Radio Renascença „explodierte" auch das Fallschirmregiment von Tancos.

Die Fallschirmjäger weigerten sich in der Folge weiterhin, Teil der AMI (nie realisiertes rechtes Gegenstück zum COPCON) zu sein, sie forderten deren Auflösung, übten Selbstkritik an ihrem eigenen Verhalten, von 128 Offizieren des Regiments verließen daraufhin 123 die Basis, von den 300 Unteroffizieren folgte ihnen lediglich einer. Als Luftwaffenchef Morais e Silva die Einheit auflösen wollte, organisierten die Fallschrimjäger sich, um gegen diesen Beschluß zu protestieren und besetzten ihren Stützpunkt. Sie forderten die Ablösung von Morais e Silva und von Pinho Freire (Oberkommandierender der Luftwaffenregion, zu der Tancos gehört) und der Mitglieder der Luftwaffe im Revolutionsrat.

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch besetzten die Fallschirmjäger zur Unterstreichung ihrer Forderungen – ohne jegliche Koordination oder Absprache mit anderen linken Einheiten der Streitkräfte und ohne jegliche Kontaktsuche oder Koordination mit Arbeiter- oder Mieterkommissionen – drei Flugplätze und das Hauptquartier der Luftwaffe ...

Die Arbeiter haben sich nicht gerührt. Und angesichts dessen brach die gesamte Operation innerhalb von wenigen Stunden zusammen. Die Soldaten verstanden, daß man ihnen nicht folgte und gaben – nach schwachem Widerstand – auf. ...

Die Säuberungen in den Redaktionen der Lissaboner Presseorgane, die ab 1. Dezember wieder erscheinen, werden der Regierung größere Kontrollmöglichkeiten über die Zeitungen einräumen, aber die Drucker und das gesamte technische Personal können nicht ausgewechselt werden. Und gerade sie waren es, die vergangenen redaktionellen Änderungen erzwungen hatten. ..."

ZUR ROLLE DER PCP

Der Sturz der 6. Regierung, die ihre Handlungsunfähigkeit dadurch bewies, daß sie in den Tagen vor dem 25. November in den Streik getreten war, als Reaktion auf ihre Belagerung durch die Bauarbeiter, scheint das politische Ziel der PCP im Zusammenhang mit der Fallschirmjäger-Revolte gewesen zu sein.

Dafür gibt es, wenn nicht Beweise, so doch Indizien, die sich auf die sogenannten „Gonçalvisten", also die Anhänger des mit der 5. Regierung gestürzten PCP-Sympathisanten Vasco Gonçalves, beziehen.

Vor allem die unabhängig von den Tancos-Fallschrimjägern durchgeführten bzw. initiierten Aktionen wie die Besetzung der TV-Station in Lissabon wurden von Anhängern der Gonçalves-Leute gemacht.

Die linksradikalen COPCON-Einheiten wie z.B. die Militärpolizei (PM) wiederum wurden in die Aktionen miteinbezogen, um ihnen – als das Scheitern schon offensichtlich war – einen Schlag zu versetzen. Otelo als (ehemaliger) COPCON-Chef soll während der entscheidenden Stunden geschlafen haben, jedenfalls war er nicht informiert.

Als ein anderes Indiz für die These vom Sturz der 6. Regierung zugunsten einer 7. Regierung mit mehr PC-Einfluss wird die hohe Zahl von kommunistischen Offizieren unter den Verhafteten angeführt.

„DIE HANDARBEITS-KOOPERATIVE LÄUFT SCHON"

BARRÃO/FRANKFURT (ID) 2.Dezember

Das Dorf Barrão de São João in der südportugiesischen Algarve (ID 97 und 101) macht seine Geschichte weiter. Inge und Deo waren als Vertreter in der BRD, um vor allem die Realisierung von zwei Kooperativen voranzutreiben. Darüber und über die jüngste Entwicklung im Dorf unterhielten wir uns:

„Auf die Ereignisse des 25.November ff. haben die Dorfbewohner mit Angst und Unsicherheit reagiert. Sie haben nur reagiert, weil sie ohne Information aus Lissabon blieben, weil die eigenen Kontakte zur Hauptstadt unterbrochen blieben. Ihre Angst bezog sich konkret auf die mögliche Flucht der Repräsentanten der Volksmacht und auf die Gefahr eines Bürgerkrieges.
Das war völlig anders als am 11.März, als die Dörfler zur Hauptstraße zogen, Barrikaden bauten und ihre Jagdflinten mitnahmen. Selbst die Soldaten in der Kaserne von Lagos hatten keine Verbindungen zur Metropole, geschweige denn zu den revoltierenden Einheiten der Fallschirmjäger.

KOLONIALISTEN–PROBLEME

Das Problem der Heimkehrer aus den Ex-Kolonien besteht inzwischen auch bei uns. Unter den fünf Rückkehrern ist ein ehemaliger Polizist, der aus Mozambique kommt. Ein normaler Flüchtling, der für Recht und Ordnung ist. Frau und Tochter, die beide aktiv in den Gremien des Dorfes mitgearbeitet haben, hat er sofort zurückgepfiffen, es ihnen verboten. Jetzt sitzt er in der Kneipe und hetzt: die Wahlen seien illegal, im Arbeitscamp sei nur gehascht worden, den Bauern würden ihre Landparzellen weggenommen.
Das hat Verunsicherung gebracht.

Dazu kommt, daß seit der 6.Regierung über die Medien vorwiegend Kritik an den Basisorganen gesendet wird. Die Auseinandersetzungen werden heftiger. Nachdem es immer klarer wurde, daß wir von dieser Regierung nicht mit Krediten rechnen können, haben wir unter einigen Leuten die Diskussionen über eine Agrarkooperative verstärkt aufgenommen.

PLÄNE FÜR EINE AGRAR–KOOPERATIVE

Die Struktur der Bauern bzw. ihrer Besitzverhältnisse macht es notwendig, solche Pläne mit Vorsicht anzugehen. Da gibt es zunächst die jüngeren Bauern, die die Landwirtschaft nur noch neben der Fabrikarbeit in Lagos betreiben. Dann gibt es, vor allem unter den Jugendlichen, viele Arbeitslose, die in der Landwirtschaft keine Perspektive mehr sehen.

Schließlich leben im Dorf die Alten, die zwar noch Bauern sind, die aber gerade nur für das Notwendigste ihre Parzellen bearbeiten, andere aber brachliegen lassen. Die ersten Ansätze, aus dieser Misere rauszukommen, bestehen in Nachbarschaftshilfe, Ausleihen einer Maschine, Bearbeiten des Brachlandes. Klar ist, daß bei dieser Besitzstruktur keine Landbesetzungen möglich sind, das muß freiwillig laufen. Vor allem die Altbauern werden am ehesten bereit sein, auf dieser Ebene zusammenzuarbeiten, im Kollektiv. In der Agrarkooperative werden wir einige Arbeitsplätze für Kriegsinvaliden und Arbeitslose schaffen: der Verwaltungskram muß gemacht werden.

Ich habe die Idee, die schlechten Erträge zu verbessern, indem der Kunstdünger ersetzt wird: also Experimente mit biodynamischen Mitteln, um das wenige Wasser besser zu nutzen; denn der Kunstdünger trocknet den Boden aus, die meist praktizierten Monokulturen beschleunigen diesen Prozeß. Dagegen gibt es verschiedene Techniken, um die Feuchtigkeit zu halten, z.B. Brombeerhecken anpflanzen – Kompost und Humus herstellen. Das zielt natürlich auch darauf ab, die Unterernährung zu bekämpfen, den Eiweißhaushalt zu verbessern, z.B. durch Anbau von Sojabohnen, die das eh teure Fleisch ersetzen können.

Mit einem Wort: sich unabhängig machen von der imperialistischen Chemieproduktion – so wie sie es in China oder Vietnam geschafft haben.

Das alles aber ist erst mal nur in der Diskussion unter wenigen, sozusagen im embryonalen Stadium.

HANDARBEITS–KOOPERATIVE

Viel weiter sind wir mit der Handarbeit-Kooperative der Frauen – dafür haben wir auch die Reise hierher gemacht.
Die Frauen haben schon vor einigen Monaten angefangen, die traditionelle und für die Algarve typische Handarbeit wieder zu machen, das sind vor allem die Flickendecken, aber auch Stickereien, Strickereien statt der neuen Kunststoffdecken.

Sie haben sich zu einem Kollektiv zusammengeschlossen. Ein Statut ist schon diskutiert. Es wird nach Auftrag gearbeitet, sowohl für Portugal wie für die BRD. Die Frauen bestimmen die Preise ihrer Waren kollektiv, setzen sich also gegen die Zwischenhändler durch, bestimmte Händler werden einfach nicht mehr beliefert.

Der Anlaß für die Handarbeit-Kooperative lag in der Notwendigkeit, Geld zu verdienen, Arbeit zu haben, nicht mehr arbeitslos zu sein.

Der Verkauf ist so geregelt: in Lagos gibt es Leute, die einen Laden machen wollen, in dem die Produkte der Frauen verkauft werden. Ein zweiter Abnehmer ist der Volksmarkt (mercado do povo) in Lissabon. Das ist allerdings vorwiegend für Touristen, denn noch ist unklar, ob die Handarbeiten der Frauen sich gegen die Konkurrenz der Kunststoffdecken durchsetzen können.

Der Laden in Lagos soll ein Zentrum werden, in dem auch Frauen aus anderen Dörfern, wie z.B. aus Figueira (ID 96), ihre Produkte verkaufen. In diesem Zusammenhang wollen wir eine Kooperative aus mehreren Dörfern machen, die alle ihreigenes Produkt herstellen.

Hier in Barrão sind wir dabei, ein Haus zu mieten: das soll ein Treffpunkt werden, mit einer Bibliothek, wo man z.B. Marzipan (eine Algarve-Spezialität) essen und sich unterhalten kann.

Es hat sich übrigens inzwischen herausgestellt, daß die Frauen bei ihrer Arbeit über ihre gemeinsamen Probleme diskutieren, über Kindererziehung, Ernährung, über Probleme mit dem Mann, dabei wird natürlich auch über die politische Entwicklung in Portugal geredet. Neulich habe ich einer alten Frau einen Zeitungsartikel über eine Fernsehdiskussion zwischen Soares und Cunhal (PS- bzw. PC-Chef) vorlesen müssen, wir standen an der Straße, und bald war eine ganze Gruppe von Frauen im Gespräch.

Beim Brotkneten laufen solche Diskussionen auch, und ich merke, daß die Leute die Sprache der Nachrichten, sei es vom Radio oder vom Fernsehen, kaum verstehen. Ihre Sprache ist eine andere. Aber es gibt inzwischen einfach genügend Beispiele, daß die Frauen politisch durchblicken und Interesse an bestimmten Sachen haben: z.B. also vor einigen Wochen die FUR (revolutionäre Einheitsfront) in Faro das Bürgermeisteramt besetzt hatte, gab es eine spontane Diskussion, in der die PS eindeutig als Verräter des Volkes eingeschätzt wurde.

Die Handarbeits-Kooperative der Frauen läuft also – und ihre Perspektive ist, daß die Frauen ihre kollektiven Erfahrungen den Männern vermitteln, damit die den Sinn der Agrar-Kooperative einsehen, ihre individuellen Ängste erkennen – daß sowas wie ein Schneeballeffekt entsteht."

UNITA UND DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

LUANDA (PNS) 3. Dezember

Der australischen Zeitung „Digger" entnehmen wir folgende Meldung:

„In Ost- und Südangola – dort wo die riesigen Eisenminen

von Krupp liegen – verhandelt gerade die UNITA (Union für die totale Unabhängigkeit von Angola), die dort dominierende Befreiungsbewegung, mit der Konrad Adenauer-Stiftung von der westdeutschen CDU um Hilfeleistungen. Lonrho, eine große britische Minengesellschaft, die ebenfalls in diesem Gebiet arbeitet, hat dem Chef der UNITA, Jonas Savimbi, einen eigenen Jet geschenkt."

ARBEITSEMIGRANTEN IN HOLLAND WEHREN SICH

UTRECHT (ID) 1. Dezember

Die Situation der türkischen Arbeitsemigranten in Holland hat sich in den letzten Wochen drastisch verschlechtert. Vor allem deshalb, weil aus Surinam, früher Niederländisch-Guayana (in Lateinamerika) viele Arbeitslose eingewandert sind (seit 25.11. unabhängig).

Die Wohnsituation der türkischen Arbeiter ist miserabel, bis zu 15 Leute werden in Quartiere gepfercht. Die Repression gegen Illegale wurde verschärft.

Jetzt haben die Türken begonnen sich zu wehren: seit Tagen gibt es Proteste, Demonstrationen und Fabrikbesetzungen von ausländischen und holländischen Arbeitern.

In Utrecht haben 265 Arbeiter, unter ihnen 70 Türken, die „Dam Chips"-Fabrik besetzt, die wegen Unrentabilität dichtmachen wollte. (Wir fordern alle auf, die Informationen über die Lage in der Türkei haben – dort sind die „Studentenunruhen" inzwischen zu eröffneten Auseinandersetzungen geworden – uns darüber Material zu schicken)

INTERNATIONAL INHAFTIERTE KRIEGSDIENSTGEGNER

BRÜSSEL (ID/WAI) 26. November

Seit 1956 stellt die Internationale der Kriegsdienstgegner/War Resisters' International alljährlich eine Übersicht über die international inhaftierten Kriegsdienstgegner (Kriegsdienstverweigerer und Totalverweigerer von Militär- und Zivildienstzwang) zusammen. Die Liste ist in englisch verfasst und hat den Zweck, den Inhaftierten zum Jahreswechsel unsere Solidarität mit Kampf gegen Militär und Militarismus durch einen Brief- oder Kartengruß zu bekunden. (Zum Jahreswechsel deshalb, weil die Wahrscheinlichkeit größer ist, daß Post für die Inhaftierten während der Weihnachtszeit leichter die Zensur passieren kann).

Die uns bekannten Kriegsdienstgegner sitzen in den Gefängnissen von Frankreich, Belgien, BRD, DDR, Griechenland, Israel, Niederlande, Spanien und USA.

Die Liste ist gegen die Einsendung von DM 0,60 in Briefmarken erhältlich über
BWNIC/BRD-WB, c/o Karl-Heinz Seng, 2000 Hamburg 50, Daimlerstraße 13

IRA–INCIDENT-CENTERS VON BRITEN GEKÜNDIGT

OBERURSEL 2. Dezember

Die Incident-Centers der provisorischen IRA/Sinn Fein wurden in der vorletzten Woche durch den britischen Nordirlandminister Rees gekündigt. Durch die IC's hatte die IRA, bei britischer Zustimmung, Polizeigewalt und Verwaltungsfunktion in den katholischen Ghettos erhalten, sie waren wesentlicher Bestandteil der Waffenstillstandsverhandlungen. Rees nahm die jüngsten Angriffe der offiziellen IRA auf die IC's zum Anlaß, ihre Kündigung auszusprechen. Die Belfast Brigade der provisorischen IRA erklärte dazu: „Die IC's bleiben bestehen, sie sind offen für die gesamte Bevölkerung und sie erfüllen weiterhin ihre alten Funktionen." Unmittelbar nach der Erklärung von Rees wurden in der Grafschaft Armagh drei britische Soldaten in einem Beobachtungsunterstand getötet. Verantwortlich zeichnet das South Armagh Battallion der provisorischen IRA.

RICHTERIN SPRICHT PROSTITUIERTE FREI

NEW YORK LNS/ID) 22. November

Eine Richterin in San Francisco, wurde von einem ihr höher gestellten Kollegen aus der Beurteilung aller weiteren Prostitutionsfälle ausgeschlossen. Der Grund: sie hatte bis zu diesem Zeitpunkt 37 Prostituierte freigesprochen mit der Begründung, daß nur sie und nicht auch ihre männlichen Kunden angeklagt wurden. Sie bekräftigte ihre Urteile, indem sie die Polizei bezichtigte, „zielstrebig und absichtlich" nur Frauen festzunehmen. „Die meisten Kunden", fuhr sie fort, „sind weiße, verheiratete, relativ reiche Bürger"

EIN EHRLICHER SPITZEL

NEW YORK (LNS/ID) 22. November

Das Stadtratsmitglied John Neal aus Norman gab diesen Herbst bekannt, daß er von Juni 1969 bis März 1975 ein bezahlter FBI-Agent war. Während dieser Zeit gründete er die Norman Niederlassung der Young Socialist Alliance (YSA) und arbeitete im Vorstand des Komitees „Beendet den Krieg in Vietnam" an der Universität von Oklahoma. Seine Adresse war praktischerweise natürlich auch noch die Postadresse der YSA. Im Herbst 1974 infiltrierte er auch noch die Revolutionary Student Brigade.

Neal erklärte, daß er seinen „Beruf" aufgab, als er sich entschlossen hatte, für den Stadtrat zu kandidieren. „In diesen Jahren wurde mir immer klarer, daß wir auf der öffentlichen Seite der Regierung ehrliche und unabhängige Männer und Frauen brauchen", sagte er Ende September. Von den „Norman-Bürgern für Gemeinde-Verantwortlichkeit" (NCCR), die 1974 im Kampf gegen Preiserhöhungen der Stadtwerke gegründet wurde, unterstützt, gewann der „ehrliche John" mit zwei anderen NCCR-Kandidaten die Wahlen.

Unglücklicherweise wurde Neal, die andren Stadträte und die NCCR von einem Staatsanwalt angegriffen, der sie allesamt als Kommunisten bezeichnete. Daraufhin gab John Neal bekannt, daß seine „radikalen" Aktivitäten in den letzten sechs Jahren vom FBI dirigiert worden waren. Er meinte, daß er seine Rolle deshalb noch nicht öffentlich dargestellt habe, damit keine Störung der FBI-Operationen entstehen könne.

Über dieLeute, die mit Neal in den letzten sechs Jahren zusammengearbeitet haben, und vor allem über diejenigen, die sich um seine Wahl bemüht haben, sagt Neal: „Die einzigen Personen, die durch mein Handeln „verraten" wurden, sind diejenigen, die an illegalen Aktionen teilgenommen haben. Und wenn diese Leute mich hassen, begrüße ich ihren Haß."

JUSTIZ UND GEHEIMDIENSTE: TERROR GEGEN DIE LINKE

BOGOTÁ (ALTERNATIVA/ID) 24. November

Das Kriegsgericht in Medellín, das – entgegen anderen Meldungen – den Vertreter des Bertrand-Russell-Tribunals nicht zuließ, hat 21 Revolutionäre der Volksbefreiungsarmee EPL (ID 102) zu 130 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafen liegen zwischen 5 und 12 Jahren. In einem Kommuniqué haben die politischen Gefangenen die Anwendung jeglicher Art von Folter denunziert.

Nach dem Bombenanschlag gegen die ALTERNATIVA (ID 103) wurde die Abendzeitung „El Bogotano" durch eine Bombe verwüstet. In ihrer Druckerei wird auch die ALTERNATIVA gedruckt.

Die Zeitschrift nimmt das Flugblatt der Terrorgruppe „Antikommunistische Aktion Kolumbiens" zu den Anschlägen zum Anlaß, über die kolumbianischen Geheimdienste zu informieren: Da gibt es zunächst den DAS, eine autonome Institution, die für „innere Sicherheit" und „öffentliche Ordnung" zuständig und direkt dem Präsidenten unterstellt ist. Der F-2 untersteht der Polizeiführung. Zwischen diesen beiden Terrororganen hat es zuletzt in Sachen Coca und Marihuana Kompetenz- und Konkurrenzkämpfe gegeben. Außerdem hat jeder Teil der kolumbianischen Streitkräfte seinen Geheimdienst: das Heer den E-2, die Luftwaffe den A-2, die Marine den M-2 und die Brigaden den B-2.

Schließlich agiert der berüchtigte BINCI, eine höchst geheime Geheimdienstbrigade, die als oberstes derartiges Organ selbst innerhalb der Streitkräfte kaum durchschaut wird.

Die Praxis dieser Apparate reicht vom Telefonabhören bis zum Mord. Die Terroristen von DAS und F 2 werden ein halbes Jahr ausgebildet, verdienen etwa 2ooo Pesos im Monat, die Agenten der militärischen Terrorapparate dagegen werden über mehrer Jahre von in den USA ausgebildeten Offizieren gedrillt.

Danach werden viele als Spitzel in Universitäten, Fabriken und Agrarzonen geschleust. Oder sie übernehmen an wichtigen Orten Geschäfte, Kneipen oder Cafés, z.B. in Industriegebieten. Oder sie werden als Landarbeiter in Guerillazonen geschickt. Über mehrere Jahre werden sie so ausgebildet, um danach als „normale" Angehörige der Streitkräfte aufzutreten.

Diese Geheimagenten sind selbst innerhalb des Heeres gefürchtet und gehaßt. Vor allem der BINCI bespitzelt oppositionelle Soldaten und Unteroffiziere/Offiziere.

Aufgrund ihrer Hauptfunktion, die Bewegung der linken Organisationen schon präventiv zu unterdrücken, d.h. gegen „Staatsfeinde" vorzugehen, und wegen ihrer extrem klandestinen Struktur sind sie praktisch unkontrollierbar.

Das heißt: Sie arbeiten wie die nordamerikanische CIA. Selbst in den traditionellen Parteien werden die Telefone abgehört, so daß auch der Präsident bestimmte Sachen lieber nicht über diesen Kanal bespricht. Da die Geheimdienste davon ausgehen, daß sie sich im Krieg befinden, wenden sie die Methoden des Krieges an, für sie gibt es keine Gesetze, keine Menschenrechte.

Offiziell existieren zwischen den staatlichen und militärischen Geheimdiensten Kolumbiens keine Verbindungen zu paramilitärischen, faschistischen Terrorgruppen wie der oben erwähnten „Antikommunistischen Aktion Kolumbiens" nach dem Vorbild der brasilianischen Todesschwadron, deren Chef der frühere Polizeichef von Sao Paulo ist. Aber, so schreibt die ALTERNATIVA: „Kein Hund frißt einen anderen auf, oder besser: kein Schnüffler frißt den anderen."

SIEMENS WILL ARBEITER ERPRESSEN

BOGOTÁ (ALTERNATIVA/ID) 24. November

Die kolumbianische Filiale des westdeutschen Konzerns Siemens, einem mulitnationalen Elektrounternehmen, hat in letzter Zeit vor allem Arbeiter entlassen, die aktive Gewerkschafter waren.

Im Juni dieses Jahres veröffentlichten die Arbeiter bei Siemens einen Katalog von Forderungen. Die Siemens-Manager lehnten eine Diskussion darüber ab, solange die Arbeiter ihre Betriebszeitung „El Ventilador" weiter herausgeben und solange sie gewerkschaftlich arbeiten.

Als die Arbeiter das zurückwiesen, wurden sie entlassen. Damit sind die 1000 Arbeiter der kolumbianischen Siemensfiliale zum dritten Mal ihrer Gewerkschaftsführer beraubt.

Dieser westdeutsche multinationale Konzern – schreibt die ALTERNATIVA – besitzt bereits „traurige Berühmtheit wegen seiner Allianz mit der chilenischen Regierung von Pinochet und wegen seiner Ausbeutung und Willkür gegenüber den Arbeitern in Brasilien und Argentinien".

ERKLÄRUNGEN

AUFRUF ZUR RUNDREISE PORTUGIESISCHER SOLDATEN

OBERURSEL/BOCHUM (ID) Ende November

Während der Niederschrift dieses Rundbriefes kam es in Portugal zum 25. November, d.h. in seiner Folge zum Schlag gegen die revolutionäre Linke vor allem im Militär. Diese Ereignisse wurden also bei der Abfassung nicht berücksichtigt. Das Papier geht dennoch über den ersten Aufruf zur SUV-Rundreise (s. ID 100) von der Antimilitaristischen Gruppe Bochum (c/o ESG, 463 Bochum-Querenberg, PF 520 229) hinaus. Weitere Exemplare und Material könne jetzt auch angefordert werden bei: „Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee (Portugal Initiative), 637 Oberursel 5, Postfach 35, Tel. 06171/73212

„Wir sind gebeten worden, die politischen Hintergründe unserer Planung einer Rundreise von SUV-Vertretern noch etwas genauer darzustellen. Uns geht es vor allem um zwei Dinge:

1. Intervention

Wir halten die Gefahr einer direkten militärischen Intervention von NATO-Truppen gemeinsam mit der Bundeswehr unter den gegebenen Umständen für relativ groß. Das stützt sich auf folgende Überlegungen.

Nach dem Militärputsch vom 25.4.74 setzte die internationale Bourgeoisie ihr Vertrauen zunächst hauptsächlich auf Spínola, der als Interessenvertreter der größten portugiesischen Trusts und als alter Kämpfer gegen die Befreiungsbewegungen bekannt war. Gegen einen Eingriff zu dieser Zeit, auch noch während des konterrevolutionären Putsches vom 28.9.74 wirkten auch innere Schwierigkeiten der NATO: Die Amerikaner waren noch nicht vollständig aus Indochina abgezogen. Griechenland und die Türkei lagen im Kriegszustand, dazu kamen die Nah-Ost-Auseinandersetzungen.

Nach zwei gescheiterten Putschversuchen setzte die EG auf Sozialdemokratie, die nach der Grundformel „Millionen für pluralistische Demokratie" nach westeuropäischem Vorbild gestützt werden sollte (460 Millionen DM aus der Europäischen Investitionsbank, verstärkt durch bilaterale Abkommen mit den sozialdemokratisch regierten Ländern.)

Gleichzeitig reagierte die NATO mit äußersten Mißtrauen: schon kurz nach der Absetzung Caetanos äußerte die NATO Befürchtungen, ob Portugal Militärgeheimnisse an den Warschauer Pakt verraten würde. Portugal ist dann den Sitzungen des Atomausschußes der NATO selbst ferngeblieben, nachdem abzusehen war, daß Portugal sonst aus diesem Gremium herausgeschmissen würde. Kurze Zeit später fanden die NATO-Manöver vor der portugiesischen Küste statt – Zufall? Eine Intervention würde sicherlich zu einem guten Teil aus Landungstruppen bestehen.

Selbstverständlich aber wäre der NATO am liebsten, wenn Portugal ohne direkte Intervention „gerettet" würde. Das wäre aber nur möglich, wenn die dynamische Entwicklung des revolutionären Prozesses zugunsten der Sozialdemokratie gestoppt werden könnte ...

Um diese Tendenz aufzuhalten, unterstützen die NATO-Staaten die portugiesische Bourgeoisie finanziell und mit Waffen in riesigem Umfang. Die Armee ist aber immer stärker von den Soldaten der SUV durchsetzt. Die Entwicklung der SUV geht mit Riesenschritten voran, selbst in den bisher fast ausschließlich reaktionären Teilen des nördlichen Portugal. Über die SUV und über ander Wege werden laufend Arbeiter- und Stadtteilräte bewaffnet, werden Arbeitermilizen und „Wachsamkeitskomitees" aufgestellt. Schon jetzt ist also sicher, daß jeder bewaffnete Versuch, die portugiesische Revolution zu unterdrücken, auf wesentlich mehr bewaffneten Widerstand stoßen wird als es in Chile möglich war.

Die Bourgeoisie versucht nun, um sich von der mit revolutionären Truppen durchsetzten Armee unabhängig zu machen, Sondertruppen aufzustellen, die AMI. (...) Diese Kräfte dürften jedoch heite schon nicht mehr ausreichen, eine bewaffnete Niederschlagung der Revolution zu garantieren. (Formell wurde die AMI vom Revolutionsrat am 23.11.75 aufgelöst, die Red.)

Die Söldnertruppen Spinolas, von Paris aus dirigiert, sind zwar sicherlich für einen kurzen Eingriff geeignet, dürften aber gegen die bewaffnteten Einheiten der Räte und die revolutionären Armee-Einheiten nicht lange durchhalten können.

In dieser Situation wird in der BRD zum ersten Mal in der Geschichte der Bundeswehr eine gemeinsame Übung der amerikanischen Interventionstruppen, den Marines (Ledernacken), und der Bundeswehr im Rahmen von Reforger 75 durchgeführt. Leber lobt nach seiner Rückkehr aus Portugal die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Schmidt stellt in einem „Readers Digest"-Interview fest, daß es dem westlichen Lager darum geht, „jede für die Verteidigung unserer lebenswichtigen Interessen notwendige Aktion zu unternehmen".

Die portugiesische Militärführung führte kurz darauf Manöver im Süden Portugals durch, also in der Gegend, in der die Landreform am weitesten fortgeschritten ist. Wir vermuten, daß diese Manöver vor allem dazu dienten, die „brauchbaren" von den „unbrauchbaren" Truppen unterscheiden zu können, die verbliebenen für die Reaktion verläßlichen Truppen von zersetzenden Einflüssen zu isolieren und auf den Bürgerkrieg vorzubereiten.

Die Bundeswehr hält auch weiterhin ihren Luftwaffenstützpunkt Beja aufrecht. Sie hat dort noch ca. 80 Bundeswehrangehörige stationiert sowie einen Propagandasender. Es werden aber in der letzten Zeit größere Teile des Stützpunktes an die portugiesische Armee übergeben und zwar – unseres Wissens – an politisch besonders ausgesuchte Teile der Luftwaffe. Damit wird Beja, mit technischen Anlagen bestens ausgerüstet und mit deutschen Beratern versehen, zum möglichen Ausgangspunkt militärischer Aktionen der reaktionärsten Teile des portugiesischen Militärs oder zur Rückzugsbasis bei einem Putschversuch.

Schon vor einiger Zeit ging die erste Meldung von einem tätlich angegriffenen Offizier der Bundeswehr in Beja durch die Presse. Man stelle sich vor, es geht massiert das Foto eines „ermordeten und geschändeten" Budeswehrangehörigen durch die Presse, „hinterrücks umgelegt von fanatischen Kommunisten". Die bundesdeutsche Presse ist in Bezug auf Portugal derart gleichgeschaltet, daß es kaum ein Blatt geben dürfte, das diese Nachricht nicht in blindem Glauben an die angebliche Wahrheit auf der ersten Seite bringt. Mit Sicherheit ist dann der Großteil der bundesdeutschen Bevölkerung zumindest unmittelbar nicht gegen eine Intervention.

In den französischen und italienischen Armeen gibt es relativ gut arbeitende Soldatenkomitees, die schon bis heute Solidaritätsresolutionen ganzer Einheiten nach Portugal senden konnten. Im Fall einer Intervention von Spezialeinheiten dieser Armee ist damit zu rechnen, daß der Nachschub und die gesamte Logistik, die ja von Wehrpflichtigen getragen werden muß, gestört werden.

Die spanische Armee dürfte mit sich selber beschäftigt sein, und nur sehr begrenzt für Portugal zur Verfügung stehen. Die Briten haben zwar hervorragend ausgebildete Interventionstruppen, benötigen diese aber in Irland. Selbst wenn aber britische Truppen in Portugal eingreifen würden, würde dies wahrscheinlich – wie auch in Irland – von den Stützpunkten der Bundesrepublik aus geschehen. Als verläßlichster Partner der USA für eine Intervention bliebe also die Bundeswehr!

Diese internationale Bourgeoisie kann es nicht zulassen, daß Portugal rot wird! Dabei kommt es nicht auf die strategische Bedeutung von Potugal allgemein an. Die Funktion im Bündnis könnte auch von Spanien übernommen werden. Für die herrschende Klasse ist die „Dominotheorie" wichtig: Wenn Portugal rot wird, läßt Spanien sicher nicht lange auf sich warten. Auch in Italien, heute schon wegen möglicher Regierungsbeteiligung der Kommunisten ein unsicherer NATO-Partner, könnte ins Wanken geraten. Damit wäre die gesamte NATO-Südflanke von der Türkei über Griechenland, Italien, (Spanien), Portugal nicht mehr funktionstüchtig.

Sicher ist also:

- die Nato will genausowenig wie die portugiesische Bourgeoisie zulassen, daß die Revolution in Portugal siegt.
- die Lösung durch einen Sieg der Reaktion in einem Bürgerkrieg in Portugal ohne direktes Eingreifen von außen wird immer schwieriger. Was bleibt der NATO übrig!

Eine Beteiligung der Bundeswehr würde allerdings eine antifaschistische Bewegung im Ausland, insbesondere in Frankreich und den Benelux-Ländern auslösen. Andererseits könnte es sein, daß die Regierungen Frankreichs und anderer Länder die Bundeswehr inoffiziell bitten, etwas zu tun, was sie selbst nur noch schwer können, weil ihre eigenen Armeen nicht mehr zuverlässig sind.

Wir hoffen, daß alle die Recht behalten, die meinen, wir sähen schwarz. Und wir hoffen, daß wir mit der Rundreise im Januar schnell genug sind!

2 Soldatenbewegung in der BRD

Das zweite Ziel, das mit der Rundreise verfolgt werden soll, ist die Propagierung der Arbeit in der Armee. Die portugiesischen Genossen machen allen Genossen der Welt vor, was Arbeit in der Armee der Bourgeoisie praktisch bedeutet. Und die portugiesische Bourgeoisie zeigt allen Soldaten der Welt, wie sie im Konfliktfall eingesetzt werden können.

Der Einsatz geschieht auf Befehl, ohne Begründung. Die Soldaten erforschen dann aber selbst, wogegen sie eingesetzt werden sollen, verbrüdern sich mit den angeblichen Feinden, beschützen sie und geben ihnen Waffen. Die Kollegen aus den Fabriken schützen die Kasernen und die Soldaten aus den Kasernen schützen die Fabriken! Das ist der Ernstfall jeder revolutionären Arbeit in der Armee!

Die Rundreise gibt den Soldatenkomitees die Möglichkeit, von den Erfahrungen der portugiesischen Genossen zu lernen, die Arbeit propagandistisch zu verwerten, einen bedeutenden Schritt weiterzukommen. Soweit ist unsere Diskussion in Bezug auf die Rundreise gekommen. Aus diesen Gründen halten wir sie für notwendig und berechtigt. Deshalb lautet die Parole:
BRD und NATO – Hände weg von Portugal!

Jede Gruppe macht ihre eigene Veranstaltung. Zur Bedingung machen wir nicht unsere Darstellung und Analyse, sondern nur die allgemeine Richtung.
BRD und NATO – Hände weg von Portugal!"

WER NICHT GEBROCHEN IST, KOMMT IN HAUS III

STRAUBING(ID) 2. Dezember

„Der Gefangene Hagen Roll befindet sich seit dem 15. November 1975 in der Justizvollzugsanstalt Straubing in einem unbefristeten Hungerstreik. Er protestiert damit gegen die über ihn verhängte Isolationshaft und Verlegung in das Haus III der JVA Straubing.

Er wird beschuldigt, an der Herstellung einer Gefangenenzeitung beteiligt gewesen zu sein, die unter Umgehung der Anstaltszensur die Situation der Gefangenen schildert. Diese Zeitung beschäftigte sich mit der inzwischen von den Finanzministern der Länder abgelehnten Strafvollzugsreform und zeigte in ihrem zweiten Teil konkrete Widerstandsformen gegen die Willkürmaßnahmen von Anstaltsleitungen und ihren Helfern auf.

Haus III ist jene von der übrigen Anstalt abgetrennte berüchtigte psychiatrische Abteilung, in die „Vollzugsstörer" aus allen bayerischen Vollzugsanstalten verbracht werden.

Zum Begriff des „Vollzugsstörers" schreibt der Richter Helmut Ostermeyer in seinem im Carl Hanser Verlag erschienenen Buch „Strafunrecht": „Wie reagiert der Gefangene auf diese Scheinwelt? Je gesünder er ist, desto rebellischer, je mehr er Mensch ist, muß er sich gegen eine Welt, in der er nicht Mensch sein darf, auflehnen!" Der Anstaltsleiter von Straubing, Oberregierungsdirektor Marmor, ließ dagegen seinerzeit verlauten: „Wer sich nicht biegen läßt, der wird gebrochen. Wem das nicht reicht, der kommt ins Haus III."

Für einen der leitenden Ärzte der JVA Straubing, Dr. Günter Last, stellt sich die Problematik der Gefängnisse sogar in folgender Weise dar: „Heilen statt Strafen" ist ein gutes Schlagwort. Es setzt aber voraus, daß der Delinquent bereit ist, sein eigenes Fehlverhalten zu erkennen. Eine derartige Selbsterkenntnis ist in Strafanstalten nicht allzu häufig und oft nur durch die Anwendung von Psychopharmaka zu erreichen" (Zitat aus der medizinischen Fachzeitschrift „Therapie der Gegenwart", München).

Einen „Heilungs"-Erfolg konnte die psychiatrische Abteilung bereits am Gefangenen Erich Werner verzeichnen, der nach der Behandlung mit Psychodrogen im Haus III in der Nacht vom 4. auf den 5. September 1975 in seiner Zelle angeblich Selbstmord beging. (siehe auch ID 97)

Gegen den Leiter der psychiatrischen Krankenabteilung – Haus III, Dr. med. Schildmayer hat in diesem Fall bereits der Gefangene Klaus Grapentin Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung und Mißhandlung von Schutzbefohlenen nach § 223 b StGB bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg erstattet. (ID 97)

Wie Schildmayer selbst über den Strafvollzug denkt, geht aus einem „Spiegel"-Zitat vom 1.12.1975 hervor: „Jede zu hohe Besiedlungsdichte erhöht die Reibungsflächen der Individuen. Das gilt für Altersheime, Mäusekäfige und Strafanstalten in gleichem Maße."

Hagen Roll, der innerhalb der psychiatrischen Abteilung im Haus III nochmals vollständig isoliert ist (seine Zelle liegt in einem toten Flügel des Hauses, Einzelhofgang, keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, Kontakt nur mit Sonderbediensteten der Anstalt), hat inzwischen angedroht, bei Einsetzen der Zwangsernährung in Durststreik zu treten.

Um seinen Forderungen, Aufhebung der Isolation und Wiederherstellung des Normalvollzugs, Nachdruck zu verleihen, wird Hagen Roll also gesundheitliche Schäden in Kauf nehmen.

Wie aus den Ereignissen in letzter Zeit bekannt ist, folgen auf Wasserentzug auch über eine verhältnismäßig kurze Zeit (z.B. 2 Tage), unweigerlich irreparable körperliche Schäden. In der Regel tritt der Tod nach vier Tagen konsequenten Flüssigkeitsentzugs ein.

Kollektiv Rote Hilfe, München"

AMTSARZT BESTÄTIGT GESUNDHEITSSCHÄDLICHE, MENSCHENUNWÜRDIGE ZUSTÄNDE IN DER HAFTANSTALT

TEGEL (ID) 27. November — Bereits Anfang November 1975 wurde die „Ärztegruppe Westberlin für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten" von Gefangenen, die in der JVA Tegel in Notquartieren untergebracht sind, auf dort bestehende, unhaltbare Zustände hingewiesen. Wir versuchten, diese Vorwürfe selbst an Ort und Stelle zu überprüfen. Dies wurde jedoch vom Anstaltsleiter verweigert. Daraufhin informierten wird den zuständigen Amtsarzt mit der Bitte um Überprüfung. Am 24.11.75 bestätigte dieser telefonisch, daß folgende Vorwürfe sich als berechtigt erwiesen hätten:

- 20 Gefangene sind im Haus IV auf engstem Raum in einem Durchgangsflur zur Turnhalle so untergebracht, daß auf der einen Seite des Ganges 20 Betten über- und hintereinander, auf der anderen Seite 20 Spinde aufgestellt sind. Der Abstand zwischen den Betten und Spinden ist so gering, daß bei geöffneter Spindtür kein Durchgang mehr möglich ist.
- Die Mindestquadratmeterzahl, die jedem auch in einer Anstalt zusteht, ist weit unterschritten.
- Dieser durch eine frisch gemauerte Wand abgetrennte Trakt erhält nur mangelhaft Belüftung durch zwei Luftschächte und nur mangelhaft Licht durch einige Oberlichter – er liegt im Souterrain. Die Luft im Trakt ist feucht und stickig.
- Die sanitären Anlagen für 20 Gefangene bestehen lediglich aus einer Toilette, zwei Pissoirs und zwei Waschbecken.

Wegen dieser menschenunwürdigen, medizinisch nicht zu vertretenden Unterbringung hat der zuständige Amtsarzt einen Feststellungsbericht den verantwortlichen Stellen zugeleitet.

Ärztegruppe Westberlin für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten

ZUM PROTEST- UND HUNGERSTREIK DER GEFANGENEN

PREUNGESHEIM (ID) „Am Abend des Mittwochs, 26.11.1975, zwischen 21.15 und 21.30 Uhr wurde unser Mitgefangener Jo (Johannes Graczyk) von der Staatsanwaltschaft Frankfurt, des Knastkommandanten Klüsener, des Knastarztes Wegener, der Bediensteten der JVA I ermordet!

Vor etwa zwölf Tagen – das genaue Datum können wir nicht sicher festsetzen, hat Jo einen „Selbst"-Mordversuch unternommen, er konnte aufgrund eines Gefangenenhinweises gerade noch rechtzeitig vom Strick geschnitten werden. Zwei Tage vor diesem ersten „Selbst"-Mordversuch hat Jo beantragt, auf eine Gemeinschaftszelle verlegt zu werden, da er nervlich und körperlich total am Ende war. Das Anliegen wurde abgewiesen. Zwei Tage später kam folgemäßig der erste Versuch. Jo wurde zwei Tage in eine Folterzelle gesperrt, in der alle Gegenstände entfernt sind, um dort beruhigt zu werden. Anschließend kam er wieder auf eine normale Station. Eine Verlegung auf eine gemeinschaftszelle fand immer noch nicht statt. Er wurde stattdessen mit Psychopharmaka „beruhigt". Jo schrieb daraufhin an die Staatsanwaltschaft, Sachbearbeiter Degenhardt, und kündigte an, einen weiteren Selbstmordversuch zu verüben. Der Staatsanwalt Degenhardt reagierte so, daß er Jo androhte, nach einem weiteren Selbstmordversuch in die Psychiatrie eingewiesen zu werden.

Daß man dies hinnimmt, ist ein weiterer Beweis für die zynische Haltung der Vollzugsorgane, denen ein Menschenleben nichts bedeutet.

Nach diesem ersten „Selbst"-Mordversuch kündigte er ständig einen weiteren an. Dies wurde von der Anstaltsleitung, vom Knastarzt Wegener und von der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis genommen. Die einzige Reaktion darauf war eine angeordnete 20minütige Beobachtung von Jos Zelle.

Gestern, am 26.11. fiel er den ganzen Tag den Bediensteten und Mitgefangenen auf. Denn er torkelte in der Freistunde, in den Freizeiträumen usw. herum. Nachdem der Nachteinschluß erfolgt war, fing Jo an zu schreien und nach seiner Frau zu rufen.

Um 18.30 Uhr machte Heinz Schwäger die Beamten auf Jos Zustand aufmerksam und bat darum, ihn aufzusuchen. Um 18.45 tut der Mitgefangene Josar das gleiche, um 20.00 Uhr der Gefangene Hubert Fleischhacker und um 20.30 Uhr der Gefangene Roland Wolke. Die auf die Situation aufmerksam gemachten Beamten suchten nicht Jos Zelle auf, um nach der Ursache seiner Situation zu fragen.

Nach Auskunft der Knastkommandantur starb Jo um 20.45 Uhr. Wir können das nicht nachprüfen, ob das den Tatsachen entspricht.

Den Verantwortlichen war also seit vierzehn Tagen Jos Zustand bekannt. Am Todestag Jos wurden die Verantwortlichen mehrmals auf Jos Gefährdung aufmerksam gemacht. Trotz alledem geschah nichts. Bei dieser Sachlage steht einwandfrei fest, daß die Verantwortlichen Jos Tod vorsätzlich in Kauf genommen haben. Jos Tod ist hier wieder ein trauriges Beispiel, daran machen sich aber noch eine Reihe anderer Fälle fest:

Die Selbstmorde in den Gefängnissen der BRD, besonders in den neu-erbauten Vernichtungslagern wie Ossendorf, Stammheim, Bruchsal. Hier in der JVA Preungesheim besonders durch folgende Methoden: Folterzelle, Rollkommandos, Zwangsverlegungen, Zwangspsychiatrisierungen.

Diese Erklärung wurde von den Gefangenen der Station Neun einstimmig verabschiedet."

Zur einstimmig verabschiedeten Erlarung der Gefangenen der Station Neun wurden folgende Forderungen aufgestellt:

„Folgende Verantwortliche am Tod Jos müssen erscheinen:
1. der Anstaltsleiter
2. der Anstaltsarzt
3. der Anstaltspsychologe
4. der Sachbearbeiter der Staatsanwaltschaft
5. die Vertreter der Presse
6. ein Rechtsanwalt unseres Vertrauens.

Diesen Verantwortlichen wollen wir folgende Forderungen unterbreiten:

1. da wir das Verhalten und den psychischen Zustand eines Gefangenen meist besser beurteilen können, als die hier im Wechseldienst beschäftigten Bediensteten, fordern wir, daß die diensttuenden Beamten Befugnis erhalten, auf unsere Forderung den Betreffenden Gefangenen in die Gemeinschaftszelle zu schließen, bzw. zwei Gefangene in die Gemeinschaftszelle oder Einzelzelle zusammenzuschließen.

2. die jetzige Besuchsregelung von nur 15 Minuten bewirkt die totale Zerstörung der sozialen Kontakte der Gefangenen und treibt sie zu Verzweiflungstaten, um auf sich aufmerksam zu machen. Wir fordern daher eine Verlängerung der Besuchszeiten, dies ganz besonders in Härtefällen, langer U-Haft, Familienproblemen, vorsätzlicher Zerstörung der Ehen.

3. die ärztliche Versorgung der Anstalt ist durch die anwesenden Ärzte nicht gewährleistet. Wir fordern daher, daß jedem Gefangenen das selbstverständliche Recht auf freie Wahl eines Arztes zugestanden wird.

4. keiner der hier anwesenden Gefangenen wird gegen seinen Willen von der Station Neun verlegt.

5. diese Forderungen sind der Presse zu übergeben.

Um unsere Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, haben die Gefangenen der Station Neun beschlossen, ab 10 Uhr heute einen Sitzstreik durchzuführen. Dieser werden wir solange wie möglich aufrecht erhalten. Wir werden passiven Widerstand leisten, wenn man versuchen sollte, uns zu trennen. Außerdem befinden wir uns seit heute, 10 Uhr in einem unbefristeten Hungerstreik. Andere Stationen haben uns ihre Solidarität bekundet und beschlossen, ebenfalls einen Sitzstreik durchzuführen. Dies ist genau von Station II, IV und VIII bekannt. Weitere Stationen werden sich anschließen. Wir werden uns in Zukunft gegen jede Art der Folter, des Mordes wehren, wir sind uns unserer Kraft als Gefangener bewußt und in Zukunft bereit, diese einzusetzen.



Die Gefangenen der JVA Preungesheim."

ZUM HUNGERSTREIK:

„Nachdem Jo auf Station 9 ermordet wurde, habensich die Gefangenen auf dieser Station entschlossen, diesen Mord nicht hinzunehmen. Sie haben einen Sitz- und Hungerstreik begonnen und diesen mit Forderungen nach mehr Menschlichkeit verbunden. Außerdem wollten wir die Verantwortlichen am Tod von Jo sprechen und gleichzeitig der Presse deutlich machen , daß unsere Forderungen berechtigt sind. Dies wurde von der Anstaltsleitung verhindert, sie haben es zwar nicht gewagt, uns aus dem besetzten Freizeitraum rauszubekommen, aber sie haben mit faschistischen Methoden versucht, uns mürbe zu machen. Es wurde verboten, Wasser zu holen, Gefangene, die Besuch hatten, zum Rechtsanwalt mußten, wurden sofort verlegt und überhaupt nicht mehr auf ihre Station gebracht. Um sechs Uhr hatte ein kranker Gefangener einen Kreislaufzusammenbruch, was wieder ausgenutzt wurde, die Gruppe zu spalten. Sie versuchten uns mit Drohungen und Erpressungen einzuschüchtern, besonders wurde darauf hingewiesen, daß wegen uns die ganzen Gefangenen keine Freizeit mehr haben würden und sich die an uns rächen würden. Mit dieser Drohung haben sie es geschafft, die Gruppe auseinanderzubringen. Am Samstag sieht es aus, daß die Rädelsführer isoliert wurden, die anderen keine Freizeit mehr haben (sogar die Kirche fällt aus – also kein Gottesdienst). Repressalien über Repressalien. Die Anstalt versucht alles, am eigentlichen Problem vorbeizukommen, nämlich dem Tod von Jo, der zu verhindern gewesen wäre, wenn diese Anstalt Interesse an Menschenleben hätte. Die Reaktionen zeigen, daß sie Angst haben, die wahren Zusammenhänge am To von Jo bekanntzugeben. Nach unseren Feststellungen wurde Jo bewußt ermordet! Aber alle Maßnahmen, die die Anstaltskommandantur ergreift, werden nicht verhindern können, daß alle über die Umstände des Todes von Jo informiert werden und dafür kämpfen, daß so etwas nicht mehr geschieht: denn jeder von uns kann das nächste Opfer sein. Jo darf nicht umsonst gestorben sein!

Und all denen, die bisher glaubten, daß es uns hier gut geht, daß wir Rechte haben und so weiter, sehen nun, daß unsere Rechte nur da sind, wenn wir denen in den Arsch kriechen, daß sie uns alles nehmen können, was sie wollen. Wir müssen dafür kämpfen, Rechte zu bekommen, die man uns nicht mehr nehmen kann. Und das können wir. Gestern haben 40 Gefangene gezeigt, wie ohnmächtig der Machtapparat der Anstalt ist, wenn wir zusammenhalten. Das ist unsere Kraft und unsere Basis. Wir fordern alle auf, den gemeinsamen Kampf gegen die aufzunehmen, die Jos Tod verschuldet haben. Ein Vertreter der Justizministerium, der Donnerstagabend um 9 Uhr voller Schiß ankam, setzt dem ganzen die Krone auf, indem er sagte, daß die Staatsanwaltschaft ermitteln würde, wer denn nun an Jos Tod schuld ist. Also dieselbe Behörde, die den Tod verschuldet hat, soll ermitteln, wer schuld ist. Es ist klar, daß sie niemals selbst sich verurteilen werden. Wir, alle Gefangenen, müssen den Tod Jos verurteilen und gemeinsam verhindern, daß in Zukunft noch mehr Gefangene ermordet werden. Wir müssen uns einig sein im Kampf gegen die Verantwortlichen. Die müssen erst mal kapieren, daß wir Menschen sind und bereit, diese Anerkennung zu erkämpfen. Ein amerikanischer Gefangener hat einmal erklärt: Wir werden Menschen sein, oder die Erde wird dem Erdboden gleichgemacht bei unserem Versuch, es zu werden. Ob das für uns gilt, muß jeder selbst entscheiden. Wir fordern: Aufhebung der Isolation – normale Freizeiten – Aufklärung am Tod Jos, und Verurteilung der Mörder.

Die Gefangenen, die Menschen sein wollen, am 29. November 1975."

SO SIEHT ES IN PREUNGESHEIM AUS:

1. Nur U-Häftlinge, die länger als zwei Monate einsitzen, haben Anspruch auf Freizeit.
2. Die Freizeit, statt bisher 5 1/2 Stunden, nur 2 Stunden.
3. Alle Arbeitskreise, Freizeitveranstaltungen und Fortbildungskurse dürfen nicht stärker als 12 Mann sein.
4. Evangelischer und katholischer Gottesdienst darf nur von Leuten aus höchstens sechs Stationen besucht werden.
5. Zu Veranstaltungen sind in abgedunkelten Räumen (Kino, Theater) nur 80 Leute zugelassen. Voraussetzungen sind Haftdauer, Führung und gegebenenfalls Deutschkenntnisse.

ERKLÄRUNG JÖRG LANG's UNTERDRÜCKT

STUTTGART (ID) 27. November

Die Erklärung von Jörg Lang an dpa, ADN, Spiegel, Stuttgarter Zeitung und Südwestpresse ist von den Medien (wie könnte es anders sein?) nahezu vollständig unterdrückt worden:

„An dpa, ADN, Der Spiegel, Stuttgarter Zeitung, Südwestpresse.

Presseerklärung

Der westdeutsche Staatsschutz hat in der Zeitschrift „Der Spiegel" Nr. 38 vom 22.9.75 einen Artikel („Von linken Miezen ...") plaziert, der Propaganda macht gegen die vermutete illegale – wie auch gegen die gesamte legale – Linke und für den Polizeistaat.

Dieser „Spiegel-Artikel" kolportiert lediglich Staatsschutzmaterial, er macht wenigstens sechzig ersichtliche und nochmal soviele verdeckte diesbezügliche Referenzen.

An den darin enthaltenen Behauptungen über mich ist kein Wort wahr. Mir als einem früheren Verteidiger von Gefangenen der RAF und linken Anwalt in der BRD eine Äußerung zu unterschieben wie: „Nukleares in den Bodensee, das sind die Terroranschläge der Zukunft" ist allerdings ebenso heimtückisch wie plump, ist faschistisch gelogen. Diese Lüge soll dem Volk, das in der BRD mit mehr als 5.000 US-Nuklearsprengköpfen existiert, weismachen, es sei nicht das imperialistische Management der Krisenstäbler, der Schmidt und Friderichs, der Mommsen, Sohl und Strauß, der Rall, Leber und Dregger, der Schleyer und Meier, von dem ihm der Untergang droht, sondern die Antiimperialisten, die Kommunisten, die mit dem Leben gegen diesen Untergang ankämpfen.

Eine derartige Verdrehung verfolgt die Linie jener niemals „aufgeklärten", weil im Interesse des Staatsschutzes inszenierten Bombendrohungen von Stuttgart und der WM, der Anschläge auf Bahnhöfe und Schließfächer.

Daß der Spiegel – er macht jetzt (Nr. 37) schon public relations für die westdeutsche Kriegsindustrie: „äußerste technische Präzision", „durchweg junge, von Schuldkomplexen unbelastete junge Leute", „Export, Sicherung der Arbeitsplätze" – von der liberalen Presse zum kapitalistischen Marketing-Magazin und schließlich zum Hetzinstrument des Staatsschutzes verkommen ist, kennzeichnet gerade die Entwicklung der BRD.

Eben deshalb gibt es in der BRD auch militanten Widerstand, gibt es politische Gefangene, wird ihnen die Identität abgesprochen, werden sie gefoltert, verhetzt und in Schauprozessen mit Sondergesetzen vernichtet. Und die „Spiegel"-Presse scheidet juristische Spitzfindigkeiten dazu ab oder läßt „Ernährungsfachmänner" dreckige Witze dazu reißen.

Deshalb gibt es auch Westdeutsche im antiimperialistischen Exil, wo sie nach wie vor nicht gegen ihr Volk, sondern mit dem Volk gegen den Imperialismus kämpfen.

Jörg Lang."

„AUFRUF AN DAS DEUTSCHE VOLK UND DIE DEUTSCHE ÖFFENTLICHKEIT

FRANKFURT (ID) 3. Dezember In den letzten Monaten ist in Chile eine Welle brutaler Repression entfesselt worden, die nur noch mit jener zu vergleichen ist, die in den ersten Tagen des Putsches praktiziert wurde.

Die „DINA", der brutalste Repressionsapparat des Kontinentes, hat sich entschlossen, jeden Widerstand oder jede Opposition gegen ein Wirtschaftssystem zu zerstören, das auf der Überausbeutung, dem Terror und der Zerschlagung der elementarsten demokratischen Rechte basiert.

Diese Terror-Welle richtete sich nicht nur gegen die Revolutionäre, die Arbeiterklasse und die progressiven Sektoren, sondern betraf ebenfalls die Kirche. Die Ausweisung von Bischof Frenz, die Kampagne zur Zerstörung des „Komitees für den Frieden" und die Einkerkerung und Folterung von mehr als einem Dutzend Priester und Nonnen zeigen in aller Deutlichkeit, daß die Brutalität und der Terror der Militärs vor nichts haltmachen. So, wie sie es schon demonstrierten, als sie der Menschenrechtskommission der UNO die Einreise verweigerten.

Die letzten Informationen der deutschen Tageszeitungen über Chile berichten davon. Nachdem eine Woche lang Informationen über eine wahre Hetzjagd auf Revolutionäre, Priester und Nonnen bekannt wurden, kam am 24. November die Nachricht, daß sechs Personen in einem Feuergefecht mit der Polizei in der Nähe von Santiago erschossen worden waren. In Wirklichkeit handelte es sich dabei um die kaltblütige Ermordung von sechs politischen Gefangenen, die seit längerem inhaftiert waren, was von der Polizei jedoch abgestritten wurde.

Heute versuchen sie, Andrés Pascal Allende, Generalsekretär des MIR, und Nelson Gutierrez, Mitglied der Poltischen Kommission des MIR, zu ermorden, die nach einer ungeheuren Repression (in der die Diktatur in einem militärischen Erlaß alle zum Tode verurteilte, die ihnen mit Medikamenten oder sonstwie helfen sollten) Zuflucht fanden in der Botschaft von Costa Rica bzw. der Apostolischen Nuntiatur. Seit die Genossen jene Botschaften betreten hatten, begann eine Kampagne, deren Ziel die Entführung und Ermordung der Genossen sein sollte. Noch am selben Tag (Freitag, den 7. November), an dem Andrés Pascal Allende die Botschaft von Costa Rica betreten hatte, organisierten faschistische Horden Demonstrationen vor dem diplomatischen Gebäude mit dem Ziel, den revolutionären Führer in ihre Gewalt zu bringen. Zur gleichen Zeit organisierten reaktionäre pseudochristliche Gruppen Demonstrationen vor der Apostolichen Nuntiatur, in der sich der durch zwei Beinschüsse verwundete Genosse Nelson Gutierrez befand, beschimpften den Kardinal von Santiago mit Schmährufen und forderten den Tod für den Genossen der Politischen Kommission des MIR. Eben diese „Pseudochristen" waren es, die die beiden amerikanischen Nonnen bespuckten und mit Wurfgeschossen attackierten, die Nelson Gutierrez medizinisch betreut und ihm geholfen hatten, und die deshalb des Landes verwiesen wurden. In ihrem Vorhaben, die Genossen zu ermorden, scheuen die Unterdrückungsapparate keine Methode, um ihr Ziel zu erreichen.

Heute hat die Junta eine Note in die Öffentlichkeit lanciert, die angeblich vom Zentralkomitee des MIR verfaßt worden sein soll. In dieser Note heißt es, daß die beiden Genossen zum Tode verurteilt seien. Damit versuchen die Militärs das Verbrechen zu rechtfertigen, das sie begehen wollen, gleichzeitig versuchen sie in einem psychologischen Krieg den Volkswiderstand zu verwirren, zu schwächen und zu demoralisieren.

Dieser Trick ist nicht neu. Um die Verbrechen an 119 Widerstandskämpfern zu rechtfertigen, erklärte die Junta bereits Mitte des Jahres, die 119 seien in Argentinien, Ecuador, Mexico und Frankreich als Folge „innerer Dispute" des MIR getötet worden.

Diese infame Lüge wurde nicht nur von unserer Partei, sondern auch von der Kirche, den verschiedenen betroffenen Regierungen und den Vereinten Nationen sowie den Demokraten auf der ganzen Welt widerlegt.

Zur gleichen Zeit, in der wir die Lügner der Junta wiederlegen, betonen wir, daß ebenso wie früher auch heute ihre Kampagne der psychologischen Demoralisierung ohne Erfolg bleiben wird. Weiterhin möchten wir darüber informieren, daß trotz der repressiven Maßnahmen die neue Ausgabe unserer Untergrundzeitung „El Rebelde" ins Ausland gelangt ist. Diese wurde verfaßt nach dem bewaffneten Konflikt in der „Parcela Santa Eugenia de Malloco", in dem unser Genosse Dagoberto Perez, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, heldenhaft starb, und der jene Ereignisse einleitete, die mit der Zuflucht der Genossen Andrés Pascal Allende und Nelson Gutierrez in der Botschaft von Costa Rica bzw. der Apostolischen Nuntiatur ihren Höhepunkt fanden.

Wir appellieren an das deutsche Volk, zu verhindern, daß die Diktatur die beiden neuen Verbrechen begeht, die sie geplant hat. Es ist von größter Wichtigkeit, Briefe an die Botschaft von Costa Rica, an die Regierung von Costa Rica und die Botschaft des Vatikans in Chile zu schicken, um darauf hinzuwirken, daß diese alles unternehmen, um Ausreisegenehmigungen für A. Pascal Allende und N. Gutierrez zu bekommen, um deren Leben zu retten. Ebenso wichtig ist es, Briefe an die chilenische Regierung zu senden, damit diese sieht, daß das deutsche Volk und die deutsche Öffentlichkeit alarmiert ist und das Erreichen dieser faschistischen Ziele nicht erlauben wird.

Wir rufen das deutsche Volk auf, seine Solidarität mit unserem Land zu verdoppeln und die Militär-Junta Pinochets zu denunzieren und politisch, ökonomisch, diplomatisch zu isolieren.

Der Volkswiderstand wird siegen! 2. Dezember 1975, Vertretung des MIR in der Bundesrepublik Deutschland."

DOKUMENTE

ZUR LAGE DES WIDERSTANDES IN CHILE

FRANKFURT (ID) 1. Dezember Vier Wochen war ein westdeutscher Genosse in Chile verhaftet. Er hat im letzten September das berüchtigte Folterzentrum des chilenischen Geheimdienstes DINA, Villa Grimaldi, dann den Isoliertrakt „4 Alamos" und schließlich das Konzentrationslager „3 Alamos" durchlebt.

Einen Tag nach seiner Ankunft als Tourist war er am Freitag dem 5. September, morgens in seinem Hotel in Santiago verhaftet worden — ihm wurde später vorgeworfen, er habe Pinochet umbringen wollen.

Nach einem 15stündigen Verhör, bei dem er mit verbundenen Augen und auf dem Rücken gefesselten Händen auf einem Stuhl sitzend ununterbrochen ins Gesicht geschlagen und dabei u. a. auch von einem Deutschen in die Mangel genommen wurde, kam er für 10 Tage in eine Isolierzelle.

Ehe er durch Vermittlung einer Besucherin mittels der deutschen Botschaft am 30. September freikam und aus Chile rausgeworfen wurde, verbrachte er noch zwei Wochen im KZ „3 Alamos" in Santiago.

Zuvor hatte er ein Papier unterschreiben müssen, das seine gute Behandlung bestätigte. Er tat dies unter der Drohung einer russischen Maschinenpistole, mit der die Folterknechte — wie die triumphierend sagten — Allende erschossen hätten.

Unter den Folterern in der Villa Grimaldi gibt es, wie Dietgard Küster berichtete, auch drei Frauen (eine von ihnen war Mirista), die Männer foltern, indem sie ihnen u. a. die Brustwarzen mit Zigaretten abbrennen. Ebenso hat er gesehen, wie die „parrilla" (deutsch: Grill), eine Art Operationstisch, als Folterinstrument mit Elektroschocks benutzt wurde.

Über die Aktionen gegen die Militärjunta, vor allem bei der

ßballweltmeisterschaft, in Berlin waren die mitgefangenen Ge ssen im Lager gut informiert. Ebenso über die verhinderten Auf tte der Juntamusikgruppe. Das habe ihm die Notwendigkeit und ichtigkeit solcher Propagandaaktionen vor allem für das chilenische olk besonders deutlich gemacht.

Über den Widerstand im Lager und im Land berichtet er fol ndes:

IDERSTAND

„Dieses Angewiesensein auf Protestaktionen im Ausland sagt ch einiges über die Stärke des Widerstands zur Zeit. Keiner von den Genossen, auch nicht von denen, die erst vor kurzem gefangen ge mmen wurden, glaubt daran, daß zur Zeit durch einen militanten iderstand die Situation in Chile zu ändern wäre. Und daß auch die IR im Moment den militanten Kampf nicht propagiert, daß allen lls auf den oberen Ebenen bei einem Angriff bewaffneter Wider and geleistet wird (vgl. ID 102).

Viele von den Genossen haben sich erst nach dem Putsch ra kalisiert, wobei sie wußten, daß ihre politische Arbeit zwangsläu zu Verhaftung und Folter führen würde.

Die MIR verfolgt inzwischen die Strategie, auf eine bürger he Demokratie hinzuarbeiten – was auch mit griechischem Pro ß bezeichnet wird. Das heißt: Die Widersprüche innerhalb der Jun – die durch die ökonomische Krisensituation bedingt sind – ver ndern eine Lösung dieser Krise. Machen andere, d.h. weniger re e Formen der Herrschaft notwendig. Unter diesen sind die ngungen für den Aufbau einer Widerstandsfront günstiger. ter den MIR-Genossen in "3 Alamos" war die Mehrheit Intellek elle, aus bürgerlichen Verhältnissen.

Die Struktur der MIR ist durch drei Ebenen bestimmt: an der sis Vierergruppen, die sich nur untereinander kennen und die für opaganda zuständig sind. Im Mittelbau bestehen Gruppen von bis 12 Genossen, die hauptsächlich Häuser, Waffen, Kleidung, ohnungen, Autos beschaffen. Diese Genossen leben unter einer ppelten Identität: einmal in ihrem bürgerlichen Beruf, und zum deren in der Widerstandsarbeit.

Die dritte Ebene sind die Kader an der Spitze, die unter einer uen Identität leben. Sie arbeiten an der Strategie der Organisation leben in Mittel- bzw. Oberschichtbedingungen, in denen Anony tät z.B. ein normaler Bestandteil ist.

Für Arbeiter ist es daher vor allem auch aufgrund der hohen beitslosigkeit von fast 20 Prozent unmöglich, in den beiden obe Ebenen der Widerstandsstruktur mitzuarbeiten, die u.a. viel Geld ordern.

Diese Arbeit läuft inzwischen geografisch dezentralisiert ab, s die Bedingungen der Militärdiktatur erst notwendig gemacht b – das hat vorher, unter der Volksfront, nicht existiert, und das t nher die ziemlich hierarchische Struktur der Repression ge nüber umso verletzbarer gemacht.

Jetzt allerdings ist auch aufgrund der irrsinnigen Repression Kommunikation der verschiedenen Ebenen untereinander sehr wierig geworden, vor allem von unten nach oben. Diese Basis ppen sind als Keimzellen von Widerstandskomitees geplant.

AGERSTRUKTUREN

Seit diesem Sommer wurde in Chile eine verschärfte Repres nswelle ingang gesetzt. Hintergrund war der Besuch der UNO nschenrechtskommission. Zu diesem Zeitpunkt sollte die Zahl Gefangenen der offiziellen Zahl von etwa 800 bis 900 angeglichen rden. Das heißt: man ließ hunderte von Gefangenen einfach ver windenn. Der bekannteste Fall ist die Ermordung von 119 MIR nossen, über die die Junta verbreiten ließ, sie hätten sich gegensei umgebracht (ID 93). Daraufhin sind im KZ Puchuncavi vom 31. i bis zum 7. August 96 Gefangene in den Hungerstreik getreten. s haben die Repressionskräfte zum Anlaß genommen, sämtliche gerstrukturen auch in den anderen Lagern zu zerschlagen. Die Hun streikenden wurden alle auf andere Lager verteilt. Einige sind für mer verschwunden. Ein klandestines Kommunikationssystem in halb der Lager, das weiter besteht, vermittelt solche Informatio n.

Über die Bewacher läuft nichts. Das sind meist junge Typen n Land, aus den Bergen, aus dem Lumpenproletariat, die oft zum ten Mal regelmäßig zu Essen kriegen, regelmäßiges Einkommen haben. Die sind meist so wenig politisiert, daß sie gegenüber den Gefangenen immun sind.

Selbstorganisierter Schul- und Sprachunterricht, kulturelle Veranstaltungen, Musik, Ökonomieunterricht – diese praktisch schon institutionalisierten Strukturen wurden also zerschlagen.

Das lief oft so ab, daß man in kleinen Gruppen beim Hofgang Englisch oder Französisch lernte, über die ökonomische und politische Lage in Chile und anderer Länder redete. Zusätzlich wird jetzt die Situation dadurch verschärft, daß Spitzel infiltriert werden. Speziell ausgewählte Gefangene, oft sog. gewöhnliche Kriminelle, die früher aus Angst vor Politisierung von den politischen Gefangenen getrennt untergebracht waren, werden jetzt auch in die KZ's eingeschleust.

In „3 Alamos" gab es z.B. zwei Gefangene, die wegen Vergewaltigung verhaftet waren. Das war unter den Genossen bekannt. Auch die Verwandten der Häftlinge, die zu Besuch kommen, werden jetzt schärfer überwacht, zu Verhören geholt. Die Essensrationen wurden reduziert:
Morgens um 7 und abends um 9 ein Brötchen und eine Tasse warmes Salzwasser. Das wird durch die Besucher etwas aufgebessert, wobei alles unter allen aufgeteilt wird."

NEUES COPCON–DOKUMENT

LISSABON (PN) 20. November 18 progressive Offiziere veröffentlichten am 20.11.75 bei der Demonstration in Belém eine Erklärung, die sie „Manifest an die Soldaten und Matrosen, an die Arbeiterklasse und das arbeitende Volk" nannten.

„MANIFEST

1. Der am 25. April 1974 begonnene Prozeß ist an den entscheidenden Punkt gelangt, an den Augenblick der Wahrheit, an den Punkt des entscheidenden Schrittes zum Sozialismus. Sicher wurden der Bourgeoisie bisher schwere Schläge versetzt und sicher wurden wichtige Schritte, was die autonome Organisation der Arbeiterklasse und des arbeitenden Volkes angeht, gemacht. Die Nationalisierungen, die Einleitung der Agrarreform, die Erfahrungen der Arbeiter„kontrolle" und der Fortschritt im Poder Popular, das sind die wichtigsten Errungenschaften der arbeitenden Massen in diesem Prozeß. All das ist aber noch nicht die Zerstörung des Kapitalismus, ist auch noch nicht die Errichtung der Arbeitermacht.

So kommt es, daß die Bourgeoisie auf den Revolutionsrat, die VI. Regierung und die MFA rechnen kann. Und so kommt es, daß wir einer verzweifelten reaktionären Eskalation beiwohnen, all die Versuche der VI. Regierung, der Parteien, der Offizieren, die machtvolle Volksoffensive zu zerschlagen.

Was die Bourgeoisie in keinem Fall ertragen kann, das ist die unvergleichliche Bewegung unter den Soldaten, die sich autonom organisieren und sich der militärischen Hierarchie der falschen Demokraten verweigern und sich entschlossen auf die Seite des arbeitenden Volkes stellen. Die Bourgeoisie erträgt auch nicht die wachsende Kraft des Poder Popular, den die arbeitenden Massen im Norden und Süden unseres Landes errichten. Die Massen haben es verstanden, den bürgerlichen Weg der Wahlen, der falschen Mehrheiten, zu verweigern und ihre eigene Demokratie, den Embryo der revolutionären Demokratie, aufzubauen.

Die tiefgreifende politisch-militärische Krise, die wir durchleben, macht deutlich, daß die sukzessiven Lösungen einer Klassenversöhnung nichts erreicht haben, als der Organisation der Rechten und der kapitalistischen Reaktion Tür und Tor zu öffnen. Nur die sozialistische Revolution kann die derzeitige Krise im Interesse der Massen lösen.

2. Von dem Augenblick an, in dem im portugiesischen Prozeß klar wurde, daß die Versuche der Bourgeoisie, die „Kontrolle" über die portugiesische Gesellschaft durch klassenversöhnlerische, nur scheinbar die arbeitenden Massen begünstigende Maßnahmen zu erringen, scheiterten, wurde für die Bourgeoisie immer drängender die Einrichtung eines Repressions

apparates, der die schwindende Massenunterstützung ersetzen könnte. Nachdem auch das angesichts der wachsenden Bewußtwerdung und Organisierung des Volkes — in und ohne Uniform — scheiterte, greift die Bourgeoisie jetzt zur Erpressung und versucht, das Land zu teilen. Sie öffnet so dem Kampf Arbeiter gegen die Arbeiter, dem Bürgerkrieg und der ausländischen Intervention die Tür. In ihrer Verzweiflung zögert die Bourgoisie nicht, ihr Vaterland zu zerstören und es direkt imperialistischen Mächten zu unterwerfen.

Angesichts dieser Situation sind die Unterzeichner, die sich sehr wohl darüber im klaren sind, daß ihr einziger Platz der an der Seite der Arbeiter, Soldaten und Matrosen in ihrem Kampf für die Emanzipation, den Poder Popular, den Sozialismus und die nationale Unabhängigkeit sein kann, der Auffassung, der einzige Ausweg für die portugiesische Revolution bestehe in der Bildung einer Regierung der revolutionären Einheit mit einem öffentlich, im Angesicht der Volksmassen erarbeiteten Aktionprogramm, dessen wesentlicher Inhalt die Übertragung der Macht — so schnell wie möglich — auf die in einer Struktur mit einer nationalen Volksversammlung organisierten Arbeiter.

3. Die revolutionäre Alternative zur Krise liegt in der entscheidenden Rolle der Volksmassen, der Arbeiterklasse und der Soldaten, sie liegt darin, die versöhnlerische Führung abzuwerfen und zu einer revolutionären politischen Führung zu kommen, die Ausdruck der Fähigkeit der Massen zum Aufbau des bewaffneten Armes, des Revolutionären Volksheeres, das zum endgültigen Siege führen wird.

Der Ausweg aus der Krise besteht weiter im Aufbau einer revolutionären Macht, wie sie in dem Programm der Revolutionären Einheit, basierend auf dem COPCON-Dokument (ID 94) formuliert wird.

Die revolutionäre Natur dieser Macht zeigt sich allein in der Praxis. Damit die Nationale Volksversammlung zur Realität wird, ist erforderlich:

— eine schnelle Stärkung der Basisorgane des Poder Popular Stadtteilkommissionen, Arbeiterkommissionen, Dorfräte und Soldaten- und Matrosenkommissionen,

— die sofortige Schaffung dieser Organe, wo sie noch nicht bestehen,

— die Koordinierung der Organe des Poder Popular in lokalen und regionalen Versammlungen.

All das muß Werk der Arbeiter selbst sein. Die Staatsmacht hat dabei die Aufgabe, dafür den Raum zu schaffen, in dem sie die Werktätigen unterstützt und ihnen die notwendigen Bedingungen bereitet. Diese Macht wird nur dann wahrhaft revolutionär sein, wennsie sofort die Wirtschaft in den Dienst des arbeitenden Volkes stellt, die Arbeitslosigkeit und die Teuerung abstellt. Das erfordert

— Bedingungen zum Aufbau der Arbeiter„kontrolle" über die Produktion. D.h. daß die ganze Wirtschaft (Fabriken, Büros, Banken, Handes usw.) direkt von den Arbeitern durch die Organe des Poder Popular kontrolliert werden,

— Bedingungen schaffen für die Agrarreform, die aufs ganze Land ausgebreitet werden muß. Dabei muß von folgenden Prinzipien ausgegangen werden:

a) direkte „Kontrolle" der Agrarreform durch die Landarbeiter mittels der Organe des Poder Popular, vor allem durch die Dorfräte,
b) Enteignung der noch im Besitz der Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten befindlichen Ländereien,
c) kollektive Bewirtschaftung der enteigneten Ländereien, vor allem durch Landkooperativen,
d) absolute Respektierung des Grundbesitzes der armen Bauern und wirksame staatliche Unterstützung für die Mittel- und Kleinbauern,
e) sofortige Maßnahmen, die den Bauern Kredite, Maschinen und Düngemittel und alles andere, was für die Agrarreform notwendig ist, garantieren,
f) garantierte Abnahme der Agrarprodukte für die Klein- und Mittelbauern und die von den Arbeitern kontrollierten Güter zu ihrer Ernte entsprechenden Festpreisen,

Eine Politik der nationalen Unabhängigkeit muß gesichert werden durch:
a) Bündnisfreiheit gegenüber jedem politisch-militärischen Block,
b) Aufbau einer starken Allianz mit den anti-imperialistischen Ländern,
c) Diversifikation der Handelsbeziehungen strikt nach dem Prinzip des gegenseitigen Nutzens,
d) Diversifikation der inländischen Produktion und Ankurbelung der Produktion von Gütern, bei denen wir vom Ausland abhängig sind und die wir produzieren könnten: vor allem Agrarprodukte.

Was die Regierung und die Rechtskräfte im allgemeinen angeht, die auf Piraten- und Verzweiflungsakte verfallen, die das Land in einen Bürgerkrieg oder eine militärische Intervention seitens des Imperialismus führen können, müssen die Werktätigen, die Soldaten und die Revolutionäre ihren eigenen Weg zur Machtergreifung gehen.

Dieser Weg muß der der autonomen Organisation der Arbeiter in Stadt und Land mittels des Aufbaus und der Stärkung des Poder Popular sein.

Aber der Poder Popular kann niemals eine wirkliche Macht sein, wenn er nicht bewaffnet ist. Allein die Arbeiter sind fähig, die Macht zu ergreifen und in Händen zu halten, wenn sie bewaffnet sind, wenn sie die organisierte Macht auf ihrer Seite haben.

Es ist die Verbindung von bewaffneten Arbeitern und Soldaten der Kasernen, aus der die breite Bewegung und die Avantgarde geboren wird, die der Bourgeoisie und dem Imperialismus die Stirn bieten kann. Nur die Bewaffnung der Arbeiter und ihre Organisierung mit den Soldaten, aus der das revolutionäre Heer entsteht, kann eine Organisierung der Bourgeoisie und die Gefahr einer ausländischen Intervention verhindern.

Für uns, die Offiziere, die dem revolutionären Projekt entsprechen möchten, liegt die einzige Garantie für eine wirkliche sozialistische Revolution allein darin, daß die Macht in den Händen der Arbeiter selber und nicht in denen irgendeiner Partei oder einer politischen Kraft liegt.

Die Macht muß von der Basis zur Basis gehen. Für uns, die Offiziere, die dem revolutionären Projekt entsprechen möchten, bilden Arbeiter und Soldaten die Avantgarde. Wir werden niemals Staatsstreiche zulassen, die, woher sie auch kommen mögen, von Offizieren auf Kosten der Arbeiter ausgeheckt wurden.

Wir werden niemals Kabinettsverschwörungen zulassen, sie haben nichts mit der Organisation der Arbeiter und Soldaten zu tun. Wir werden niemals Manöver von Politikern zu lassen, die die Demonstration und Bewegungen der Arbeiter nutzen, um sie als Argument am Verhandlungstisch, für Mauschelpakte zu verwenden.

Und auf diese Bewegung und diese Avantgarde muß sich die neue revolutionäre Macht stützen, um ihre revolutionären Programme durchzusetzen. Wir stehen auf der Seite der bewaffneten Volksmacht, der Soldaten, der Revolutionäre, bis zum Sieg, bis zur Machtergreifung.

Es lebe die Sozialistische Revolution!
Es lebe die bewaffnete Volksmacht!
Revolutionäre Unteroffiziere und Offiziere, mit den Soldaten, den Arbeitern und den Bauern — Vereint werden wir siegen!

major Barroso, cap. Sobral Costa, ten-cor. Sequeira, cap. Jorge Alves, major Tomé, major Borrega, cap. Cabral e Silva, cap. Luz, cap. Moreira da Luz, major Queirós de Azevedo, cap. Mendonça da Luz, cap. Nuno Ferreira, cap. Duran Clemente, ren. Matos Pereira, cap. Matos Gomes, ten. Mario Rodriguez. cap. Santos Silva"

Gegen diese 18 wurde inzwischen Haftbefehl erlassen. Ein Teil ist verhaftet, der Rest ist untergetaucht.

(aus: Portugal Nachrichten Nr. 13)

„SPEKULANTEN/MAGISTRAT SIND EIN GANGSTERSYNDIKAT"

FRANKFURT (ID) 1. Dezember — ID-Gespräch mit Jürgen Roth über sein neues Buch „z.B. Frankfurt: Die Zerstörung einer Stadt".

Ein FDP-Stadtverordneter hat die sozialdemkratische Kommunalpolitik im Frankfurt einmal so beschrieben: „Zum Vergleich mit dem Chikago der 20er Jahre fehlt uns hier in Frankfurt nur noch eine organisierte Mafia".

Daß sie nicht fehlt, sondern existiert und erfolgreich funktioniert — dafür hat Jürgen Roth eine Menge Material zusammengetra-

en. In seinem Buch legt er eine der zentralen Mafia-Methoden of-
en: die Korruption. An der Person des Chefs der Bauaufsicht, Lortz,
onkretisiert er die Parole aus dem Häuserkampf: „Spekulanten/
Magistrat: sind ein Gangstersyndikat!"

Oberbürgermeister Arndt hat sofort wie ein getroffener Hund
ebellt, dann aber schnell den Schwanz eingezogen unter der De-
ise: totschweigen, um keine schlafenden Hunde zu wecken.

Das Buch muß daher in der Bevölkerung bekannt werden (aber
icht zum Preis von 26 Mark!). Wir haben mit Jürgen Roth (JR) über
iniges gesprochen, was so nicht drin steht: Über die Reaktion des
SPD-Magistrats, die Machtverschiebungen und den Fall Niedenau 12.
er SPD-Magistrat hat seinerseits in diesen Tagen eine „Dokumen-
ation zur Bodenspekulation und zur Zweckentfremdung von Wohn-
aum" veröffentlicht, in der es auf S.7 heißt: „Im übrigen wurde be-
wußt der Gebrauch des Begriffes „Spekulant" vermieden. Dies ge-
chah aus der Einsicht, daß gesellschaftspolitische Probleme nicht
urch den Rückgriff auf bestimmte Charakterklischees zu lösen sind".
(ein Kommentar.)

D: Wie war die bisherige Reaktion der Stadtverwaltung bzw. des
SPD-Magistrats – denn die angegriffenen Individuen haben sich ja
isher in keinem Fall geäußert?

R: Kurz nachdem das Buch erschienen ist und vor allem die Kor-
uptionsvorwürfe gegen Lortz diskutiert wurden, gab es in der Bau-
erwaltung Abteilungsleitersitzungen, die das dann durchgegangen
. Dort war dann die Rede davon, daß wenn die Aussagen des
uches stimmen, Lortz nicht mehr zu halten sei. Das war aber nur
n der Anfangsphase so. Dann kam die Reaktion von Haferkampf
(Baudezernent), der sagte, das würde nicht stimmen. Die erste Re-
ktion war, alle Vorwürfe würden überprüft: da ist bisher nichts
eschehen. Und es ist auch nicht abzusehen, daß da was geschieht.

D: Gab es nicht eine Klagedrohung von der Stadt Frankfurt?

R: Bevor das Buch erschien, habe ich das Manuskript einigen Leu-
en zu lesen gegeben, den Teil, der die Korruption betrifft, sie sag-
en daraufhin: „Wenn Sie das stehenlassen, dann wird die Stadt von
hrem Fürsorgerecht Gebrauch machen (gegenüber ihren Beamten)
nd gegen Sie klagen", Davon war nach dem Erscheinen des Buches
eine Rede mehr. Die Argumentation war, man dürfe das Buch nicht
urch eine Klage aufwerten. Von Arndt kam die einzige Bemerkung,
ie auf eine juristische Auseinandersetzung hinausgelaufen ist: er
wolle prüfen, ob er mich in irgendeiner Weise schadenersatzpflich-
ig machen kann. Aber da ist nichts passiert.

Auf der anderen Seite gab es durch mich bzw. meine Anwäl-
e die Androhung, daß ich eine Klage wegen Beleidigung und Ver-
eumdung gegen Arndt richten werde. Arndt hatte eine Frist für ei-
e Stellungnahme bekommen, er hat darauf jedoch nicht geantwor-
et. Die Straftatbestände sind Beleidigung und Verleumdung. Arndt
at in seiner Stellungnahme zum Frankfurt-Buch von einem „Mach-
werk" gesprochen, bzw. von einem „Stil, wie ihn seinerseits Julius
Streicher in seinem ‚Stürmer' gepflegt" habe. Er hat erklärt, das
uch sei „tiefbraun mit einem Schuß Antisemitismus". Das erfüllt
ie Bestimmungen des Paragrafen 185 (Beleidigung). Das Buch sei
ein mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten gespickter Versuch,
er Sozialdemokratie zu schaden". Das ist eine Verleumdung.

Die Staatsanwaltschaft hat sich andererseits vom Verlag ein
Exemplar schicken lassen, um nachzuprüfen, ob sozusagen von Amts
wegen gegen Lortz ermittelt bzw. ein Verfahren eingeleitet werden
oll – aber es ist nicht bekannt, was daraus geworden ist.

Ich bin jedoch nicht so naiv zu glauben, daß in dieser Rich-
ung etwas an die Öffentlichkeit gebracht wird, denn es handelt sich
a hier nicht um solche Sachen wie miteinander Essen gehen, sondern
er Zusammenhang des Buches ist die Stadtzerstörung sowie Spe-
ulantenmafia, Magistrat und Verwaltung in ihrer Verfilzung und
Verflechtung untereinander. Es müßten also die Vorwürfe in einer
ffentlichen Gerichtsverhandlung geprüft werden.

Andererseits sind die Vorwürfe von Arndt so dumm und so
lump, daß selbst die bürgerliche Justiz nicht umhin kann, etwas
u tun. Entweder sie stellen das Verfahren ein und verweisen auf
en Privatklageweg – der Arndt hat sich einfach in eine Ecke ma-
övriert, in der er völlig manövrierunfähig ist – oder er kommt jetzt
och mit einer einstweiligen Verfügung, aber das ist zu spät, denn
ie erste Auflage des Buches (4000 Exemplare) ist im wesentlichen
ergriffen. Jetzt ist die zweite Auflage (2000 Exemplare) im Druck.

ID: Die große Publizität des Buches ist wohl auf die Korruptions-
vorwürfe zurückzuführen; denn wenn ich an das Buch vom Frank-
furter Häuserrat denke (Wohnungskampf in Frankfurt, erschien 1974
bei Trikont), so gab es darüber keine derart öffentliche Diskussion,
obwohl darin die Daten und Fakten über Spekulanten, Banken, Ma-
gistrat etc. bereits veröffentlicht waren.

JR: Das hängt einmal mit dem Verlag zusammen (Bertelsmann
ist der größte Buchproduzent in Europa). Dann hängt es auch mit
der unterschiedlichen Konzeption der beiden Bücher zusammen.
Das Frankfurt-Buch soll ja eine Ergänzung sein zum Häuserrats-Buch,
weil es auch noch andere Dimensionen aufzeigt als das Häuserrats-
Buch. Ich wollte über die Beschreibung und Analyse der Verfilzun-
gen zwischen Banken, Spekulanten und Magistrat hinausgehen. Ich
wollte die Verbindungen zwischen einer bestimmten Art von sozial-
demokratischer Kommunalpolitik hier in Frankfurt, die technokra-
tisch, wachstumsorientiert war von Anfang an, und die Auswirkun-
gen auf die sozialen Lebensbedingungen der Bevölkerung aufzeigen.
Denn das Argument der Stadtverwaltung – ‚wir brauchen Gewer-
besteuer, um damit die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen wie
Schulen, Kindergärten für die Bevölkerung bezahlen zu können' –
war eine dumme Lüge. Warum? Weil die Bevölkerung gerade aus
der Stadt vertrieben wurde in die Neubausiedlungen, wo sie noch
mehr benachteiligt ist als hier in der Stadt, in den Sanierungsge-
bieten. Kommunikation, ein bestimmtes soziales Gefüge – die hier
vorhanden waren – fehlen dort.

ID: Entscheidend dabei ist auch, daß Frankfurt als Finanzmetro-
pole geplant und gewachsen ist – was bedeutet, daß mit dem Re-
gionalstadtkonzept Verkehrs- und Wohnungsbau eben dieser Metro-
pole untergeordnet werden, daß also die ökonomischen Prioritäten
die Lebensbedingungen der Menschen bestimmen und überlagern.

JR: Ja. Das haben z.B. auch die Verkehrsplaner von Anfang an
in ihr Kalkül einbezogen, daß eine Zentralisierung des tertiären Sek-
tors, also Finanzkapital und Diestleistungen, in der Metropole ein
entsprechendes Straßensystem braucht, daß man dem also entge-
genkommen muß. Außerdem haben die Erschließungskosten für die
Verkehrswege das aufgefressen, was an Gewerbesteuern reingekom-
men ist, zu lasten der Infrastruktureinrichtungen für die Bevölkerung.

MACHTVERSCHIEBUNGEN

ID: Während einer öffentlichen Diskussion des Hessischen Schrift-
stellerverbandes über das Buch fiel auch das Wort von der Verschie-
bung der Machtverhältnisse in Frankfurt. Odina Bott vom SPD-Orts-
verein Westend hat das belegt mit dem neuen Selmi-Hochhaus am
Platz der Republik (das Sommer 1973 als leuchtende Brandfackel
von der Bevölkerung umtanzt wurde). Es steht unmittelbar neben
dem Polizeipräsidium, und in ihm manifestiert sich eine Zusammen-
arbeit zwischen dem Kapitalisten Selmi und der Polizei, die so noch
nicht da war.

JR: Man kann das nicht nur am Beispiel vom Selmi-Hochhaus als
Einzelprojekt, sondern an Selmi überhaupt darstellen. Da wird vor
allem eines deutlich: der Einfluß des Schahregimes auf Landes- und
Kommunalpolitik.

Selmi ist im wesentlichen finanziert vom persischen Herrscher-
haus, also von der Aschraff, der Schwester des Schah, die ihr Geld
auf der Selmi-Bank hatte, über die investiert wurde, also Grundstük-
ke gekauft und gebaut wurden. (Inzwischen ist die Bank kaputt,
weil die Aschraff ihr Geld abgezogen hat).

Andererseits ergeben sich über die Außenpolitik bestimmte
Erscheinungsformen, die bis in die Kommunalpolitik reichen. Es
war z.B. für die Stadtverwaltung schwer möglich, Projekte von Sel-
mi abzulehnen. Dafür gibt es Beispiele: Es gibt nicht nur das Haus
am Platz der Republik (ca. 150 Meter hoch), sondern alle Selmi-
Projekte. Am Platz der Republik ist die Polizei in die obersten bei-
den Stockwerke eingezogen. Die Funkanlage der Polizei ist dort oben
installiert. Selmi hat diese neue Funkanlage für die Polizei gekauft.

Ein anderes Selmi-Haus, das in der Eschersheimer Landstras-
se, stand leer, so daß mehrere Etagen an das städtische Amt für tech-
nische Anlagen vermietet wurden.

Die politische Dimension davon ist so konkret, daß die CISNU
(persische Studentenvereinigung) seit diesem Zeitpunkt in Frankfurt
keine Demonstrationen mehr machen durfte.

Man kann ein anderes Beispiel nehmen und daraus dasselbe
rückschließen, der ehemalige Magistratsdirektor Deja bei der Frank-

furter Polizei, der mit dem Müller-Vorgänger Lippmann (Polizei-Chefs) gehen mußte, weil er Verbindungen zur Frankfurter Unterwelt gehabt hat, dieser Deja ist bei Selmi angestellt und zuständig für alle entsprechenden Angelegenheiten. Deja hat das abgestritten, aber Selmi-Angestellte haben es bestätigt.

Dazu kommt die Verflechtung mit dem Magistrat: Selmi und Rudi Arndt sind Freunde.

DER FALL ‚NIEDENAU 12'

ID: Es gibt für die Unterweltbeziehungen von Spekulanten ein anderes, extrem brutales Beispiel: die Niedenau 12 im Westend. Dort sind bei einem Brand im September 1973 neun jugoslawische Arbeitsemigranten getötet worden.

JR: In diesem Fall bestand von Anfang an, zumindest was die Gegenöffentlichkeit angeht, der Verdacht, daß einer der beiden Besitzer des Hauses, Simon Preisler, mit dem Brand etwas zu tun hatte. Sein Name wurde zunächst ein oder zweimal in der bürgerlichen Presse genannt, dann nie mehr. Die Ermittlungen der Polizei konzentrierten auch nie auf Preisler, sondern immer auf einen bestimmten Täter, den man glaubte zu haben. Und den man dann auch geliefert bekommen hat. Schon bei der konkreten Ermittlungsarbeit sind ganz seltsame Sachen geschehen: die Polizei hat erst 10 Tage, nachdem das Haus abgebrannt worden ist, mit der Ermittlungsarbeit im Haus begonnen. Es wurde kein Brandsachverständiger herangezogen.

Dann wurde Preisler kurze Zeit, bevor das Haus gebrannt hat, mit einem Monteur dort in der Nähe gesehen. Erst eine halbe Stunde, nachdem das Haus gebrannt hat, wurde die Feuerwehr alarmiert. Unmittelbar vor dem Brand aber war bei der Feuerwehr eine anonyme Mitteilung über den Brand eingegangen.

Was die Vergangenheit von Preisler angeht: von ihm wußte man, daß er als Kommanditist an einer Firma in Nordenstadt bei Wiesbaden beteiligt ist, die kurz vorher abgebrannt ist. Das Amtsgericht in Wiesbaden hat ganz klar festgestellt, daß das versuchte Brandstiftung war, um entsprechend hohe Versicherungsprämien zu kassieren.

Es ging um eine Versicherungssumme von 23 Millionen, wobei der Betrieb so verschuldet war, daß er nur noch etwa 5 Millionen Mark wert war. Dort fiel nur mal am Rande der Name Preisler. Er war allerdings nicht nur mit einer Einlage von 30tausend Mark, sondern mit Millionenbeträgen an dem Betrieb beteiligt. Er hat teilweise Schuldbürgschaften übernommen. Und es bestehen verwandschaftliche Beziehungen zwischen Preisler und dem Besitzer des Betriebes, Feig.

Nun wieder zum Haus in der Niedenau 12: dort lebte der größte Teil der Bewohner schwarz. Preisler hatte das Interesse, das Haus abzureißen. Das haben mir verschiedene jugoslawische Arbeiter bestätigt. Kurz nach dem Brand hat dann Preisler gesagt, er wolle das Haus neu aufbauen. Kurze Zeit später aber hat er die Abrißgenehmigung bekommen, hat die Versicherungsprämie kassiert, die außerordentlich hoch war. Hat also alles erreicht: die Leute waren draussen, die Versicherungsprämie war da, und die Abrißgenehmigung ebenso.

Preislers Ziel war, auf dem Grundstück Niedenau 12 ein Appartmenthaus mit Vergnügungslokal, also einen besseren Puff einzurichten. Dafür hat er 1969 eine Bauvoranfrage eingereicht und 1971 nochmal nachgefragt und sich seitdem in dieser Angelegenheit nicht mehr gemeldet. Dann kam die Gerichtsverhandlung, in der der angeklagte jugoslawische Arbeiter freigesprochen wurde. Die Indizien für die Anklage waren kurios: Er hat früher in dem Haus gewohnt, soll mit Familien in dem Haus Streit gehabt haben, einem angedroht haben, ihn zusammenzuschlagen, und in seinem ehemaligen Zimmer hat ein Beleg für einen Benzinkanister gelegen, der von ihm gewesen sein soll.

Er hatte seit langer Zeit dort nicht mehr gewohnt. Die Quittung von der Kaufhalle hat mitten auf dem Bett gelegen — 10 Tage nach dem Brand war sie dort gefunden worden. Jedenfalls wurde er freigesprochen.

Diese Gerichtsverhandlung ist typisch in zwei Punkten: einmal waren immer dann, wenn der Zusammenhang zwischen Brandstiftung und Preisler zur Debatte stand, die Vertreter der bürgerlichen Presse nie da. Zwei Verwalter sagten als Zeugen aus, daß die Besitzer das Haus eigentlich gar nicht kaufen wollten. Die hätten es erst 1972 gekauft. Tatsache war aber, daß das geplante Projekt nicht mehr realisierbar war, weil inzwischen in diesem Gebiet des Westends eine Veränderungssperre bestand und sie daher keine Genehmigung bekommen hätten.

Auch der Verteidiger hat sich gegenüber ihren Lügen still verhalten, weil er den Angeklagten freibekommen wollte.

Tatsache ist auch, daß Preisler und die Stadtverwaltung nach dem Brand sagten: Wir gründen einen Fond für die Familien der ermordeten Emigranten. Preisler sagte, er hätte 5000 Mark eingezahlt — die betroffenen Familien haben bis heute keinen Pfennig gesehen.

Und so läßt sich aufgrund aller Indizien über Vergangenheit und Praxis von Preisler (Brandstiftung, Schlägertrupps, Vertreibung) und die schlampige Aufklärungsarbeit der Polizei nachzeichnen, daß Preisler dahinter gesteckt hat, ob aktiv oder per Handlanger: das ist dann egal. Er hat auf jeden Fall von dem Brand profitiert. Zur Zeit steht das Haus noch leer, nichts ist passiert.

Um das zusammenzufassen für den Zusammenhang: Preisler und Co. sind Leute, die die guten Beziehungen zur Stadtverwaltung haben. Das schließt den Kreis dessen, was allgemein als Spekulantenmafia bezeichnet wird. Das wird durch Fakten und Informationen erhärtet.

ID: Die beiden in jüngster Zeit und in nächster Zukunft am meisten bekämpften Projekte sind die geplante Stadtautobahn A 66 (früher A 80) und das Fechenheimer Großkraftwerk (s. ID 103). Was läßt sich nach deinen Erfahrungen dazu sagen?

JR: Das Projekt der Stadtautobahn stammt aus der Zeit, als der heutige Frankfurter OB Arndt noch hessischer Verkehrsminister war. Er ist einer der Hauptverantwortlichen. Die Pläne sind längst klar.

Was daraus an Zerstörung von Stadtteilen und Umweltzerstörung, z.B. Zerschneidung der wenigen Grüngürtel folgt: das haben die Proteste der Bevölkerung schon deutlich gemacht.

Darauf — das ist das gleiche wie beim Großkraftwerk — reagiert die Stadtverwaltung mit dem Versprechen von Prüfungsverfahren.

Vorhandene Gutachten werden nicht veröffentlicht, weil sie nachweisen, daß — vor allem auch in Verbindung mit der Hochhausbebauung am Sachsenhäuser Berg — die klimatischen Bedingungen von Frankfurt, Offenbach und der ganzen Region durch das Kraftwerk massiv verschlechtert werden. Deswegen ist die Notwendigkeit — und das soll das Buch eigentlich deutlich machen — daß da, wo der Häuserkampf geendet hat, jetzt bei diesen beiden Projekten (Stadtautobahn und Großkraftwerk) der ganze Widerstand der Bevölkerung mobilisiert wird, der in Frankfurt möglich ist. Der Kampf in Wyhl ist auch in Fechenheim inzwischen bekannt.

PS: Über Jürgen Roth hat die Frankfurter Rathaus-Mafia übrigens das Gerücht in die Welt gesetzt, er habe ein ungarisches Schulbuch geschrieben, in dem er die BRD verunglimpfe. Im Moment wird das Buch im Auftrag der Rathaus-Mafia übersetzt.

Dazu ist zu sagen: es handelt sich dabei um Jürgen Roths Buch „Armut in der Bundesrepublik" (1971 bei Melzer erschienen), das der ungarische Kossuth-Verlag 1973 in einer Übersetzung herausbrachte.

BERUFS- UND PUBLIKATIONSVERBOT FÜR DEN GEFANGENEN PETER PAUL ZAHL

KÖLN
25. November

Peter Paul Zahl ist zur Zeit in der Justizvollzugsanstalt 5 Köln 30, Rochusstr. 350 inhaftiert. Eine Übersetzungsarbeit, die er im Auftrag im Gefängnis geleistet hat, wurde mit folgendem Beschluß beschlagnahmt:

(Abschrift)

XV 35/75 Beschluß in der Strafsache gegen P. P. Zahl ... werden der an den Trikont Verlag, 8 München 80, Josephsburgstr. 16, gerichtete Brief des Angeklagten vom 20.10.1975 sowie das diesem Brief beiliegende M a n u s k r i p t „Geburt unserer Macht" b e s c h l a g n a h m t, da sie als Beweismittel in Betracht kommen (§ 94 StPO). Nach Umfang und Inhalt der Sendung steht zu befürchten, daß sie dazu benutzt wird, verschlüsselte Informationen an die Außenwelt zu bringen. Düsseldorf, den 7.11.1975, Landgericht, XV. Strafkammer Richter aLG Obermann Schuster, Richter aLG, Korthauer, Richter

Das beiliegende Manuskript ist eine Übersetzung des Romans Victor Serge, „Naissance de Notre Force" (Birth of Our Power), h im A u f t r a g des Trikont Verlages vom Dezember 1974 ktober 1975 erstellte! Es enthält k e i n e r l e i „verschlüs Informationen". Das Manuskript als „Beweismittel" zu be gnahmen, ist grotesk, irrsinnig!

Was die Beschlagnehmung bedeutet, können Sie sich denken: Berufs- und Publikationsverbot!

N i e zuvor haben Richter der II. oder jetzt XV. Strafkammer LG Ddf. Manuskripte (auch dicke!) aus diesem Grunde beschlag ht:

Der Rotbuch Verlag destillierte den Gedichtband „Schutz ung" aus einem L e i t z - O r d n e r von Texten zusammen, ich unbeanstandet von der II. Strafkammer an den Verlag ge ckt hatte. Der Politladen Gaiganz erhielt unbeanstandet von I. Kammer das Manuskript „Eingreifende oder ergriffene Li tur". Es wurde als „Typoskript 10" im Juni 1975 veröffent . Unbeanstandet schickteich dem literarischen Verlag et cetera mut Braun, Leverkusen, ein dickes Manuskript mit Prosa. Am 0.75 war der Verleger hier in der JVA (eine Stunde) und lek rte. Der Erzählungsband „Wie im Frieden" kommt im Mai 1976 us. Unbeanstandet schickte ich am 28. Juni 1975 ein dickes uskript mit Lyrik und Prosa an den MaD Verlag, Lutz Schulen , 2050 Hamburg 80, Hassestr. 22. Der Band kommt im Janu ruar 1976 mit dem Titel „Die Barbaren kommen" heraus. ibeanstandet schickte ich ein dickes Manuskript mit z.T. on gelayouteten Aufsätzen, Artikeln und Kritiken an den Verlag e Gesellschaft, Frankfurt 18 (im August/September/Oktober

h die Beschlagnahmung! Sie bedeutet, daß mir in Zukunft un lich gemacht wird, Manuskripte zur Publikation an Verlage zu den. Statt der üblichen Postkontrolle (die von den Richtern in der gangenheit zuweilen auch an das LKA Düsseldorf delegiert wur eine un- und widersinnige Beschlagnahme. Nichts in der Sen g könnte als „Beweismittel" dienen, gar nichts!

Jegliche weitere Arbeit an meinem geplanten Roman ist illuso h geworden. Jegliche weitere Übersetzertätigkeit wird sinnlos dem kurzen Brief, der der Sendung an Trikont beilag, hatte ich h darauf hingewiesen, daß j e g l i c h e r E r l ö s aus schrift lerischer, publizistischer und übersetzerischer Tätigkeit an mei geschiedene Frau, Urte Zahl-Wienen, geht, die mit zwei Kindern, hs und vier Jahre alt, zusammen mit Eltern und Großmutter in r Sozialwohnung hausen muß ...!

- Ich lege das Rechtsmittel der Beschwerde ein und bitte, h dabei zu unterstützen!
- Ferner bitte ich dringend, die Öffentlichkeit zu alarmieren.
- Ich werde, so das Manuskript nicht bis zum 1.1.1976 vom G freigegeben ist, dann in den u n b e f r i s t e t e n H u n r s t r e i k treten!

Zur Übersetzung:

Der Roman von Victor Serge „Naissance de Notre Force" wur 1929/30 in Leningrad geschrieben. Serge wurde als Kind von ilrussen 1890 in Brüssel geboren und starb 1947 in Mexico, im il. Er gehörte der „linken Opposition" in der Sowjetunion an. kannt wurden seine Memoiren „Beruf Revolutionär", die in Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart und später im Räteverlag ner Neustadt erschienen. Andere Arbeiten kamen bei Neue itik und Association heraus.

Meiner Übersetzung lag die englische Ausgabe des Buches grunde, die mit dem Titel „Birth of Our Power" bei Penguin oks, Harmondsworth, Großbritannien erscheint.

Die letzte Zusage von Trikont erhielt ich am 7.10.1975. Die ersetzung soll in der Reihe „Romane, Reportagen, Autobiogra n" herauskommen. Als Honorar würde ich — zugunsten meiner emaligen Frau — zunächst 10 Mark pro Druckseite, mithin also 2.400 Mark erhalten.

DOKUMENT

Copyright: Peter Paul Zahl, z.Zt. JVA 5 Köln30, Rochusstr. 350
August 1975

Offener Brief an:
die Innen- sowie Justizminister von Bund und Ländern,
das Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln,
den Militärischen Abschirmdienst (MAD),
den Bundesnachrichtendienst (BND), Pullach.

Hochverehrte Obrigkeit!

Nach über zweieinhalb Jahren Untersuchungshaft muß ich mir, voll resozialisiert, langsam Gedanken über meinen berufliche Zukunft machen.

Zum Drucker werde ich nicht mehr taugen. Bei meiner Verhaftung zerschmetterte eine 7,65er Kugel eines Beamten den linken Oberarm.

Der Beruf des Dichters und Denkers wird durch die Verschlankung des Gewerbes und einige Ihrer Gesetzesvorhaben (§ 130 ff StGB) immer brotloser.

Da bietet sich unsereins ein neuer Lehrberuf an, den Hochwohlgeborenen, der Innenminister NRW, D.Posser, genial ins Leben rief.

Hiermit bewerbe ich mich um eine festeAnstellung (Beamter auf Lebenszeit) als

K R O N Z E U G E.

Referenzen, handschriftlichen Lebenslauf usf. kann ich mir hier ersparen, da Ihnen gewiß mehr Material über mich, meine Person und meinen bisherigen Lebensgang bekannt sein dürfte als mir selber.

In monatelanger, fruchtbringender möchischer Abgeschiedenheit in der Zelle, „strenge Einzelhaft" genannt (bei den Radikalinskis abgeschmackterweise „Isolationshaft"), reifte in mir der Gedanke, Ihnen meine Dienste anzubeiten.

Ich hoffe, daß Sie einen Herren aus einem Ihrer zahlreichen Ämter demnächst zu einem Einstellungsgespräch hierher schicken, füge in der Anlage ein ausgearbeitetes Muster eines Tarifvertrages anbei, denke, bald in Ihrem Auftrag und auf Kosten des Volkes für unser Vaterland tätig sein zu dürfen und verbleibe untertänigst Ihr

Peter Paul Zahl, z.Zt. Poet i.R.

Anlage

Berufsbild des Vereidigten Kronzeugen (VKZ)

— Voraussetzungen, Ausbildung, Aufgabenbereich, Aufstiegsmöglichkeiten, Tarife, Gefahrenzulagen, Lohngruppen —

I. Voraussetzungen

Sympathisches Gesicht, Vertrauenswürdigkeit, offenes Wesen, Schulbildung gewünscht, aber nicht erforderlich, für mittlere und gehobene Laufbahn Studium an der Hochschule für Kronzeugenwesen und Bergbau, gutes Gedächtnis, Schlagfertigkeit, schauspielerische Talente, Umgang mit Gegnern der FDGO, fester Stand auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO).

II. Ausbildung

1. Lehrjahr: Auswendiglernen von Kronzeugentexten für die Darbietung von Amts— und Landgerichten — bis 100 Seiten DIN A4, Pantomimen und Gestik, Darstellung von Gedächtnisschwund, Epilepsie, Rotlauf bei Versagen des Gedächtnisses im Kreuzverhör, Studium von StPO, StGB, Beamtengesetzen, Forstverwaltungsvorschriften (Lehrmaterial: Meine Rechte als VKZ), Erlernen mindestens einer Fremdsprache (z.Zt. Lehrgänge in Marcuse, Krahl, Mao Tse Tung, Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland), Schminktechnik, Leibesubungen, einfache Oberservationstechniken.

2. Lehrjahr: Auswendiglernen von Kronzeugentexten für die Darbietung vor Schwur-, Oberlandesgerichten und BGH (bis 400 Seiten); Rhetorik, Kasuistik, Hypnose, Telepathie; Einschleusung in verfassungsfeindliche Kreise 3. Ordnung (Liberale, Künstler, Wissenschaftler, Sozialdemokraten, Jusos, Judos, Naturfreunde, DKP); Mittelprüfung: Nachweis, daß ein Feind 3. Ordnung der FDGO
a) Puddingattentat auf ausländischen Potentaten beabsichtigte, oder
b) nekrophil, Kinderschänder, homosexuell ist, bzw.
c) vereidigte Aussage gegen Feind der FDGO 3. Ordnung, Betreten des Rasens betreffend (Mitläufer).

3. Lehrjahr: Auswendiglernen von schwierigen Texten ohne Suffleur vor Schwur- und Oberlandesgerichten; Improvisation; Verteilung von Handfeuerwaffen (funktionsgehemmt), Opiaten und Falschmeldungen in Kreisen von Feinden der FDGO 2. und 1. Ordnung; Provokationstechniken, anwendbar bei Feinden der FDGO 2. Ordnung (K-Gruppen), sie zu Feinden der FDGO 1. Ordnung (B.-M.-Bande!) zu stempeln; prototypische Zusammenstellung von kriminellen Vereinigungen; Bau von Bomben und Sprengkörpern, deren Zünder funktionsunfähig sind; probeweises Aufbauen, Provozieren, Entlarven und Dingfestmachen von Rädelsführern, Sympathisanten usw..

Je nach Begabung kann die Ausbildung in kürzerer Zeit absolviert werden; Minimalzeit der Ausbildung ist ein Jahr, vorausgesetzt, der VKZ hat eine ausreichende Laufbahn in Kreisen der FDGO hinter sich.

III. Prüfung

Die Gesellenprüfung erfolgt vor einem beliebigen Landgericht (Schwurgericht) oder Oberlandesgericht (politische Senate). Ein beliebiger, aus dem Kreise der FDGO-Feinde stammender Klient muß nachweislich und ohne Suffleur des Mordes (Massen- oder einfach) und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (gem. § 129 a) pp beschuldigt und überführt werden.

IV. Aufstiegsmöglichkeiten

Nach der Gesellenprüfung wird der VKZ in das Beamtenverhältnis übernommen und beginnt seine Laufbahn als Inspektor im Kronzeugenwesen. Die Beförderung erfolgt nach Leistung. Die nächsten Stufen der VKZ-Laufbahn sind:

Truppführer (Leitung und Einsatz von zwei bis zwölf Kronzeugen bei Prozessen mit einem Strafminimum von acht Jahren),
Bezirkskronzeuge,
Ministerialkronzeuge,
Kronzeuge im Rang eines Staatssekretärs,
Landesbeauftragter für das Kronzeugenwesen,
Bundesbeauftragter für das Kronzeugenwesen.

V. Tarifliche und außertarifliche Leistungen

Die Bezahlung erfolgt nach Bundesbeamtentarif (A resp. B), Urlaub ab 28 Tagen, steigend mit Dienstalter, 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Freifahrscheine für alle öffentlichen Verkehrsmittel, Dienstwagen ab Truppführer, Pension ab 55 Jahre, Fortbildungsstudium an ausländischen Universitäten (Oxford, Yale, Panama-Kanal-Zone, Seoul, Teheran).

VI. Gefahrenzulagen

Die Erfahrung lehrte, daß enttarnte VKZn erheblich unfallgefährdet sind. In solchen Fällen gewähren Länder und Bund außertarifliche Leistungen wie:

Fahrkarte Expreß nach Madrid, einfach,
Tabakladen im neutralen Ausland,
Gesichtskosmetik und Auszahlung zur Gründung einer selbständigen Existenz in kleinerer westdeutscher Universitätsstadt,
Geschlechtsumwandlung (alles inkl.) in Casablanca, Marokko.

VII. Totalschaden

Begräbnis erster Klasse in Anwesenheit diverser Hundertschaften von Staatsbediensteten (voller Lohnausgleich), Trauerflor an Dienstwagenantennen.

VIII. Standesvertretungen

Zu erwägen wäre eine Gewerkschaft Denunziation, Spitzel und staatliche Medien.

IX. Sonstiges

Im übrigen gilt das Notstandsrecht. Alles nähere regelt der nächste Polizeipräsident.

Köln-Ossendorf

Stempel — Beglaubigt Unterschrift

10 JAHRE KRIEG GEGEN DIE AMERIKANISCHE LINKE

(1. TEIL)

Nach unserer Berichterstattung über die „Vereinigungskirche" übersetzen wir hier Teile einer Serie, die Philippe Gavi für die französische Tageszeitung Libération geschrieben hat, über die counter-insurgency-Strategie der amerikanischen Geheimdienste.
(siehe Libération Nr. 579 - 591)

„Jeden Tag enthüllt die Presse neue Methoden der Geheimdienste und der Polizei, die sie zur Vernichtung der amerikanischen Linken entwickelt hat. Eine andere Geschichte wird am hellichten Tag ausgebreitet, die eines Heeres von Geheimen, von „Ratten", die hinter den Kulissen von Amerika ihre Löcher buddeln. Eingeschleuste Agenten, Spitzel, Karteien, Provokationen, programmierte Morde an Aktivisten, Telefon- und Postüberwachung, Einbruch in Wohnungen, gefälschte Polizeilücken, Unterwanderung der Gruppen bis zu ihrem Auseinanderbrechen, alles das ist nicht neu: der KGB Stalins ist Pionier in der Sache. Nur wurden sie noch nie mit einer solch ausgefeilten Wissenschaftlichkeit in der Geschichte eines der demokratisch genannten Länder angewandt.

Seit dem Kalten Krieg, dem Mac Carthysmus, haben die Technologen der Konterrevolution beachtliche Fortschritte erzielt. Sie verfügen über perfektionierte Hilfsmittel, Computer, Mikrofone, die auf dutzende von Metern noch eine Unterhaltung aufnehmen können, und vor allem über eine vertiefte Kenntnis der Teilmechanismen, die das Verhalten von Individuen, Gruppen und Klassen bestimmen. Oft haben, ohne es zu wissen, zahlreiche Intellektuelle, Forscher, Psychologen, Soziologen, Psychoanalytiker dazu beigetragen, eine Polizeisoziologie zur Konterrevolution zu erarbeiten.

Es wäre falsch, den Zerfall der Protestbewegung in den USA einzig mit den Aktionen der CIA und des FBI erklären zu wollen. Man kann jedoch sagen, daß es diesen Ratten gelungen ist, den Linken harte Schläge zu versetzen — in den USA wie anderswo.

COINTELPRO

In der Nacht des 8. März 1971 dringen Mitglieder der „Untersuchungskommission der Bürger über den FBI" in die Büros des FBI in Media (Pennsylvenia) ein. Alle Akten, die sie auffinden, werden mitgenommen und ausgewertet. 40% der Berichte befassen sich mit politischen Aktivitäten innerhalb der USA. Größtenteils der linken und liberalen Gruppen. Ein beunruhigendes Wort kommt immer wieder vor: COINTELPRO (Counter Intelligence Programm, Gegenspionage).
Im Dezember 1973 forderte in einem Urteil, das sich auf das Freedom of Information Act (das Gesetz über die Freiheit der Information) stützt, ein US-Landgericht den Direktor des FBI, Clarence Kelley, auf, eine Anzahl Dokumente, die bisher „top secret" waren, über das Cointelpro zu veröffentlichen. Weiterhin mußte der FBI unter dem Druck der Gerichte am 18. November 1974 mehrere Dokumente herausgeben.

Die ersten Programme von Cointelpro gab es schon 1956.
mals wurden die Angriffe auf die CPA (Kommunistische Par
von Amerika) konzentriert, mit dem Erfolg, daß in den 60er
hren von 8500 Mitgliedern der CPA 1500 für den FBI arbei
ten. Das jedenfalls enthüllte ein ehemaliger FBI-Agent Jack
vine. Der Sicherheitsbeauftragte des Nationalkomitees der
rtei war selbst, nach Levine, ein Informant des FBI, dessen
fgabe darin bestand, loyale Mitglieder der Partei als Polizei
itzel zu denunzieren und die Ratten des FBI zu schützen, da
t sie unbehelligt in der Parteihierarchie aufsteigen konnten. 1961
rde eines von 5,7 Mitgliedern der Partei vom FBI bezahlt. Die
PA hat sich davon nie richtig erholt und ist heute mit ihren un
fähr 10 000 Aktiven ohne wirklichen Einfluß.

Eine andere linke Gruppe beunruhigte den FBI mehr: die
otzkistische SWP (Socialist Workers Party). Sie stellt Kandi
ten zu Regional- und Nationalwahlen auf, unterstützt Castro,
terstützt den Kampf gegen die Rassentrennung im Süden.

1965 schreibt der FBI von Detroit einen Brief an das Zen
alkomitee der Demokratischen Partei von Michigan. Der sich
s Student an der Wayne Sate University ausgebende Unterzeich
er behauptet, daß die dortige Studentengruppe der Demokra
n von Mitgliedern der YSA (Young Socialist Alliance, Jugend-
organisation der SWP) unterwandert worden sei. In einem an
ren Brief weist der FBI die Leitung einer Schule in Cleveland
 hin, daß eine Musiklehrerin, Mrs. Holt, mit einem Mitglied
r SWP, Rod Holt verheiratet ist und wünscht, daß Maßnahmen
gen „solche Lehrkräfte unternommen werden, deren Funk-
on einen erheblichen Einfluß auszuüben erlaubt." Vier Monate
äter wird ihr Vertrag nicht mehr verlängert.

Offiziell mußte Cointelpro 1971 eingestellt werden, doch
urden die Mitglieder der SWP noch weitere 2 1/2 Jahre verfolgt.
genten des FBI machten Hausbesuche oder riefen an, um un
r den verschiedensten Vorwänden Auskünfte über ihre Fami
n, ihr Einkommen usw. zu erhalten. Zur Zeit klagt die SWP
uf 27 Mio. Dollar Schadensersatz gegen den FBI.

Weiter wurden Dokumente über die Zusammenarbeit des
BI mit den weißen Rassistenorganisationen im Süden, z.B. den
White Hate Groups", gefunden. In einem Bericht für die Re
erung beteuert jedoch Edgar Hoover, der Chef von FBI, daß
walttätige Aktionen des Klu Klux Klan nur von einigen iso
rten Individuen ohne Unterstützung des Klan ausgehen.

EGEN DIE SCHWARZEN NATIONALISTEN

eunruhigt durch die Entwicklung der Protestbewegung, rich
tet Präsident Johnson am 27 Juli 1967 die „National Advisory
ommission of Civil Disorders" ein, eine Koordinationskom
ission von FBI, CIA und den Geheimdiensten der Armee.
m 25 August 1967 schreibt Hoover im Namen der Operation
ointelpro an alle Büros des FBI. Es ist der Befehl, mit allen
itteln gegen die schwarzen Nationalisten vorzugehen. Es sol
n „die Aktivitäten der schwarzen Nationalisten aufgedeckt,
rhindert und, wie auch immer, neutralisiert werden. Sowie
e aller Gruppen und Organisationen, die Gewalt predigen, ih
r Leitung, ihrer Wortführer, Aktivisten und Sympathisanten
rem Hang zur Gewalt und Unordnung ist entgegenzuarbeiten."
m 4 März 1968 dehnt Hoover den Angriff auf die ganze Bürger
chtsbewegung aus. Fünf Ziele werden schwarz auf weiß ange
eben:

„Eine Vereinigung der schwarzen Gruppen zu verhindern,
em Aufstieg eines schwarzen Messias zuvorzukommen,
r Gewalttätigkeit der schwarzen Nationalisten entgegenzuar
eiten, zu verhindern, daß diese Gruppen Anerkennung erwerben,
dem längerfristigem Anwachsen der Organisationen der schwar
n Nationalisten zuvorzukommen."

Es ist klar, daß damit Martin Luther King anvisiert wur
. Hoover schrieb über King, daß er „ein sehr ernsthafter An
ärter auf diese Stellung (die des Messias) wäre, wenn er seine
nhänglichkeit an die weißen liberalen Doktrinen (die Gewalt
losigkeit) aufgäbe und sich für die Sache der schwarzen Nationa
listen begeisterte."

Ein Monat später wurde King ermordert, in einem Augen
blick, wo er immer radikalere Positionen einnahm. Ein kleiner
schwarzer Ganove schießt ihn auf dem Balkon seines Hotels in
Memphis nieder. Obwohl es immer klarer wird, wer den Mord
geplant hat, gibt es bis heute noch keine direkten Beweise für
die Beteiligung des FBI.

Der Kampf gegen die schwarzen Nationalisten war also auf
genommen, im besonderen gegen die Black Panther Party, von
der Hoover meint, sie sei „die gefährlichste und gewalttätigste
der Extremistengruppen."

KAMPF GEGEN DIE BLACK PANTHER PARTY

In einer Stadt, deren Name nicht aus dem Dokument hervor
geht, überwachen FBI und Polizei die Führer der Panther sehr ge
nau und verhaften sie beim geringsten Vergehen. Nach einigen
Verhaftungen können die Panther nicht mehr die nötige Kau
tion für die provisorische Freiheit aufbringen und müssen im Ge
fängnis bleiben. Hoover: „das erlaubte der Stadt, einen ruhigen
Sommer zu verbringen".

11 Mai 1970 Counterintelligence and Special Operations (Re
search Section)
(Das Dokument ist an den Direktor des FBI von San Francisco
gerichtet):

„Attention, attention!
Das Büro beauftragt Sie, den Vorschlag einer Zersetzungs
operation gegen den Hauptsitz der Black Panther Party in Er
wägung zu ziehen. Dieser Vorschlag (...) ist ein Leitfaden für die
angestrebte Aktion. Wir bitten Sie, uns Empfehlungen zur Ab
änderung oder Neufassung vorzulegen.

1. Die Operation wird sich in enger Zusammenarbeit auf hoher Ebene mit dem Polizeidepartment von San Francisco und Oakland abspielen.
2. Photokopien von authentischen Dokumenten, in die auf subtile Weise falsche Informationen eingearbeitet werden und völlig erfundene Dokumente werden regelmäßig und anonym an eine Schlüsselfigur unter den Leitern der Panther geschickt (...)
3. Man muß dem Empfänger unter den Panthern den Eindruck geben, daß die Dokumente aus den Akten der Polizei von einem unzufriedenen Angestellten, der mit den Panthern sympathisiert, gestohlen wurden. Nach den ersten Sendungen dieses erfundenen unzufriedenen Angestellten sollen kurze Notizen über die Motivation und die Sympathie des Angestellten, sein Unmut gegenüber dem Polizeidepartment und vielleicht eine Geldforderung die Dokumente begleiten.
4. Je nach der Entwicklung, zu einem günstigen Zeitpunkt, wäre es gut, wenn man ein Postfach eröffnete oder einen anderen Kontaktpunkt fände, damit der unzufriedene Angestellte Antwort, Geld oder Anfragen zwecks Präzisierung von den Panthern erhalten kann.
5. Obwohl es sein kann, daß die Operation ganz auf jemanden, der die Rolle des Angestellten spielt, verzichten kann, können es die Umstände nötig machen, daß man jemanden braucht, der sich persönlich mit den Panthern trifft. Also muß man von Anfang an bemüht sein, einen Angestellten der Polizei zu finden, der die Rolle des unzufriedenen Angestellten überzeugend spielen kann.
6. (...) Man müßte Berichte, Memoranden, Karteien und andere sogenannte FBI- und Polizeidokumente ausarbeiten, die bestimmte Panther als Spitzel der Polizei oder des FBI ausweisen, einzelne Führer der Panther lächerlich oder unmöglich machen, indem man ihre Schwächen oder persönlichen Abenteuer aufzeigt oder ihnen Privatphilosophien unterstellt, den Fraktionalismus unter den Mitgliedern der BPP ermutigen, Überwachungen angeben, die gar nicht stattfinden, fiktive Operationspläne der Polizei oder andere Vorha

ben aufdecken, den schlechten Gebrauch oder falsche Überweisungen der Geldmittel der Panther aufdecken; Beispiele schlechter politischer Orientierung aufzeigen usw. (...)
Dieser Vorschlag benötigt eine relativ einfache Technik, die schon einmal mit außergewöhnlichem Erfolg in einem anderen interessanten Gebiet unserer Arbeit angewandt wurde, wo das Ziel weit größerer Verfälschungen bedurfte. Das Büro glaubt, daß, genügend umsichtige Planung vorausgesetzt, diese Technik längerfristig die Aktivitäten der Panther zerschlagen und mit allem aufräumen kann."

Der Brief wurde ebenfalls an das Polizeidepartment von San Francisco geschickt. Fand die Operation statt? Höchstwahrscheinlich. Was waren ihre Auswirkungen? Eine Sache ist sicher: Ein echter Verfolgungswahn brach unter den Panthern aus, in dem jeder jeden als Spitzel beschuldigte. Diese Zersetzungsaktion muß um so dramatischere Folgen gehabt haben, da sie sich einreiht in einen Plan systematischer Repression und Morde.

DER MORD AN FRED HAMPTON

Am 4.Dezember 1969 macht die Polizei auf Anregung des FBI eine Razzia im Hauptquartier der Partei in Chicago. Im Verlauf eines sogenannten Feuerwechsels werden Fred Hampton, 21, Präsident der Panther von Illinois und Mark Clark, 22,ein Verantwortlicher der Stadt Peonia,erschossen. Nach dem Justizminister von Illinois,Edward Hanrahan, drangen gegen 4.30 Uhr 14 Polizisten in die Räume ein. Die Panther hätten zur Gegenwehr gegriffen in einem „Überraschungsangriff wie in Pearl Harbour".

Das dumme ist nur, daß in einer Untersuchungskommission entdeckt wurde, daß von 98 abgefeuerten Schüssen ein einziger nicht von der Polizei kam. Gegen die Panther, die die Razzia überlebten, wurde daraufhin der Prozeß eingestellt. Im Verlauf eines anderen Prozesses entdeckte man 1973 außerdem, daß die Leibgarde von Fred Hampton,William O' Neal, ein Spitzel des FBI war. Er war es, der die Pläne der Wohnung, in der sich die Panther aufhielten, der Polizei ausgeliefert hatte und der Hampton mit Secobarbital (Schlafmittel) vollgestopft hatte, um ihn zu neutralisieren. Damit wäre also Fred Hampton im Schlaf ermordet worden. Seither ist O' Neal verschwunden.

Der Mord an Fred Hampton ist sehr einleuchtend. Intelligent, populär, war er einer dieser charismatischen Persönlichkeiten, ein zukünftiger „Messias", den der FBI so sehr fürchtete. In den letzten neun Monaten von 1969 machte die Polizei 15 Überraschungsrazzien in den Hauptquartieren oder Wohnungen der Panther, fast alle Leiter der BPP kamen ins Gefängnis oder mußten in die Illegalität gehen. Fast alle Prozesse gingen mit einem Freispruch aus. 21 Panther von New York verbrachten von 1969 bis 1971 2 Jahre im Untersuchungsgefängnis: die Polizei legte ihnen 159 Straftaten zur Last. 90 Minuten genügten, um von den Richtern als völlig unschuldig freigesprochen zu werden. Es ist klar, daß in der Zwischenzeit die New Yorker Gruppe der Panther diesen Aderlaß teuer bezahlen mußte.

WIE BERECHNET MAN DIE INFLATIONSRATE – ODER: IST DER WARENKORB DER WAHRE KORB?

(BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG)

Die Statistiker gehen von sogenannten Indexhaushalten aus: dem statistischen „Durchschnittshaushalt". Er besteht aus zwei Erwachsenen und (die Statistik machts möglich) 0,7 Kindern. Dem Haushalt standen im Jahr 1970, im Monatsdurchschnitt, 1294 DM für Konsumausgaben zur Verfügung.

- dem „Angestellten und Beamtenhaushalt" mit höherem Einkommen (2 Erwachsene, 2 Kinder) mit 1996 DM (1970) für Konsumausgaben
- dem „Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen" (2 Erwachsene, 2 Kinder) und 1157 DM.
- der „Renten- und Sozialhilfeempfängerhaushalt" (2 Personen) und 532 DM
- als besonderer Preisindex ist der für die Lebenshaltung eines Kindes hinzugekommen, der übrigens die höchsten Preissteigerungen zwischen 1970 und 1975 zu verzeichnen hatte und zwar 40%.

(Zahlen nach: Wirtschaft und Statistik, 12/73, 693 und FAZ, 5.11.75)

Zum Begriff der „Indexhaushalte":
Um die Wirkung von Preissteigerungen ermitteln zu können, führen die Statistiker Erhebungen von Preisen im Einzelhandel durch. Je nach Indexhaushalt umfasst der Fragebogen zwischen 675 und 899 Einzelpreise (Positionen) von Waren und Dienstleistungen. Dabei wird berücksichtigt, daß eine Preissteigerung stärker durchschlägt als die andere, und manche nicht zu spüren sind. Man kauft ja nicht zwei Farbfernseher pro Monat, dafür aber praktisch jeden Tag Brot,und wer ist schon von einer Preissteigerung von Kaviar betroffen?

In dem sogenannten „Warenkorb" sind diejenigen Waren enthalten, die der jeweilige Haushaltstyp angeblich verbraucht, unter Berücksichtigung der Bedeutung, die die einzelnen Dinge für den Verbraucher haben (Kartoffeln essen wir wohl häufiger als Kaviar).

Grundlage für die Zusammenstellung des Warensortiments war eine Untersuchung, die 1969 gemacht wurde. Dabei wurde das tatsächliche Kaufverhalten von Haushalten festgestellt, die den Indexhaushalten entsprechen. Seitdem gehen die Statistiker davon aus, daß die Haushalte weiterhin das gleiche kaufen. Ein Vergleich der Preisindizes (Verhältniszahl) auf der Basis der jeweiligen Warenkörbe 1962 und 1970 zeigen, daß die Veränderungen in der Zusammenstellung des Sortiments, mit einer Indexschwankung von nur 0,8% durchschlägt. Kurzfristig können sich, wie z.B. bei den großen Erdölpreissteigerungen Verzerrungen erheben. Durch die Indexumstellung 1969/70 sank die ermittelte Inflationsrate etwas, hervorgerufen durch die relative Abnahme der Ausgaben für Lebensmittel, die sich in diesem Zeitraum überdurchschnittlich verteuerten.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die in der Statistik zusammengestellten Warenkörbe auf die jeweilig persönliche Situation nicht übertragbar sind. Sie geben eine allgemeine Auskunft über die Preisentwicklung im Einzelhandel. Im Vergleich der Indexhaushalte wird deutlich, wie einzelne gesellschaftliche Gruppen unterschiedlich stark von den Preissteigerungen betroffen werden, die Rentner z.B. stark, weil sie Dinge verbrauchen, die starken Preissteigerungen unterworfen sind. Für Anderes mit geringerer Teuerungsrate haben sie überhaupt kein Geld.

Ware	Einh.	Preis in DM Okt. 1975	% Veränd. Okt. 75 geg. Sept. 75	% Veränd. Okt. 75 geg. Okt. 74
Nahrungsmittel/Getränke				
Rindfleisch z. Schmoren	1 kg	14,21	+ 1,1	+ 9,8
Schweinekotelett	1 kg	10,51	+ 1,3	+12,4
Streichmettwurst	1 kg	11,31	+ 0,6	+ 5,8
Salami inl. Herkunft	1 kg	17,51	+ 1,4	+ 4,4
Eier-Ravioli, Dose	1/1	2,49	+ 0,4	+ 8,8
Seelachs-Filet	1 kg	6,66	+11,2	— 3,3
Brathähnchen A, Tiefk.	1 kg	4,58	+ 0,2	+ 3,2
Suppengemüse, Tiefk.	1 kg	4,29	—,—	+ 1,6
Dt. Eier A, Gw.-Kl. 3	10 St.	2,26	+ 1,8	— 1,2
Vollmilch (Packungen)	1 l	1,06	+ 1,0	+ 7,0
Camembert, Schachtel	125 g	1,61	+ 1,3	+ 7,1
Dt. Markenbutter	250 g	2,18	+ 2,8	+10,7
Margarine, Delikateß	250 g	1,23	— 0,8	+ 0,5
Helles Mischbrot	1 kg	2,21	—,—	+ 6,7
Langkornreis, abgep.	500 g	1,65	—,—	— 0,7
Erdb.-Konfit. (450 g)	1 Gl.	1,90	+ 1,6	+ 5,4
Milchschok., Markenw.	100 g	1,03	+ 1,0	+ 5,4
Eiscreme, Fürst P.	500 ml	2,09	+ 1,0	+ 9,1
Apfelsaft	1 l	1,09	— 0,9	— 0,9
E. Tafelw. (k. Kurbr.)	0,7 l	0,48	—,—	+ 4,9
Bohnenkaffee, mittl.	250 g	4,38	+ 3,3	+ 0,3
Schwarztee in Btln.	10 Btl	1,15	—,—	+ 9,9
Flaschenbier	0,5 l	0,81	—,—	+ 1,4
Kartoffeln, I.	2,5 kg	1,67	+ 8,2	+59,0
Tomaten, I. Qual.	1 kg	2,70	+ 9,8	+19,4
Tafeläpfel (I)	1 kg	2,11	—11,3	+ 6,0
Apfelsinen, I. Qual.	1 kg	2,28	— 0,4	+ 5,5

Ware/Leistung	Einh.	Preis in DM Okt. 1975	% Veränd. Okt. 75 geg. Sept. 75	% Veränd. Okt. 75 geg. Okt. 74
Bekleidung, Textilien, Schuhe				
H.-Hose, Chemief./Wolle	1	69,52	+ 0,8	+ 5,4
D.-Rock, Chemief./Wolle	1	60,42	+ 0,6	+ 3,5
Strampelhöschen	1	11,64	+ 0,2	+ 1,8
Gardinentüll, 240 cm	1 m	16,02	—,—	+ 4,8
H.-Schuhe, Boxcalf	1 P.	79,51	+ 0,3	+ 3,3
Hausrat				
Bratpfanne, beschichtet	1	29,70	+ 1,4	+ 4,2
Reglerbügeleisen	1 Stck	39,03	+ 0,3	+ 1,5
Glühlampe, 100 Watt	1 Stck	1,77	+ 1,1	+ 1,7
Kraftfahrzeugbedarf, Brennstoffe, Mieten				
Autobatterie, 36 Ah, 12 V	1	114,58	— 0,4	+ 0,6
Normalbenzin, Marke	10 l	8,45	— 0,2	+ 3,4
Zechenbrechkoks II	50 kg	19,25	+ 2,0	+ 6,3
Extra-l. Heizöl, 5000 l,	1 hl	24,31	+ 0,3	+23,1
Altbauwohng. sos., Bad, 2 Z.		132,55	+ 0,1	+ 9,7
3-Zi.-Wohnung, ZH, Bad, Balk., 75–85 qm, nach 1948 frei fin.		343,34	+ 0,1	+ 4,4
Leistungen und Tarife				
Besohlen H.-Sch., Leder	1×	21,26	+ 0,5	+ 6,8
Strom f. 4-Z.-Whg	200 kWh[1]	39,95	—,—	+17,7
Gas	277 Mcal[2]	24,48	—,—	+ 9,3
Reinigung H.-Anzug	1×	8,00	+ 0,1	+ 0,4
Waschen in Automaten	1×	4,30	+ 0,2	+ 6,5
Autowäsche, Mittelkl.-W.	1×	8,75	+ 0,3	+ 9,9
Taxifahrt, 2 Pers., 3 km	1×	6,33	—,—	+ 8,7
Herren-Fassonschnitt	1×	6,29	+ 0,6	+10,8
Dauerwellen	1×	29,96	+ 0,6	+ 6,5
Krankenhaus[4]	1 Tag	156,65	+ 0,1	+29,5
Oper, 2. Rang, Mitte	1×	13,00	—,—	—,—
Kleinbildf.; Col. (36 Aufn.) entw. und vergr.	1x	32,87	—,—	+ 0,5
Fernsehrep.	1 Arb.-St.	31,37	—,—	+11,5
Drogerie- und Fotoartikel				
Zahnbürste, Markenw.	1	2,92	+ 0,7	+ 7,2
Geschirrspülmittel	1 l	3,33	+ 0,3	+ 4,4
Film, schw.-weiß, 24×36	1	3,99	—,—	+ 2,8
Briefblock, DIN A 4	1 Stck	1,84	— 0,5	+ 6,9
Vogelfutter, Wellens.	250 g	1,35	+ 2,3	+18,4

Preis-Indices für das Bundesgebiet, 1970 = 100	Sept. 75	% Veränd. geg. Aug. 75	% Veränd. geg. Sept. 74
Lebensh. aller priv. Hh.	135,9	+ 0,5	+ 6,1
ohne Saisonwaren	134,7	+ 0,4	+ 5,6
Nahrungsmittel	130,5	— 0,1	+ 5,9
Kleidung, Schuhe	137,0	+ 0,5	+ 4,3
Wohnungsmiete	135,0	+ 0,3	+ 7,1
Lebensh. 4 P., mittl. Eink.	135,2	+ 0,4	+ 6,3
Lebensh. Rentner, 2 Pers.	136,1	+ 0,4	+ 7,2
Lebensh. Kind	139,4	+ 0,3	+ 8,3
Index der Einzelhandelspr. (1970 = 100)	* 134,6	+ 0,3	+ 5,7

Anmerkung: Die ausgewählten Preise sind Durchschnittspreise des Landes Hessen, das infolge seiner Struktur dem Bundesdu[illegible]schnitt am nächsten kommt. Durchschnittspreise sollen in [illegible]ter Linie dem Nachweis von Veränderungen dienen und sind zu lokalen Vergleichen nicht geeignet. Bei den prozentualen Veränderungen sind die durch Änderungen der Erhebungsgrundlage eingetretenen Preisveränderungen ausgeschaltet.

1) Arbeits- und Grundpreis. 2) Grund- und cbm-Preis.
3) Position wurde erst später in die Statistik einbezogen.
4) Allgem. Benutzerentgeld (einschl. Arzthonorare und Sachleistungen) und Zuschlag für 2-Bett-Zimmer. – Quellen: Hessisches Statistisches Landesamt.

(FAZ, 5.11.75)

Normal oder Radikal

Als am 19. November 1975
im Atomkraftwerk Gundremmingen
(an der schönen blauen Donau)
die Arbeiter Otto Huber und Josef Ziegelmüller
von einer radioaktiven Dampfwolke getötet wurden,
erklärten die Verantwortlichen unverzüglich:
„Z w e i f e l s f r e i" war dies ein normaler
Betriebsunfall. Ein ‚kleinerer'
(sagte der Minister), ‚menschliches Versagen'.
Schuld sind die Opfer."

Normal ist:
Eine Kesselexplosion. Ein Grubenunglück. Hochwasser.
Die statistisch berechenbare Quote der Unfälle
im Straßenverkehr. Leberkrebs in PVC-Fabriken.
Grippe. Ein Flugzeugabsturz. Blei in der Luft.
Quecksilber im Wasser. Staublunge. Dann und wann
ein konventioneller Krieg.

Während der n o r m a l e Betriebsunfall noch dampfte
– an der schönen blauen Donau – hörten wir in Wyhl
(am schönen Rhein) diese Versicherungen
der Verantwortlichen. Unablässig fließen sie
aus ihren Rednermündern, Vaterhänden, Computerhirnen:
„Zweifelsfrei ist das normale
Unfall-Risiko in Atomkraftwerken
ausgeschlossen. (Wahrscheinlichkeit:
‚Eins zu fünf Milliarden'). Wir, sagen sie,
tragen die Verantwortung. Dafür
stehen wir gerade."

Ach während sie so gerade stehen
legen wir uns krumm. Über uns
nimmt das Schicksal seinen normalen Lauf.
Diesen da bläst es die Konten auf. Anderen
bläst es eine radioaktive Dampfwolke
auf den Bauch. Das nächste Mal können es tausend Bäuche sein,
oder hunderttausende, oder mehr.

„Das" wird dann ein Minister sagen „ist ein normaler
Betriebsunfall, wenngleich ein ‚größerer', aber
zweifelsfrei b e h e r r s c h b a r."
So auch wir: Lebendig oder
im Leichenschauhaus – beherrschbar.

Unbeherrscht und eigensinnig
zweifelt mancher mit mir am notwendigen Schicksal
der Normalität. Geschmückt mit dem Maulkorb
auf dem losen Mundwerk (wer zweifelt ist: radikal,
ein Aufwiegler, Hetzer, Feind der verfaßten Normalität),
verfolgt von den ständig wachsenden
Sicherheitsorganen (die lautlosen Saugnäpfe am Telefon),
ach und verdächtig gemacht den eigenen Leuten
(„artfremd ist uns der Zweifel" sagt der Minister
im Dialekt – die tödlichen Strahlenbündel lobend), also
vermehren wir uns unter Schwierigkeiten, ja
achtundzwanzigtausend am Rhein, ja und bald auch
an anderen Flüssen, ja und schließlich
unbeherrschbar.

W.M. 20.11.75